

Preussische Allgemeine



Nr. 15 · 14. April 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Ende der Schonzeit

Die lange bejubelte Rückkehr des Wolfs wird zunehmend zu einer ernstesten Bedrohung. Weshalb seine Bejagung kein Tabu mehr sein darf **Seiten 3 und 8**



Rüstung Polen errichtet ein Verteidigungsbollwerk gegen Osten **Seite 2**



Ruth Geede Erinnerung an eine ostpreussische Jahrhundertfrau **Seite 23**

FOTOS: SZ PHOTO; PA-MRK

AUFGEFALLEN

Zieleinlauf einer Geisterfahrt

An diesem Wochenende geht die Geschichte der friedlichen Nutzung der Atomkraft in Deutschland zu Ende. Obwohl die Kernenergie seit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Kahl in Unterfranken 1960 unser Land zuverlässig rund um die Uhr mit sauberem Strom versorgt hat, sollen die letzten drei verbliebenen Reaktoren am 15. April 2023 vom Netz gehen.

Da muss es nachdenklich stimmen, wenn unser Nachbar Polen ausgerechnet jetzt in die Atomkraft einsteigt und vor wenigen Tagen mit US-amerikanischen und südkoreanischen Firmen Vorverträge über die Errichtung der ersten sechs polnischen Kernkraftwerke unterzeichnete. Ab 2026 soll der Bau beginnen, bis Mitte der 2040er Jahre soll er abgeschlossen sein.

Damit liegen die Polen durchaus im Trend. Zwar gab es weltweit seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 zunächst einen Rückgang der Kraftwerksneubauten, doch nahm in den letzten Jahren die Zahl der geplanten Atomreaktoren wieder deutlich zu. An der Spitze steht laut dem Online-Portal „statista.com“ die Volksrepublik China. Dort sollen in den nächsten acht bis zehn Jahren 47 Reaktoren in Betrieb gehen. In Russland sind es 25 und in Indien zwölf.

Den Ausstieg aus der Atomkraft vollzieht übrigens weltweit nur ein einziges Land – Deutschland. Was einmal mehr die Frage aufwirft, wer mit seinem energiepolitischen Kurs eigentlich der Geisterfahrer ist – wir oder die anderen? *neh*

POLITIK

Ein Kabinett zwischen „gut“ und „ungenügend“

Selten in der jüngeren deutschen Geschichte ist eine Regierung so schnell in der Wählergunst gesunken wie die jetzige. Zeit für ein paar Haltungsnoten

VON KLAUS KELLE

Ganz ehrlich, ich gehöre nicht zu denjenigen, die sich nach Bundeskanzlerin Angela Merkel zurücksehnen. Selbst wenn wir Deutschen wohl die derzeit schwächste Bundesregierung seit 1949 haben, möchte ich Frau Merkel nicht an der Spitze unserer Regierung zurückhaben. Zu dramatisch sind die Folgen und Schäden ihrer Politik für unser Land, nicht nur, aber vor allem in Sachen Zuwanderung.

Bleiben wir also bei der Regierung, die wir haben. Sie ist im Amt, gewählt übrigens von einer Mehrheit der Wähler, und wir müssen mit ihr leben. Die 100-Tage-Frist für neu ins Amt kommende Politiker ist beim Kabinett Scholz zwar schon lange vorbei. Doch der jüngste Absturz in den Umfragen ist gleichwohl ein Anlass, sich die Leistungen der Regierungsmitglieder noch einmal genauer anzusehen.

Beginnen wir beim Regierungschef. *Olaf Scholz* verwaltet Deutschland im Rahmen seiner Möglichkeiten. Er hat als Kanzler lethargisch begonnen, entscheidungsschwach, kein Anführer. Nun macht er wenigstens das, was ihm andere verbündete Staatschefs dringend empfehlen. Ein Spitzenpolitiker, der zum Jagen getragen werden muss. Höchstens „befriedigend“.

Robert Habeck war der Senkrechtstarter im neuen Kabinett. Der Wirtschaftsminister gab den Ton an, seine hemdsär-

melige Politik kam an beim Volk. All das ist Vergangenheit. Im aktuellen Politiker-Ranking ist er nicht einmal mehr unter den ersten zehn. Ein Wirtschaftsminister, der nicht weiß, was eine Insolvenz ist, ein Grüner, der Atomkraft in Deutschland abschaltet, in anderen Ländern aber prima findet, bekommt ein glattes „mangelhaft“.

Annalena Baerbock war über Monate die einzige Politikerin, die Habeck in der Sympathie des Volkes überholen konnte. Auch das ist vorbei. Ihre „feministische Außenpolitik“ ist naiv, in der Ukraine-Krise schien sie lange der einzige Mann am Kabinetttisch zu sein. Ihre Auftritte auf internationalem Parkett sind meist fehlerfrei, außer, wenn sie Russland aus Versehen den Krieg erklärt: „befriedigend“.

Es gibt auch Leistungsträger

Über *Christine Lambrecht* muss man nicht mehr sprechen. Sie ist ihren Job als Verteidigungsministerin zu Recht los wegen diverser Pannen, die ihre Vorgängerinnen von der CDU allerdings ebenso zu verantworten haben. Was freue ich mich, dass *Boris Pistorius* jetzt Verteidigungsminister ist. *Boris Pistorius* ist der Klassenprimus in dieser Regierung. Ein Sozi – und ein Mann! Sogar einer, der gedient hat. Der olivgrüne Parkas trägt, wenn er zur Truppe geht, und keine roten Pumps, was heutzutage im „woken“ Deutschland wahrscheinlich als normal angesehen würde. Bisher keine Fehler – ein glattes „gut“.

Christian Lindner ist auch ein Mann, ein smarterer, der oft das Richtige sagt. Der aber praktisch nichts Relevantes durchsetzen kann gegen die rot-grüne Übermacht im Kabinett. Für den guten Willen gibt es immerhin ein „befriedigend“.

Nancy Faeser ist unsere Bundesinnenministerin – und in diesem Amt ganz klar eine Fehlbesetzung. Die deutschen Grenzen sind offen wie Scheunentore für Migranten und Flüchtlinge, von denen mindestens die Hälfte nach unseren Gesetzen keine Chance hat, hierzubleiben. Aber wer hier ist, der bleibt hier, weil die Politik keine Kraft hat (oder keinen Willen?), die Zuwanderung konsequent zu regeln.

Bis Anfang März 2023 wurden bereits 54.333 Asylerträge gestellt. Und dabei sind Flüchtlinge aus der Ukraine nicht einmal mitgezählt. Die Antragsteller kommen aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. Und dennoch weigert sich Frau Faeser, einer Flüchtlingsobergrenze zuzustimmen. Note: „ungenügend“.

Doch wollen wir nicht nur nörgeln. Die Regierung hat uns ganz gut über den Winter gebracht, Gas herangeschafft, LNG-Terminals in kurzer Zeit gebaut. Allerdings haben unsere Politiker uns auch überhaupt erst in die schwierige Situation gebracht: mit ihrer wenig durchdachten Klimawende und mit der bewusst herbeigeführten Abhängigkeit bei der Energieversorgung ausgerechnet von Russland. Denken Sie an all das, wenn wieder einmal gewählt wird.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Der rbb scheint aus seinen jüngsten Skandalen nichts gelernt zu haben **Seite 5**

Kultur

Die Säuberungswelle der „Wokeness“ erreicht nun auch James Bond **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Gdingen gedachte der Opfer der Schiffskatastrophen im Zweiten Weltkrieg **Seite 13**

Lebensstil

Während in Mannheim die BUGA eröffnet wird, beginnt in Sanssouci die Saison **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Militärische Aufrüstung Polen ist dabei, sich als stärkster Frontstaat der NATO und als wichtigster Partner der Vereinigten Staaten in Europa zu positionieren, was seine EU-Partner offenbar tolerieren

Bollwerk im Osten Europas

Warschau fordert nukleare Teilhabe – Kauf südkoreanischer und amerikanischer Waffensysteme

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als US-Präsident Joe Biden im Februar nach Kiew reiste, landete seine Maschine auf dem Flughafen der polnischen Stadt Rzeszów, von wo aus es per Zug weiterging. Dabei dürfte sich Biden in der 200.000-Einwohner-Ortschaft im Karpatenvorland ein wenig wie zu Hause gefühlt haben, denn hier sind mittlerweile mehrere tausend Angehörige der 82. Luftlandedivision der US Army und zahlreiche weitere Militärpersonen der Vereinigten Staaten stationiert. Das resultiert aus der günstigen strategischen Lage von Rzeszów in nur 90 Kilometern Entfernung zur ukrainischen Grenze.

Darüber hinaus besitzt der Flughafen Rzeszów-Jasionka die zweitlängste Landebahn in ganz Polen, sodass hier auch schwere Transportmaschinen abgefertigt werden können. Zahlreiche Patriot-Luftabwehrsysteme am Rande der Piste unterstreichen die militärische Bedeutung dieses Ortes. Daher mutiert Rzeszów-Jasionka mittlerweile zum „polnischen Ramstein“ sowie zum Drehkreuz für die westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine. So gelangen unter anderem die HIMARS-Raketenwerfer von hier aus an die Front im Osten.

Der Flughafen ist ein Symbol für die wachsende Militärpräsenz der USA in Polen seit Beginn des Ukrainekrieges sowie die zunehmend enger werdende Allianz zwischen Washington und Warschau. Diese ermutigte den polnischen Präsidenten Andrzej Duda inzwischen sogar, um die Stationierung von US-amerikanischen Atomwaffen in seinem Land zu ersuchen, womit eine „nukleare Teilhabe“ der polnischen Streitkräfte verbunden sein könnte.

Polen will aber auch selbst aufrüsten und zukünftig „die stärksten Bodentruppen der NATO in Europa“ besitzen, wie der polnische Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak kürzlich in einem Radio-Interview mitteilte. Denn die Regierung und die Militärführung in Warschau sehen Polen seit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022 als „Frontstaat“ gegenüber Russland und das mit diesem verbündete Weißrussland. Eine direkte Folge dessen ist das Ende März 2022 einstimmig vom Sejm beschlossene „Gesetz zur Verteidigung des

Vaterlandes“. Durch dieses wurde das Budget für die polnischen Streitkräfte auf umgerechnet 18 Milliarden US-Dollar erhöht, was nun drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Hierbei noch nicht eingerechnet sind weitere zehn Milliarden Dollar für einen militärischen Sonderfonds.

Polen als Pufferstaat

Mit dem Geld will Warschau vor allem den Kauf von gepanzerten Fahrzeugen finanzieren. Auf der Beschaffungsliste stehen 980 südkoreanische Kampfpanzer vom Typ K2 „Black Panther“, 250 M1-Abrams-Panzer aus den USA und 650 Panzerhaubitzen des südkoreanischen Modells K9 „Thunder“. Dazu kommen mehr als tausend schwimmfähige Schützenpanzerwagen vom Typ Bojowy Wóz Piechoty Borsuk des einheimischen Herstellers Huta Stalowa Wola. Außerdem werden die Luftstreitkräfte 48 leichte Kampffjets des südkoreanischen Typs KAI FA-50,

32 US-amerikanische Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeuge Lockheed Martin F-35 „Lightning II“ und sechs Luftüberlegenheitsjäger F-22 „Raptor“ desselben Rüstungskonzerns sowie fünf US-Transportmaschinen Lockheed C-130 „Hercules“ erhalten. Ebenso geplant ist eine Verstärkung der polnischen Seestreitkräfte um vier Minensucher der Kormoran-2-Klasse und vier moderne U-Jagd-Hubschrauber.

Des Weiteren schreibt das neue Gesetz vor, die Anzahl der Berufssoldaten in den Streitkräften der Republik Polen von derzeit 110.000 auf 250.000 zu erhöhen. Darüber hinaus wurde auch an die Armee zur Territorialverteidigung gedacht. Hierbei handelt es sich um eine Art freiwillige Landwehr aus „patriotischen Polen“ zur Unterstützung der regulären Truppen im Kriegsfall. Deren Personalbestand soll alsbald auf 50.000 steigen.

Kein anderer europäischer Staat wird jetzt so schnell und massiv aufrüsten wie

Polen. Dadurch dürfte das militärische und somit auch politische Gewicht unseres östlichen Nachbarlandes erheblich wachsen, zumal es durch die faktisch bereits existierende Achse Warschau-Washington ebenfalls immer stärkere Rückendeckung erfährt.

Angesichts dessen und eingedenk des Umstandes, dass die polnische Regierung inzwischen wieder lautstark Reparationen von der Bundesrepublik fordert, müsste das in Berlin die Alarmglocken schrillen lassen. Doch offensichtlich sieht man die Lage dort anders, wie der renommierte österreichische Militärexperte Gustav Gressel kürzlich im Interview mit dem Portal „Politico“ feststellte: Die deutsche Bundesregierung betrachte Polen als Pufferstaat und sei dankbar für dessen kostspielige Aufrüstung, welche Russland künftig deutlich stärker abschrecken könne. Dies vermittelte „den Eindruck, dass sich die Deutschen da in die nächste Hängematte legen“.



Drehkreuz für Waffenlieferungen in die Ukraine: Auf dem polnischen Flughafen Rzeszów-Jasionka sind US-amerikanische Patriot-Raketen zu sehen

Foto: pa

POLNISCHE MARINE

„Ein Wunder, dass der Adler schwimmt“

Durch die starke Fokussierung auf den Ausbau der Landstreitkräfte geriet die polnische Marine zuletzt zunehmend ins Hintertreffen. Das zeigt sich beispielsweise am Zustand der U-Bootwaffe. Zwar existiert nach wie vor eine Unterseeschiffsdivision (Dywizjon Okrętów Podwodnych) mit Standort in Danzig, doch ist deren Bestand zwischen 2017 und 2021 von fünf Einheiten auf eine einzige geschrumpft.

Das lag daran, dass die vier U-Boote „Sokół“, „Sep“, „Bielik“ und „Kondor“ außer Dienst gestellt werden mussten. Hierbei handelte es sich um konventionell angetriebene Boote der deutschen Klasse 207, die von 1963 bis 1966 in den Nordseewerken Emden für die norwegische Marine gefertigt worden waren. Diese vier technisch veralteten U-Boote der derzeitigen Kobben-Klasse gab die Kongelige Norske Marine zwischen 2002 und 2004 an Polen weiter, wo sie eine Zeit lang das Rückgrat der U-Bootwaffe der dortigen Marine bildeten.

Seit 2021 verfügt Polen nur noch über die „ORP Orzeł“ (Adler), ein dieselelektrisches Jagd-U-Boot der Kilo-Klasse, welches vom Planungsbüro CKB MT Rubin entwickelt und unter dem Projektnamen Warszawianka auf der sowjetischen Werft Nr. 194 in Leningrad gebaut wurde. Die Indienststellung der „Orzeł“ erfolgte am 29. April 1986, womit sie fast 37 Jahre alt ist. Und das führt offenbar zu gravierenden Problemen. So verfassten einige Besatzungsmitglieder im Mai 2021 einen offenen anonymen Brief, in dem stand, das Boot sei „in einem beklagenswerten technischen Zustand, und jede Fahrt kann mit dem Sinken und mit unserem Tod enden“.

Bei den letzten Seemanövern habe es erhebliche Schwierigkeiten mit dem Auftauchen, dem Antrieb, dem Sonar, der Funkanlage und den Torpedos gegeben. Deshalb grenze es an „ein Wunder, dass der Adler noch schwimmt“. Polens Armeeführung vertritt dahingegen die Ansicht, das Boot könne nach den Reparaturen der letzten Jahre durchaus noch weiter eingesetzt werden.

W.K.

TRUPPE IM UMBRUCH

Eine beachtliche Kampfkraft

Zu Boden, zu Wasser und zu Luft – die polnische Armee hat insgesamt fünf Teilstreitkräfte

Die Streitkräfte der Republik Polen verfügen neben der eher landwehrrähnlichen Armee zur Territorialverteidigung WOT über vier weitere Teilstreitkräfte, deren Kampfwert bereits jetzt, also vor der geplanten materiellen und personellen Aufstockung, erheblich ist.

Zum Bestand des Heeres zählen unter anderem eine Panzerdivision und drei Mechanisierte Divisionen mit insgesamt vier Panzerbrigaden. Diese können derzeit etwa 250 Leopard 2 und 230 PT-91 „Twardy“ polnischer Bauart aufbieten. Dazu kommen rund 730 Schützenpanzer KTO Rosomak, ein polnischer Nachbau des finnischen Patria AMV, und 1268 BWP-1 beziehungsweise BWP-D russi-

scher Herkunft. An Selbstfahrlafetten und Panzerhaubitzen besitzen die polnischen Landstreitkräfte 342 2S1 „Gwasdika“ aus russischer, 111 DANA aus tschechischer und 56 AHS Krab aus eigener Produktion. Des weiteren stehen noch 180 Raketenwerfer der Modelle WR-40 Langusta, BM-21 Grad und RM-70 bereit.

Die Luftwaffe verfügt momentan 48 Mehrzweckkampfflugzeuge vom US-amerikanischen Typ Lockheed Martin F-16 „Fighting Falcon“ sowie 28 beziehungsweise 18 ehemals sowjetische Jäger und Jagdbomber Mikojan-Gurewitsch MiG-29 und Suchoi Su-22 einzusetzen. Außerdem hat sie 52 Transportmaschinen, 74 Hubschrauber und eine unbe-

kannte Anzahl unbemannter Aufklärungsdrohnen in ihrem Bestand.

Waffen verschiedener Produktion

Zur polnischen Kriegsmarine mit Stützpunkten in Danzig, Swinemünde und Dievenow gehören folgende Einheiten: zwei Fregatten der US-amerikanischen Oliver-Hazard-Perry-Klasse, eine Korvette der polnischen Kaszub-Klasse, eine weitere Korvette der modifizierten deutschen MEKO-100-Klasse, drei Raketenschnellboote der deutsch-polnischen Orkan-Klasse, 20 Minensuchboote verschiedener Klassen polnischer Bauart, fünf Landungsschiffe der Lublin-Klasse und ein doch eher altersschwaches dieselelekt-

Polen verfügt über Spezialkräfte nach dem Vorbild der United States Army Special Forces oder des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr

risch angetriebenes U-Boot der sowjetischen Kilo-Klasse.

Darüber hinaus verfügt Polen über Spezialkräfte nach dem Vorbild der United States Army Special Forces oder des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr. Diese bestehen aus den Einheiten Agat, Formoza, GROM, Komandosów und Nil. Ansonsten existiert auch noch eine Vielzahl weiterer Truppenteile mit besonderem Aufgabenprofil. Hierzu zählen unter anderem die Fallschirm- und Gebirgsjäger, die Abwehrtruppen gegen atomare, biologische und chemische Waffen, eine Minenräum-Tauchergruppe sowie Such- und Rettungseinheiten von Marine und Luftwaffe.

W.K.

Landvolk im Zorn

Seit gut einem Vierteljahrhundert ist der Wolf in Deutschland wieder heimisch. Was anfangs – vor allem bei Großstädtern – für Begeisterung sorgte, wird – vor allem für die Landbevölkerung – zunehmend zu einer ernsthaften Bedrohung

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Tief klaffte die Wunde in der Hüfte des Trakehners „Ritchie“. Der sechsjährige Wallach auf dem Hötzinger Eggers-Hof bei Soltau hat seine schwere Verletzung nach einem Angriff eines einzelnen Wolfs Ende des vergangenen Jahres überlebt. Der Prädatorenangriff auf das hochwertige Pferd mit dem beachtlichen Stockmaß von 173 Zentimetern wirft allerdings Fragen im Umgang mit *Canis lupus* auf, wie der Wolf im Biologenlatein heißt.

Seit der Rückkehr des Wolfs nach Deutschland im Jahr 1996 über die Lausitz hat sich viel getan. Die Ausbreitung des Raubtieres, das in deutschen Wäldern bislang noch reichlich Nahrung gefunden hat und sich über Sachsen und Brandenburg nach Niedersachsen ausbreitete, trug noch zu Beginn der 2000er-Jahre zu einer gewissen Begeisterung bei. Mittlerweile ist die Bevölkerung mit Blick auf den Wolf allerdings in zwei geradezu feindlich gegenüberstehende Lager von radikalen Wolfsfanatikern auf der einen und harten Verfechtern des Schutzes der traditionellen Viehwirtschaft und Weidetierhaltung auf der anderen Seite geteilt. Die sich ausbreitende Skepsis gegenüber dem strengen Schutz des Wolfs hat vor allem mit der Veränderung seines Beuteverhaltens zu tun.

Änderung des Jagdverhaltens

Hat sich der Canide in den ersten Jahren vor allem von Rehen und Schwarzkitteln ernährt, gerieten schon bald Schafherden in seinen Fokus, wo sich Wölfe über den Fressbedarf hinaus in einen regelrechten Bluttausch begeben können. Bis zu 70 gerissene Schafe in einer Herde sind drastische, aber auch sehr reale Zeugnisse.

Mit seiner Ausbreitung nach Niedersachsen geriet der Wolf unter anderem in die Gohrde, wo nach mehr als hundert Jahren das 1903 dort angesiedelte Muffelwild heimisch geworden war. Seit 2017 gilt das Mufflon dort allerdings als ausgestorben. Das Mufflon ist eigentlich ein Bergschaf, das über kurze Distanzen zu seinem Schutz auf einen erhöhten Punkt sprintet. In den Wäldern des niedersächsischen Flachlands hatte es dem Wolf nichts entgegenzusetzen, sprintete es dem Prädatoren zwar zunächst davon, blieb dann allerdings bereits nach rund 100 Metern seiner Natur nach einfach stehen, um sich dort töten zu lassen. Der Wolf gilt als intelligent und extrem lernfähig, auf das Mufflon haben sich die Rudel in der Gohrde schnell eingestellt, nur um sich schon nach wenigen Jahren aufgrund des vollständig gerissenen Bestands neu orientieren zu müssen.

Hieß es ursprünglich seitens der Behörden und Naturschutzverbände, der Wolf gehe zwar auf Schafe, nicht aber auf Großtiere wie Pferde und Rinder, gilt auch dieses Credo längst nicht mehr. Ab 2008 machte ein Wolfsrudel auf sich aufmerksam, das gelernt hatte, Kühe auf der Weide im Cuxhavener Land in Entwässerungsgräben zu treiben und dort zu reißen. Nachdem die Behörden keine Abhilfe schufen, verschwand das Rudel binnen kurzer Zeit restlos. Da die Jagdstrategie im Revier des Rudels funktionierte, scheidet eine Abwanderung aus, weshalb von einer illegalen, aber höchst erfolgreichen Bejagung des Rudels ausgegangen werden kann.

Das Dilemma der Tierhalter

Während einige Wolfsschützer noch die These vertreten, Angriffe auf Großvieh und Pferde blieben Ausnahmen, zeigt die offizielle Rissliste in Niedersachsen, dass die Angriffe auf Großtiere weiterhin zunehmen.

Dass sich die Weidetierhalter Sorgen um ihre Bestände machen, liegt allerdings noch an einem weiteren Umstand. Die deutsche



Intelligenter Jäger: Seit der Wiederansiedlung des Wolfs in Deutschland zeigt sich, dass Naturschützer die Lernfähigkeit des Raubtiers unterschätzt haben und dieses auch in immer besser geschützte Bereiche eindringen kann Foto: pa

Jägerschaft ist mit Blick auf die Afrikanische Schweinepest (ASP) gehalten, die Wildschweinbestände zu reduzieren. Der Abschuss der Schwarzkittel wird in einigen Landkreisen sogar dadurch gefördert, dass die kostspielige, aber veterinärrechtlich zwingend vorgeschriebene Fleischschau unentgeltlich durchgeführt wird. Die wegbrechenden Bestände lassen den Wolf zunehmend auch auf Weidetiere gehen. Da Naturschutzverbände die Stallhaltung regelmäßig scharf kritisieren, besteht hier ein Dilemma, das vor allem Naturschützern eine Entscheidung zwischen Tier- und Artenschutz abzwängt.

Eingang ins Jagdrecht

Bislang haben Naturschutzverbände und Behörden allerdings noch auf „wolfssicheren Schutz“ der Tiere gesetzt – und dabei bis heute immer wieder die Lernfähigkeit des Wolfs unterschätzt, wie die Entwicklung der Standards für „Wolfssicherheit“ belegt. Noch im Jahr 2015 galten 90 Zentimeter Elektrozaun als ausreichend zum Schutz von Weidetieren. Im Jahr darauf galt der Zaun und ein zusätzliches Flatterband als „wolfssicher“. 2017 wurde die Zaunhöhe auf 120 Zentimeter erweitert, 2018 bereits auf 160. Seit 2023 gelten als wirklich wolfssicher nur Weidetiere, die vom Elektrozaun und zusätzlichen Herdenschutzhunden gesichert werden. Doch letztere, das belegen bereits mehrere Vorkommnisse, stehen bisweilen ebenfalls auf dem Speisezettel des Wolfs. Darüberhinaus verhalten sich Herdenschutzhunde auch aggressiv gegenüber Spaziergängern. Dieser unerwünschte Nebeneffekt ist vor allem da relevant, wo viele Touristen den Weg in die Natur suchen, etwa in der Lüneburger Heide oder auf den Deichen des Elblands und der Nordsee.

Für Schäfer, die mit ihren Herden, die einerseits den Bewuchs auf den Deichen

kurzhalten, andererseits, was kein Rasenmäher könnte, dort umherlaufend mit ihren Hufen gegen Erosion vorbeugen, sind sowohl Schutz Hunde als auch hohe Zäune ein Problem, denn der Ärger mit den Touristen ist vorprogrammiert, das Wandern am Deich erfordert zudem ein ständiges Auf- und Abbauen der Umzäunung. Um seine Schafe zu schützen und zudem für seine vom Wolf bedrohte Branche einen Fortschritt zu erreichen, hatte zuletzt Schäfer Wendelin Schmücker aus dem Landkreis Harburg vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg auf Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis geklagt. Schmücker blieb zwar erfolglos, doch die Politik gerät angesichts immer neuer Rissgeschehen bei Nutztierhaltern zunehmend unter Druck.

Inzwischen ist der Wolf im Jagdrecht eingeführt. Doch den strengen Schutz verliert der Räuber erst dann, wenn die Politik anerkennt, dass die Population der Art einen „günstigen Erhaltungszustand“ hat, wie es das europäische Naturschutzrecht fordert. Inzwischen sind offiziell bundesweit zwar erst 226 Wolfsterritorien mit mehr als 500 geschlechtsreifen Wölfen belegt. Allerdings ist die Wolfspopulation in Deutschland genetisch zusammenhängend mit der polnischen. Experten gehen daher von einer weit mehr als 3000 Exemplare umfassenden Population aus, die damit weit größer ist als die Weltnaturschutzorganisation IUNC mit 1000 Tieren fordert.

Die Wut wächst – auf allen Seiten

Dass der geballte Zorn bei der Landbevölkerung kurz vor der Entladung steht, zeigte sehr deutlich ein Treffen von 110 Weidetierhaltern vor einigen Tagen in dem Dorf Eilte, das zur niedersächsischen Samtgemeinde Ahlden gehört. Die Gereiztheit der Referen-

ten und Teilnehmer sowie der dort auftretenden Landtagsabgeordneten Uwe Dornemann (CDU) und Alfred Dannenberg (AfD) beim Thema Wolf brachte Günther Winkelmann von der Uelzener Bürgerinitiative „Wolfsfreie Dörfer“ am kraftvollsten zum Ausdruck, als er von zwei aktuellen Rissgeschehen in Schafherden berichtete und regelrecht in den Versammlungssaal hinaus schrie: „Wenn das nochmal passiert, kippe ich die toten Tiere auch in Hannover vors Ministerium – ich habe keine Angst.“ SPD und Grüne waren ebenfalls eingeladen, aber bewusst der Veranstaltung ferngeblieben.

Dass die Freunde eines radikalen Wolfsschutzes sogar die Grenzen der Legalität überschreiten, belegen Vorfälle rund um die Gemeinde Wriedel im Kreis Uelzen Ende 2021, wo im Zusammenhang mit einer Abschussgenehmigung des sogenannten Ebsdorfer Rüden und eines weiteren Wolfs durch das niedersächsische Umweltministerium nach mehreren Rissen von Nutztieren gleich mehrere Jagdansätze abgepackelt worden waren. Im Vorfeld hatten Tierschutzorganisationen am Verwaltungsgericht Lüneburg vergeblich versucht, den Abschuss verbieten zu lassen (Az. 2 B 31/20 – 2 B 34/20). Als die beauftragten Wolfsjäger versehentlich eine Fähe statt des Rüden erlegten, eskalierte die Situation. Wie weit Wolfsschützer gehen, zeigen auch Todesdrohungen gegen den damaligen Landesumweltminister Olaf Lies (SPD) zu Jahresbeginn 2020 nach dessen Abschussverfügung gegen einen Wolfsrudel des Rodewalder Rudels (Kreis Nienburg).

Als vermittelnde Stimme ist vor allem der Gründer und Leiter des Wolfszentrums Dörverden, Frank Faß, wahrnehmbar. Er wirbt schon seit Längerem in den am stärksten von Wölfen besiedelten Bundesländern und denen mit den höchsten Zahlen gerissener Nutztiere für die Aufstellung spezialisierter Teams von Wolfsjägern. „Die müssen ja auch erst einmal eine Lernkurve durchmachen“, begründet Faß die geforderte Spezialeinheit. „Man bevorzugt in der Politik die heimischen Jäger, die aber dafür nicht ausgebildet sind.“ Auch wenn es noch keine ernsthaften Übergriffe auf Menschen in Deutschland gegeben habe, müsse das Land sich genau darauf vorbereiten.

Aktuellster Hintergrund der Uragst vor einem Angriff auf Menschen ist ein Vorfall in Visselhövede, Kreis Rotenburg. Dort wurde eine Radfahrerin auf einer Landstraße von drei Wölfen verfolgt. Erst als die Radlerin angehalten, die Caniden angeschrien hatte und ein hupendes Auto die Abwehr unterstützte, zogen sich die Wölfe zurück.

Erste Menschenopfer in Europa

Die These der Wolfsschützer, der Mensch gehöre nicht ins Beuteschema, stimmt nicht uneingeschränkt, wie bereits einige Menschenopfer in Europa belegen. Auf dem Kontinent hat es zwischen 1950 und 2020 nachweislich 127 Übergriffe gegeben. Die meisten Vorfälle hatten mit tollwütigen Tieren zu tun, es gab aber auch prädatorische Übergriffe, wo seltenes Beutefangverhalten gegenüber Menschen erkennbar war. Bei den 127 Übergriffen erlagen neun Menschen ihren Verletzungen, vier davon waren Kinder.

Der Konflikt ist insoweit programmiert. Je länger der günstige Erhaltungszustand der Wolfspopulation in Deutschland negiert wird, desto massiver wird der Druck auf die Politik seitens der Landbevölkerung zunehmen, die bereits mit ungleichen Lebensverhältnissen, dem Zwang zur Ausweisung von noch mehr Windparks, schlechterer klinischer Versorgung und unzureichendem ÖPNV zu kämpfen hat. Ob ein langes Zuwarten der Politik in der Causa Wolf sinnvoll ist, oder dies die gesellschaftlichen Risse weiter vertieft, wird die Zeit zeigen.

—
Je länger der günstige Erhaltungszustand der Wolfspopulation in Deutschland negiert wird, desto massiver wird der Druck auf die Politik seitens der Landbevölkerung zunehmen

● MELDUNGEN

Untersuchung blockiert

New York – Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einen Resolutionsantrag Russlands zurückgewiesen, mit dem der UN-Generalsekretär António Guterres dazu verpflichtet werden sollte, Vorschläge für eine unabhängige Untersuchung der Attentate auf die Gasleitungen Nord Stream 1 und 2 zu machen. Für den Antrag votierten neben Russland auch China und Brasilien. Dahingegen enthielten sich Albanien, Großbritannien, Gabun, Ghana, Malta, Mosambik, die Vereinigten Arabischen Emirate, die USA, Frankreich, die Schweiz, Ecuador und Japan der Stimme. Damit scheiterte die Initiative Moskaus auch ohne eine explizite Ablehnung. Der russische UN-Botschafter Wassilij Nebenja hatte das Ansinnen seines Landes damit begründet, dass es Anlass gebe, an der Objektivität der Untersuchungen der deutschen, dänischen und schwedischen Behörden zu zweifeln. Mittlerweile dränge sich sogar der Eindruck auf, man wolle lediglich Spuren beseitigen. **W.K.**

Zahl der Soldaten sinkt

Berlin – Im vergangenen Jahr sind mehr Soldaten aus der Bundeswehr ausgeschieden als rekrutiert wurden. Die Zahl der Abgänge lag bei rund 19.500. Über 4200 Soldaten quittierten vorzeitig den Dienst, oftmals aus gesundheitlichen Gründen oder während der halbjährigen Probezeit. Dem stehen lediglich 18.776 dauerhafte Neuzugänge gegenüber. Hierdurch sank die Personalstärke der Bundeswehr bis Ende 2022 auf 183.050 Frauen und Männer. Dabei sollen die deutschen Streitkräfte bis 2031 auf 203.000 Soldaten aufgestockt werden, was eine jährliche Einstellungsquote von 21.000 erfordert. Das geringe Interesse am Eintritt in die Bundeswehr resultiert zum einen aus dem Ukraine-Krieg, der auch für vermehrte Entlassungsgesuche sorgte, und zum anderen aus der jahrzehntelangen Ablehnung alles Militärischen innerhalb der Gesellschaft, die zu einer immer geringeren Wertschätzung des Dienstes in den Streitkräften geführt hat. **W.K.**

DUH verklagt Bundesamt

Hannover – Die Zahl zugelassener Pflanzenschutzmittel und Wirkstoffe hat laut Statistik des Umweltbundesamts seit 2008 kontinuierlich zugenommen und ist wieder auf dem Stand von 2001. Im November letzten Jahres erhielt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vom Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) die Bestätigung, dass deutsche Umweltschutzverbände basierend auf der Aarhus-Konvention gegen alle Typ- und Produktzulassungen von Pestiziden mit schädlichen Umweltauswirkungen vorgehen dürfen. Zusammen mit „foodwatch“ hat die DUH beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) Widerspruch gegen fünf Pestizidprodukte eingereicht, deren Zulassung die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) nicht erneuern will, da sie toxische Wirkstoffe enthalten, die teils in hoher Konzentration auch im Grundwasser festgestellt wurden. **D.J.**



Polizei im Einsatz: Eine Studie sollte klären, wie zufrieden die Beamten in ihrem Beruf sind

Foto: imago/A. Friedrichs

POLIZEI STUDIE

Stressfaktoren nehmen zu

Beamte beklagen schlechte Rahmenbedingungen – Kritik an Justiz wird laut

VON PETER ENTINGER

Wer darauf gewartet hatte, das Papier würde weitreichende Erkenntnisse zu Vorurteilen von Beamten gegenüber Migranten liefern, der dürfte enttäuscht sein. Darauf weisen die Autoren der Studie „Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten“, die in der vergangenen Woche vom Bundesinnenministerium vorgestellt wurde, gleich in ihrer Einleitung hin: „Der Titel macht deutlich, dass ganzheitlich Erkenntnisse zum Berufsalltag von Polizeibeamten in den unterschiedlichsten Verwendungen generiert werden sollen. Insofern handelt es sich nicht um die von der Öffentlichkeit geforderte sogenannte Rassismusstudie.“

Dennoch überwogen an den Tagen nach der Veröffentlichung Schlagzeilen wie „Polizisten haben laut Studie häufiger Vorurteile gegen Obdachlose und Muslime“. Das mag auch daran liegen, dass die Studie noch unter dem früheren Bundes-

innenminister Horst Seehofer (CSU) bei der Deutschen Hochschule der Polizei in Auftrag gegeben wurde, nachdem sich Verdachtsfälle von Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden gehäuft hätten.

Keine Rassismusstudie

Insgesamt lässt sich feststellen, dass häufiger strukturelle Rahmenbedingungen (wie beispielsweise die Personalstärke oder zunehmende Bürokratie) als Stressfaktoren benannt wurden denn der Umgang mit Gewalt und Leid. Wenn die Rahmenbedingungen stimmten, wurde häufig argumentiert, könne mit den inhaltlich belastenden Aspekten (Gewalterlebnisse, Konfrontation mit Leid et cetera) gut umgegangen werden.

Als belastend wird der Kontakt mit Opfern insbesondere dann erlebt, wenn es sich dabei um Kinder handelt oder um Menschen, die den Angehörigen der Polizei zuvor bekannt waren. „Unzufriedenheit mit dem Justizsystem, insbesondere im Hinblick auf die Strafverfolgung“, wurde aus allen befragten Einheiten berich-

tet. Mit Spannung erwartet wurden die Ergebnisse im Hinblick auf angebliche rassistische Vorurteile. Hier zeigt sich, dass es sich bei der Polizei offenbar um einen Querschnitt der Gesamtbevölkerung handelt. „Menschenfeindliche Positionen lassen sich wie in der Gesamtbevölkerung auch in der Polizei feststellen. Allerdings sind bei fast 30 Prozent der Befragten Tendenzen sichtbar, Asylsuchende abzuwerten. Knapp zehn Prozent

„Niemand hat große Lust, sich im beruflichen Kontext kontrollieren zu lassen“

Tobias Singelstein
Kriminologe

lassen in ihren Antworten Muslimfeindlichkeit erkennen. Fast jeder Fünfte unterstützt chauvinistische Einstellungen oder äußert sich nicht eindeutig ablehnend“, heißt es. Etwas stärker als in der Gesamtbevölkerung finden sich bei der Polizei laut der Erhebung Vorurteile gegenüber Wohnungslosen sowie muslimfeindliche Einstellungen.

Interessant ist die Feststellung, dass sich die Einstellungen im Laufe der Dienstjahre offenbar verändern. Sind die „Vorbehalte“ bei jüngeren Beamten eher weniger ausgeprägt, so steigen sie mit zunehmendem Alter. Ob dabei eine Vielzahl negativer Erfahrungen eine Rolle spielt, lässt die Studie allerdings unbeantwortet. Diese Frage müsse Gegenstand künftiger Untersuchungen sein. Laut Studie stimmen immerhin 14 Prozent der Aussage zu, es gebe „geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“. Etwa jeder fünfte Befragte glaubt, dass Demonstrationen oft nur ein Deckmantel für Menschen seien, „die Krawall machen wollen“.

Niedrige Teilnahmequote

Darüber, ob die Studie samt ihrer Ergebnisse repräsentativ sei, gibt es Meinungsverschiedenheiten. Denn die Teilnahme fand online, anonym und freiwillig statt. Die Rücksendequote lag zwischen sechs und etwa 30 Prozent, aus Baden-Württemberg und Hamburg konnten aufgrund geringer Teilnahmebereitschaft keine repräsentativen Erhebungen stattfinden.

Obwohl die Autoren wie geschildert ausdrücklich darauf hinweisen, dass es keine „Rassismusstudie“ sei, sprang Innenministerin Nancy Faeser (SPD) in einer ersten Stellungnahme gleich über dieses Stöckchen. Sie forderte als Konsequenz aus den Ergebnissen eine Überprüfung der Aus- und Fortbildung der Beamten. „Es gibt null Toleranz gegenüber Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen von Menschenfeindlichkeit“, betonte Faeser und fügte hinzu: „Jeder derartige Vorfall muss deutliche Konsequenzen haben“.

Der Kriminologe Tobias Singelstein, der zum wissenschaftlichen Beirat gehört, der die Studie begleitet, beklagte in einem Interview mit der „Tagesschau“ indirekt eine mangelnde Kooperationsbereitschaft: „Niemand hat große Lust, sich im beruflichen Kontext kontrollieren zu lassen. Das gilt für die Polizei in besonderer Weise, denn viele Polizisten fühlen sich ohnehin schon kontrolliert. In der Polizei müsste noch viel stärker das Selbstverständnis verankert werden, dass es bei einer Organisation, die über so große exekutive Befugnisse verfügt, auch entsprechende gesellschaftliche Kontrolle braucht.“

BÜRGERGELD

Sozialleistungen locken die Falschen an

Kommunalpolitiker schlagen Alarm – Hohe Ausgaben, aber der Arbeitsmarkt profitiert so gut wie gar nicht

Beim Flüchtlingsgipfel von CDU-Chef Friedrich Merz mit Kommunalvertretern beklagten Landräte zu große Anreize für Migranten durch Sozialleistungen. Ein Bürgermeister berichtete, dass viele Ukrainer aus Frankreich oder Belgien nach Deutschland umziehen, weil sie hier Bürgergeld erhielten. Wer aus der Ukraine flieht, erhält seit Januar Bürgergeld, ebenso wie anerkannte Asylbewerber. Das ist nicht nur mehr als andere Geflüchtete nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, sondern auch zehn Prozent mehr als das vorher bezahlte Arbeitslosengeld II. Statistisch belegen lassen sich ein Pull-Effekt (Anziehungskraft) nicht, sagten die Behörden bislang. Beim Treffen von Kommunalverantwortlichen mit dem CDU-Chef herrschte dagegen ein ganz anderer Ton. Schon vor einigen Monaten war den Statistikern aufgefallen,

dass in Deutschland trotz massenhaft offener Stellen die Erwerbstätigkeitsquote unter den ukrainischen Flüchtlingen mit 20 Prozent relativ niedrig war. Auch war aufgefallen, dass, während in anderen Ländern die Anzahl der ukrainischen Flüchtlinge im Laufe des ersten Kriegsjahres zurückging, diese in Deutschland weiter stieg. Bei der Aufnahme von Asylsuchern belegt Deutschland seit Jahrzehnten entweder den ersten Platz oder knapp hinter Schweden den zweiten.

Ukrainer kommen aus Frankreich

Bei den Asylsuchern sollte zwar nach dem Dubliner Abkommen das Erstaufnahmeland für die Dauer des Asyl-Verfahrens zuständig sein, aber daran hält sich heute kaum ein Bewerber und auch kaum ein Erstaufnahmeland. Während Deutschland trotz sehr begrenzten Wohnraums

wegen der bereits hier befindlichen Asylsucher im ersten Kriegsjahr etwa eine Million Ukraine-Flüchtlinge aufgenommen hat, nahm Frankreich mit 100.000 dagegen nur etwa ein Zehntel so viele auf, und das trotz angeblich sehr enger geschichtlicher Verbindungen zur Ukraine. Die Ukrainer haben, wie die Asylsucher, sehr schnell gemerkt, dass innerhalb der EU bei Sozialleistungen jedes Land seine eigene Politik verfolgt.

Auch wenn einige EU-Länder, allen voran die deutsche Ampelregierung, schon viele Male eine gleichmäßige Verteilung der Asylsucher auf alle EU-Länder fordern, wird es diese nicht geben, weil die Sozialleistungen so ungleich sind. In Griechenland beispielsweise gibt es gar keine für arbeitslose Asylberechtigte. Deshalb erlauben deutsche Gerichte Zehntausenden Sekundärmigranten eine Zweitflucht aus

Griechenland in die Bundesrepublik. Jetzt endlich dämmert das einer vermehrten Anzahl kommunaler Verantwortlicher auch der Ampel-Parteien. Unter Gerhard Schröder und seiner rot-grünen Agenda 2010 und in den ersten Jahren der Großen Koalition unter Angela Merkel hatte man sich nicht geschaut, Sozialleistungen als Mittel der Asylzuwanderungssteuerung einzusetzen, es wird höchste Zeit, sich dieses Mittels wieder zu erinnern.

Mit der laut dem Ampelkoalitionsvertrag geplanten Kindergrundsicherung wird ein weiterer Anreiz vor allem für kinderreiche Familien zur falschen Zeit dazukommen, der vor allem unter den anspruchsberechtigten Ukrainern für einen neuen großen Pull-Effekt sorgen wird. Und das zu einer Zeit, da alle Aufnahmezentren für Migranten in Deutschland bereits seit Wochen Land unter melden. **Bodo Bost**

STAATLICHER RUNDFUNK

Sie kriegen den Hals nicht voll

Noch mehr Geldbedarf trotz Luxusgehältern: Der rbb scheint aus seinen Skandalen nichts gelernt zu haben

VON HERMANN MÜLLER

Blöß nicht langweilen“ lautete das Motto, mit dem der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) vor einigen Jahren für sich warb. Mittlerweile scheint der Slogan den Verantwortlichen beim Sender offenbar nicht mehr passend zu sein. Bis auf eine großflächige Werbeanzeige am Glasdach des Berliner Hauptbahnhofs ist die Werbebotschaft wieder aus dem öffentlichen Bild verschwunden. Den Anspruch, keine Langeweile zu verursachen, löst der Sender dennoch immer noch zuverlässig ein. Mit seinem Programm bildet der rbb zwar bei den Einschaltquoten der dritten ARD-Programme seit Jahren regelmäßig das Schlusslicht, bundesweites Interesse zieht die Rundfunkanstalt dafür mit Skandalen auf sich.

Bereits vergangenes Jahr hatte der Sender durch Selbstbereicherung und Vetternwirtschaft einen massiven Rufschaden für den gebührenfinanzierten Rundfunk angerichtet. Ein nun bekannt gewordenes neues Gehaltskonzept sorgt inzwischen dafür, dass erneut Zweifel am Sparwillen des rbb wachsen. Das vom rbb-Verwaltungsrat Ende März beschlossene Konzept sieht zwar eine Halbierung der Anzahl der Chefposten vor, dennoch soll die üppige Bezahlung des Senderpersonals offenbar fortgesetzt werden.

Wie die „B.Z.“ berichtet, verdienen die zwölf Hauptabteilungsleiter immer noch 150.000 Euro pro Jahr, die Abteilungsleiter erhalten 135.000 Euro. Damit bekommt dieses Führungspersonal genauso viel wie zuvor. Weggefallen sind lediglich die Boni. Auf diese hatten Dutzende rbb-Manager allerdings ohnehin verzichtet, nachdem vergangenes Jahr Vorwürfe laut geworden waren, bei dem Sender herrsche Verschwendung und Selbstbedienungsmentalität.

Auch noch Zuschuss zum Ticket

Auch die rund zweitausend Festangestellten können sich über ihre Entlohnung eigentlich nicht beklagen: Sie bekommen über die zwangsweise erhobenen Rundfunkgebühren Gehälter, die weit über dem liegen, was im öffentlichen Dienst üblich ist. Redakteure kassieren beim rbb nach einigen Dienstjahren mehr als 100.000 Euro pro Jahr. Selbst Sekretärin-



Es wird weiter fürstlich verdient: rbb-Zentrale in Berlin

Foto: imago/chromorange

nen beziehen Jahresgehälter von 70.000 Euro. Obendrein profitieren die Festangestellten von weiteren Vorteilen, etwa der hervorragenden Altersversorgung.

Es war aber eine im Vergleich dazu eher geringe Vergünstigung, die dem Sender nun erneut Negativ-Schlagzeilen eingebracht hat. Für das neue, ab Mai geltende 49-Euro-Deutschlandticket werden laut „B.Z.“ die rbb-Mitarbeiter nur 16,55 Euro zahlen müssen. Sie profitieren davon, dass der Sender auch für die bundesweit gültige Monatskarte einen Zuschuss zahlt. Einen solchen hatte der Sender auch für das wesentlich teurere VBB-Firmenticket ausgeschüttet. Der Zuschuss zum VBB-Firmenticket ist seit 2019 Teil des Gehaltstarifvertrages beim rbb.

Angesichts der massiven Kritik an den Zuständen beim rbb dürfte es selbst energischen Befürwortern des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems derzeit schwerfallen, überzeugende Argumente für eine weitere Gebührenerhöhung vor-

zubringen. Erst im Januar hatte sich Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) gegen eine Erhöhung der Zwangsgebühren in den kommenden beiden Jahren ausgesprochen.

Zwangsgebühr soll kräftig steigen

Vor dem Hintergrund der Enthüllungen über die großzügige Verteilung von Bühnengeldern beim Sender rbb sagte Woidke: „Ich sehe schon allein angesichts der bekannt gewordenen Verfehlungen beim rbb keine Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg für eine Erhöhung.“

Tatsächlich ist durch einen Bericht von „Business Insider“ von Ende März nun aber der Plan für eine besonders drastische Erhöhung der Zwangsgebühr publik geworden. Unter Berufung auf interne Strategiepapiere der ARD berichtete „Business Insider“, der Senderverbund strebe für die Periode von 2025 bis 2028 eine Erhöhung auf deutlich über 20 Euro

an. Demnach sollen die ARD-Intendanten im Juni 2022 mit einer Anhebung des Rundfunkbeitrags auf bis zu 25,19 Euro pro Monat kalkuliert haben. Derzeit liegt die Gebühr pro Haushalt bei 18,36 Euro monatlich.

Werden diese Pläne realisiert, dann müssen sich die Gebührenzahler in ganz Deutschland auf einen so starken Anstieg der Zwangsgebühr gefasst machen wie nie zuvor in der Geschichte der Öffentlich-Rechtlichen. Auf Rückendeckung können ARD, ZDF und Deutschlandfunk beim Deutschen Journalisten-Verband (DJV) rechnen. Der Verband appellierte im März an die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, sie sollten bei der Anmeldung ihres Finanzbedarfs die Inflationsrate angemessen berücksichtigen. Die hohen Preissteigerungen in allen Bereichen müssten durch einen höheren Rundfunkbeitrag abgedeckt werden, so Frank Überall, der DJV-Bundesvorsitzende.

BRANDENBURG

Sozialparadies für Ausländer

Die Zahl der nichtdeutschen Leistungsempfänger hat sich in zehn Jahren fast vervierfacht

In Brandenburg stieg die Zahl der ausländischen „Regelleistungsbezieher“ (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Bürgergeld) von Juni 2013 bis Juni 2022 um 275 Prozent. In realen Zahlen vermehrte sich die Zahl von rund 10.500 auf etwa 39.500. Der Zuwachs vollzog sich in der Hauptsache in zwei Schüben. Allein von Dezember 2014 bis Dezember 2016 war ein Anstieg von 11.500 auf 26.300 zu verzeichnen. Vom Dezember 2021 zum Juni 2022 dann von 26.600 auf 39.500. Von den Leistungsbeziehern waren im Juni 2022 etwa 18.700 unter 25 Jahre alt.

Eine parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion im brandenburgischen Landtag förderte zutage, dass die Landesregierung über die Anzahl der ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerber und die geduldeten abgelehnten Asylbe-

werber keinerlei Angaben machen kann, weil die entsprechenden Daten gar nicht erhoben werden.

Die Zahl der deutschen Leistungsbezieher verringerte sich im gleichen Zeitraum. Die Landesregierung begründete das einerseits mit einem Anstieg der Rentnerzahl und andererseits mit einem Anstieg der Beschäftigungsverhältnisse in Brandenburg.

Die sozialpolitische Sprecherin der AfD-Landtagsfraktion, Birgit Bessin, kommentierte dies: „Seit 2015 wird uns weisgemacht, dass dringend benötigte Fachkräfte zu uns kämen. Dass dies nicht stimmt, dürfte mittlerweile klar sein. Bemerkenswert ist, dass nun auch die Landesregierung die Explosion der Anzahl ausländischer Sozialleistungsempfänger mit der Migrationspolitik

seit 2015 in Verbindung bringt. Unser Sozialsystem ist bereits an der Belastungsgrenze. Wir brauchen endlich einen Kurswechsel!“

Grünen- und CDU-Minister

Die SPD, die Partei des Ministerpräsidenten Dietmar Woidke, kann sich angesichts dieses Befunds entspannt zurücklehnen. Die vornehmlich zuständige Sozialministerin Ursula Nonnemacher ist Grüne, der für Abschiebung und Ausländerückführung zuständige Innenminister Michael Stübgen von der CDU. In den Umfragen fallen die Grünen gegenüber der Landtagswahl 2019 von zehn auf sieben Prozent. Auch die Frage nach den Anstrengungen der Landesregierung, die Zahl der ausländischen Leistungsbezieher zu reduzieren, konnte die Landesre-

gierung nur nebulös beantworten: „Die Landesregierung unterstützt mit dem aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF+) finanzierten Landesprogramm ‚Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften‘ langzeitarbeitslose Personen und Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bei der Integration in Arbeit sowie bei der sozialen Inklusion.“

Insgesamt würden aktuell landesweit 34 Projekte gefördert, die mit einer individuellen Integrationsbegleitung und passgenauen Unterstützungsmodulen versuchten, die Zielgruppe unabhängig von SGB-II-Regelleistungen zu machen. „Unter den Teilnehmenden befinden sich auch Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit“, heißt es von Seiten der Landesregierung. Frank Bückler

KOLUMNE

CDU queer

VON VERA LENGSELD

Bei der Wiederholungswahl in Berlin haben viele verzweifelte Berliner erstmals CDU gewählt, weil sie hofften, dass sie dann einen Politikwechsel bekommen. Weit gefehlt. Zwar hat Spitzenkandidat Kai Wegner mit konservativen Themen Wahlkampf gemacht, aber wie sich nach der Wahl herausstellt, war das eine Irreführung der Wähler.

Was jetzt als Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot vorgestellt wurde, ist zum Teilen identisch mit der alten rot-grünen Vereinbarung. Die CDU hat offenbar keine eigenen Positionen mehr, für die sie zu kämpfen gewillt ist. Es geht nur noch ums Mitregieren. Dafür nimmt sie sogar die zerstörerische Identitätspolitik in Kauf.

Nun gibt es mit schwarzem Segen einen Queer-Beauftragten in jedem Stadtbezirk. Vollzeit natürlich. Was ein Beauftragter für eine Mikro-Minderheit tun soll, steht nicht im Koalitionspapier. Zu erwarten ist aber, dass die Stelleninhaber sich ein Betätigungsfeld suchen werden. Kein gutes Signal für die gegängelten Berliner. Auch sonst liest sich das Programm wie ein rot-grünes Wunsch Dir was – nur mit schwarzen Einsprengeln.

Zu den Schwerpunkten des nunmehr schwarz-roten Regierungsvorhabens gehören ein Milliardenprogramm für mehr Klimaschutz, Wohnungsbau, eine Verwaltungsreform sowie eine bessere Ausstattung von Polizei und Feuerwehr. Wie sich die Ost-CDU früher zum Sozialismus bekannte, verkündet sie jetzt ihr Bekenntnis zu einer bunten, vielfältigen Stadt, in der Menschen aller Couleurs sich wohlfühlen sollen.

Das beinhaltet auch die Autofahrer, die künftig weniger behindert werden sollen. Sicherer soll es in der Hauptstadt auch werden. Wie das gehen soll, wenn die SPD, die von den Wählern deutlich abgestraft wurde, so viele Senatoren hat wie die CDU, und sogar Inneres stellt, ist unklar, denn sie darf weitermachen wie bisher.

MELDUNG

Partnerschaft mit Tel Aviv

Berlin – Die designierte schwarz-rote Landesregierung von Berlin will eine Städtepartnerschaft mit der israelischen Wirtschaftsmetropole Tel Aviv eingehen. Berlin unterhält derzeit 17 Städtepartnerschaften. Die erste wurde 1967 mit Los Angeles geknüpft, die jüngste datiert aus dem Jahr 2000 mit London. Nach Informationen soll die Initiative vom Regierenden Bürgermeister in spe Kai Wegner (CDU) ausgegangen sein. Er strebt demnach eine zusätzliche Partnerschaft mit Jerusalem an. Die weiteren Partnerstädte Berlins sind Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Istanbul, Jakarta, Madrid, Mexikostadt, Moskau, Paris, Peking, Prag, Taschkent, Tokio, Warschau und Windhuk. Allerdings liegt die Partnerschaft mit Moskau seit dem Ukraine-Krieg auf Eis. Tel Aviv wurde 1909 neu gegründet und 1950 mit der antiken Hafenstadt Jaffa vereinigt. F.B.

● MELDUNGEN

Nein zu Essen aus Insekten

Rom-Budapest – Die Regierungen von Ungarn und Italien haben Gesetze zum Schutz der Verbraucher ihrer Länder vor Insektenproteinen in Lebensmitteln verabschiedet. Damit unterlaufen sie eine Initiative der Europäischen Union, die Mehlkäfer, Wanderheuschrecken, Hausgrillen und Getreideschimmelkäfer für den menschlichen Verzehr freigegeben hat. Erzeugnisse, die derartige Insekten enthalten, müssen Warnhinweise tragen und dürfen nur getrennt von anderen Nahrungsmitteln angeboten werden. Darüber hinaus verbot die Regierung in Rom die Beimischung von Insektenmehl zu typisch italienischen Produkten wie Pizza und Pasta sowie die Herstellung und den Verkauf von synthetischem Fleisch. Hierzu schrieb der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei Fratelli d'Italia im italienischen Parlament, Tommaso Foti: „Wir werden unsere Lebensmittelsouveränität, unsere nationalen Unternehmen und die Gesundheit unserer Bürger immer verteidigen.“ W.K.

Kiew plant Säuberung

Kiew – Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksij Danilow, hat in Kiew einen Zwölf-Punkte-Plan zur „De-Okkupation“ der von Russland annektierten Krim vorgelegt, in dem die prorussischen Bewohner der Schwarzmeer-Halbinsel als „Moskauer Müll“ bezeichnet werden. So sollen auf die Rückeroberung der Krim umfassende „Entgiftungen“ nach dem Vorbild der Entnazifizierung in Deutschland folgen. Dabei drohen ukrainischen „Kollaborateuren und Verrätern“ drakonische Strafen. Russische Bürger hingegen müssten die Krim „unverzüglich“ verlassen. Außerdem würden sämtliche Verträge, die ab 2014 nach russischem Recht zustande gekommen seien, ihre Gültigkeit verlieren. Darüber hinaus will die Regierung in Kiew die Krim-Brücke in Richtung des russischen Festlands abreißen lassen und die Hafenstadt Sewastopol nur noch „Objekt Nr. 6“ nennen, bis das ukrainische Parlament einen neuen Namen festlegt. W.K.

69 Christen im Kongo getötet

Kinshasa – Muslimische Extremisten haben im Osten der Demokratischen Republik Kongo bei mehreren Massakern während des Fastenmonats Ramadan 69 Christen ermordet und zahlreiche weitere Menschen anderen Glaubens verletzt oder entführt. Zu den Übergriffen beziehungsweise „Schlachtungen“ bekannten sich lokale Ableger des Islamischen Staates (IS) sowie die mit dem IS kooperierende Rebellengruppe ADF. Letztere schlug vor allem in dem Dorf Mukondi in der Provinz Nord-Kivu zu. Dort starben 40 Christen, darunter 15 Kinder. In 30 Fällen wurden Macheten als Mordwerkzeuge benutzt. Außerdem traf es ein Hospital in Kirindera, in dem die islamischen Fanatiker 22 wehrlose Kranke niedermetzten, bevor sie das Gebäude und die dazugehörige Apotheke niederbrannten. Aufgrund all dessen sind nun um die 300.000 Menschen im östlichen Kongo auf der Flucht vor der ADF und dem IS. W.K.

WEHRTECHNIK

Exportschlager Rüstungsgüter

Die gestiegene Nachfrage im Westen nach Waffen wird zu einem großen Teil durch Südkorea gedeckt

VON BODO BOST

Im vergangenen Jahr stiegen die Waffenexporte Südkoreas um 140 Prozent auf einen Rekordwert von 17,3 Milliarden US-Dollar. Größter Abnehmer mit Verträgen im Wert von 12,4 Milliarden US-Dollar ist das EU- und NATO-Mitglied Polen, das Panzer, Haubitzen, Kampffjets und Mehrfachraketenwerfer in Südkorea kaufte. Polen plant mit einer Verdoppelung seiner Rüstungsausgaben auf ein Zwanzigstel seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Personalstärke seiner Armee das größte Aufrüstungsprogramm seiner Geschichte. Ende August 2022 hatte Polen die Verträge mit Südkoreas führenden Rüstungsunternehmen unterzeichnet, drei Monate darauf traf die erste Lieferung ein. Die Aufträge aus Mitteleuropa

waren ein Segen für die Regierung von Präsident Yoon Suk Yeol, der sein Land bis 2027 zum viertgrößten Waffenexporteur nach den USA, Russland und Frankreich machen will. Während die Vereinigten Staaten in der Rivalität mit Russland und China High-End-Waffen wie Flugzeugträger, Atom-U-Boote und hochmoderne Flugzeuge herstellen, konzentriert sich Südkorea auf Waffen der mittleren Ebene wie Artillerie, gepanzerte Fahrzeuge und Panzer.

Größter Abnehmer ist Polen

Südkorea weitet zwar seine Waffenverkäufe weltweit aus, aber es weigert sich, der Ukraine Waffenhilfe zu leisten. Stattdessen hat sich das Land darauf konzentriert, die weltweiten Aufrüstungslücken anderer, vorwiegend NATO-Staaten, zu schließen. Viele seiner Waffensysteme

sind mit den NATO-Waffen kompatibel, die in die Ukraine geliefert werden.

Die Zurückhaltung Südkoreas im Ukrainekrieg rührt zum Teil daher, dass man sich nicht offen mit Moskau anlegen will, von dem man sich Kooperation bei der Verhängung neuer Sanktionen gegen Nordkorea erhofft. Der russische Präsident Wladimir Putin hat Südkorea davor gewarnt, der Ukraine militärisch zu helfen, da dies Russland veranlassen könnte, die militärischen Beziehungen zu Nordkorea zu vertiefen, was ohnehin bereits der Fall ist. Auch die Schweiz, Länder in ganz Lateinamerika und Israel, die sich selbst als Teil des Westens verstehen, haben es ebenfalls abgelehnt, Waffen direkt an die Ukraine zu liefern.

In keinem anderen Land hat die Rüstungsindustrie infolge der russischen Invasion einen derartigen Aufschwung er-

lebt wie in Südkorea. Der asiatische Staat vollzieht einen Drahtseilakt, indem es zwischen seinem unerschütterlichen Bündnis mit Washington sowie seinen eigenen nationalen und wirtschaftlichen Interessen abwägt.

Im Gegensatz zu den US-Verbündeten in Europa, die nach dem Ende des Kalten Krieges ihr Militär und ihre Rüstungsproduktionskapazitäten weitgehend zurückgefahren haben, hat Südkorea kein Ende des Kalten Krieges erlebt und eine robuste heimische Rüstungslieferkette aufrechterhalten, um die Nachfrage der eigenen Streitkräfte zu decken und sich gegen Nordkorea zu schützen.

Nach einem Jahr Krieg in der Ukraine haben Waffenlieferanten der NATO mit erheblichen Produktionsengpässen zu kämpfen. Als die mittel- und osteuropäischen Länder nach der Lieferung ihrer alten Waffen aus der Zeit der Zugehörigkeit zum Warschauer Vertrag an die Ukraine ihre Streitkräfte mit neuen Waffen schnell neu ausrüsten und aufrüsten wollten, wurde Südkorea zu einer verlockenden Option.

Keine Lieferungen an die Ukraine

Von 2017 bis 2021 war Südkorea das am schnellsten wachsende Land unter den 25 größten Waffenexporteuren der Welt und lag mit einem Anteil von 2,8 Prozent am Weltmarkt auf Platz 8, so das Stockholm International Peace Research Institute. Das war, bevor das Unternehmen im letzten Jahr Verträge mit Polen, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten abschließen konnte.

Hanwha Aerospace, Südkoreas größtes Rüstungsunternehmen, plant seine Produktionskapazität bis zum nächsten Jahr um das Dreifache zu erhöhen. Die meistverkaufte Waffe des Landes ist die Panzerhaubitze K9 „Thunder“. Hanwha musste bereits zwei weitere Montagelinien einrichten, um die wachsende Nachfrage zu befriedigen. Die Türkei hat ihren Kampfpanzer Altay und ihre Panzerhaubitze T-155 „Firtina“ auf der Grundlage südkoreanischer Modelle gebaut. Hanwha baut auch eine Fabrik in Australien, um die K9 mit lokalen Zulieferern zusammenzubauen. Die meisten der südkoreanischen Panzerhaubitzen, die Polen kauft, werden in Polen mit lokalen Partnern hergestellt. Das sind zusätzlich Anreize für die Länder, in Südkorea Waffen zu bestellen.



Die meistverkaufte Waffe Südkoreas: Die Panzerhaubitze K9 „Thunder“

Foto: Republik Korea

IRAK

Christen bauen in Mossul Kirchen wieder auf

Erzbischof Najib Mikhael Moussa hat das Kloster des Heiligen Michael für den Gottesdienst wiedereröffnet

Der chaldäisch-katholische Erzbischof von Mossul, Najib Mikhael Moussa, hat mit dem Kloster des Heiligen Michael die mittlerweile dritte vom Islamischen Staat (IS) während dessen Herrschaft in Mossul zerstörte Kirche wieder für den Gottesdienst geöffnet. Er hofft, noch viele weitere zerstörte Kirchen wiedereröffnen zu können. Bevor der irakische Ordensgeistliche die erste Messe in der wiederaufgebauten Kirche des St.-Georgs-Klosters feierte, hatte er bereits die Kirche des Apostels Paulus in Mossul feierlich wiedereröffnet. In seinen Worten bei der Neueinweihung erinnerte er daran, dass es die einheimischen Muslime waren, welche die Kirchen nach dem Abzug des IS gereinigt haben. Die Christen sollten nun Brückenbauer der Versöhnung werden, auch wenn das

nicht leicht ist. Der Besuch des Papstes und die breite Unterstützung, die er von den Irakern erhielt, war ein Leuchtturm der Hoffnung für die Christen im Irak.

Der Heilige Vaterr hielt damals eine Rede inmitten von Ruinen des zerstörten Mossul, damals war dort noch keine einzige Kirche wiedereröffnet worden. Er wies darauf hin, dass die Verkleinerung der christlichen Gemeinschaft großen Schaden angerichtet habe, „nicht nur für die Christen, sondern auch für die Gemeinschaft, die sie zurückgelassen haben“. Und deshalb sei es so wichtig, Kirchen und Klöster wieder aufzubauen, auch wenn es nicht genug Christen gebe, um sie zu füllen. Nicht nur, weil einige der Kirchen aus dem fünften Jahrhundert stammen, sondern weil dies ein Erbe ist,

das zu Ninive, wie Mossul früher hieß, gehört und nicht nur zu den Christen.

Mossul müsse seine Vielfalt zurückgewinnen, wobei Muslime und Christen wieder neben Jesiden leben sollten. Denn Vielfalt ist ein starkes Zeichen gegen den Terrorismus, gegen den IS. Gleichzeitig sei es wichtig, dem Bild entgegenzutreten, dass nach dem Weggang der Juden aus dem Irak 1948 nun die Christen an der Reihe seien. Wie die Christen waren auch die Juden ein wichtiger Teil von Mossul. In Alqusch, etwa 30 Kilometer nördlich von Mossul gelegen, haben zurückgekehrte assyrische Christen sogar dafür gesorgt, dass eine jüdische Wallfahrtsstätte zum Propheten Nahum, welche die Juden 1948 Richtung Israel verlassen hatten, wieder aufgebaut wurde. Der Irak und Israel haben keine di-

plomatischen Beziehungen, sodass Juden selbst dorthin reisen könnten

Im Juni 2014 wurde die Stadt von Moslems des IS eingenommen. Sie hielten sie bis Juli 2017. Anschließend gab es keine Christen mehr in der Stadt. In den drei Jahren wurden fast alle Kirchen und Klöster zerstört. Und viele sind immer noch Ruinen.

Auch nach der Befreiung der Stadt durch die irakische Armee herrschte in Mossul zunächst weiter große Unsicherheit. Es gab immer wieder Angriffe von Terroristen, die das Gefühl der Unsicherheit noch verstärkten. Christen wurden auch danach häufig zur Zielscheibe, viele Menschen wurden bedroht und sind ausgewandert. Einige Priester wurden getötet. Bob

VON PETER ENTINGER

Bei dem als „Cum Ex“ bezeichneten Geschäftsmodell handelte es sich um eine Gesetzeslücke, die mittlerweile geschlossen wurde. Große Aktienpakete wurden hin und her geschoben und die Beteiligten ließen sich die Kapitalertragssteuer erstaten, die nie entrichtet wurde. Der Gewinn wurde aufgeteilt. Doch die schmutzigen Deals flogen auf. Bis heute ist die Affäre allerdings weder politisch noch juristisch ausgestanden. Nach einem Gerichtsurteil hatte die Hamburger Privatbank MM Warburg 2020 eigenen Angaben zufolge schließlich alle ausstehenden Steuerrückforderungen beglichen, versucht aber auf juristischem Weg weiter, das Geld zurückzubekommen.

Um zu verstehen, worum es bei dem eigentlichen Skandal geht, muss man auf das Jahr 2016 zurückblicken. Die Privatbank MM Warburg war in die illegalen Cum-Ex-Geschäfte verwickelt und verdiente damit Millionen. Eigentlich hätte die Warburg-Bank allein für Cum-Ex-Geschäfte aus dem Jahr 2009 insgesamt 47 Millionen Euro zurückzahlen müssen. Die Hamburger Finanzverwaltung entschied im Dezember 2016 aber, die ursprünglich geplante Rückforderung wegen zu Unrecht erstatteter Kapitalertragssteuern doch nicht zu erheben.

Pikant ist die Angelegenheit vor allem deshalb, weil der amtierende Bundeskanzler Olaf Scholz damals Regierungschef in der Hansestadt war. Bewiesen ist und vom SPD-Politiker nicht abgestritten wird die Tatsache, dass sich Scholz in den Jahren 2016 und 2017 mehrfach mit dem Warburg-Miteigentümer Christian Olearius getroffen hatte. Bezüglich der Inhalte wollte sich Scholz aber nicht mehr erinnern. In Hamburg geistert seitdem das geflügelte Wort, man können Probleme einfach „wescholzen“.

Scholz bestreitet Einflussnahme

Eine politische Einflussnahme hatte Scholz stets bestritten. Einen Beweis für diesen Verdacht konnte ein Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft in zweieinhalb Jahren Tätigkeit bislang nicht erbringen. Die Generalstaatsanwaltschaft Hamburg sah im vergangenen August kein Fehlverhalten des heutigen Kanzlers Scholz. Die Beschwerde eines Anwalts dagegen, dass sie nicht ermittelte, wies sie zurück. In einer Erklärung dazu hieß es, es gäbe keine „Anzeichen für den Verdacht, eine mutmaßliche Steuerhinterziehung der Warburg Bank sei von Verantwortlichen der Hamburger Finanzverwaltung wissentlich oder willentlich gefördert worden“. Es gäbe bisher auch keine Anhaltspunkte für Falschangaben von Bundeskanzler Scholz im Cum-Ex-



Weiß er mehr, als er sagen will? Olaf Scholz trat im vergangenen April vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf

CUM-EX-SKANDAL

CDU fordert von Scholz Aufklärung im Bundestag

Neuer Untersuchungsausschuss mit Unterstützung der Linkspartei – Ein diesbezüglicher Vorstoß der AfD vom Oktober 2022 wurde abgelehnt

Untersuchungsausschuss. Die SPD und ihr Kanzler haben sich seit Jahren auf die Devise Aussitzen verständigt. Zuletzt verhinderte die Regierung eine abermalige Befragung des Kanzlers zum Steuerskandal um die Hamburger Bank.

Die Union spricht seit Jahren von einem Skandal. Immer wieder kommt aus CDU/CSU-Kreisen das Argument, die Vorwürfe gegen Scholz seien so massiv, dass sie den Kanzler zu Fall bringen könnten. Die größte Oppositionsfraktion im Bundestag werde in der ersten Sitzungswoche nach Ostern die Einsetzung eines eigenen Untersuchungsausschusses beantragen, kündigte Vizefraktionschef Mathias Middelberg in der vergangenen Woche an.

Zur Rolle Scholz' als früherer Erster Bürgermeister Hamburgs gibt es viele Widersprüche und Ungereimtheiten, die

auch ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft bislang nicht habe ausräumen können, erklärte Matthias Hauer, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Finanzausschuss. Unterstützung erhält die Union dabei möglicherweise sogar von Linksaunen.

Die Linkspartei prüfe eine Unterstützung, sagte ihr finanzpolitischer Sprecher Christian Görke. „Klar ist: die Widersprüche und offenen Fragen müssen aufgeklärt werden. Ein Untersuchungsausschuss scheint notwendig, da sich der heutige Bundeskanzler weiter weigert, sich den Fragen im Finanzausschuss des Bundestages zu stellen.“

Widersprüche und Ungereimtheiten

Unklar ist allerdings, wie glaubhaft die Bemühungen der Union sind und wie sehr

es ihr wirklich um Aufklärung und nicht bloß um Effekthascherei geht. Auf das widersprüchliche Verhalten wies die AfD-Fraktion im Berliner Reichstag hin.

„Die CDU/CSU-Fraktion hat sich nun endlich unseren Forderungen angeschlossen und fordert eine lückenlose Aufklärung der Verstrickungen zwischen Olaf Scholz und der Warburg-Bank im Fall Cum-Ex. Wir als AfD-Fraktion haben am 13. Oktober 2022 in einer Aktuellen Stunde beantragt, den Bundeskanzler zu einer Stellungnahme herbeizuzitieren. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich dabei enthalten und alle anderen Fraktionen haben dagegen gestimmt“, erklärte der finanzpolitische Sprecher Kay Gottschalk. Die Beschwichtigungen und Erinnerungslücken des Bundeskanzlers seien seiner Partei seit Monaten ein Dorn im Auge.

IMPFSCHÄDEN

Kosten in Milliardenhöhe

Eine Studie der Firma Phinance Technologies spricht von 26,6 Millionen Geschädigten allein in den USA

Edward Dowd verbrachte fast sein ganzes Berufsleben an der Wall Street, unter anderem als Fondsmanager beim weltgrößten Vermögensverwalter BlackRock, wo er viele Jahre lang für Portfolios im Wert von rund zehn Milliarden US-Dollar verantwortlich zeichnete. Dieser Börsenprofi gründete im Juni 2022 gemeinsam mit den beiden promovierten Physikern Yuri Nunes und Carlos Alegria die global agierende Investmentfirma Phinance Technologies, die selbstentwickelte mathematische Algorithmen einsetzt, um möglichst risikofreie Anlageideen zu generieren.

In diesem Zusammenhang erstellten die Drei eine Studie mit dem Titel „The Vaccine Damage Project – Human Cost“, in der es um die finanziellen Folgen der Schäden infolge der Corona-Impfungen

geht. Dabei beziehen sich ihre Zahlen ausschließlich auf die USA und das Jahr 2022.

Vier verschiedene Kategorien

Auf Grundlage von Daten aus offiziellen Quellen wie den Angaben des U.S. Bureau of Labor Statistics des Arbeitsministeriums der USA ordneten Dowd, Nunes und Alegria die von negativen Auswirkungen der Impfstoffe Betroffenen vier verschiedenen Kategorien zu. Eins steht für „Personen mit Komplikationen ohne messbare Schäden“, zwei für „Verletzte mit leichten bis mittelschweren Schäden“, drei für „Behinderte mit schweren Schäden“ und vier für „Verstorbene aufgrund extremer Schäden“. Die Einstufung war nicht immer einfach: „Menschen mit zunächst nur leichten Impfschäden können im Laufe

der Zeit schwerere Schäden bis hin zur Invalidität erleiden oder versterben.“

Der Studie zufolge traten im Jahr 2022 in den USA 26,6 Millionen Impfschäden auf, die in 1,36 Millionen Fällen zu dauerhaften Behinderungen und in rund 300.000 Fällen zum Tode führten. Die hieraus resultierenden direkten finanziellen Belastungen unter anderem für Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen beziffert Börsenprofi auf 79,5 Milliarden US-Dollar, wobei wohl allein schon die Behinderten Ausgaben in Höhe von 52,2 Milliarden Dollar verursachten. Dazu kamen weitere indirekte Kosten durch Arbeits- und Produktionsausfälle, womit die Gesamtschäden laut den Gründern von Phinance Technologies insgesamt 147,8 Milliarden Dollar betragen. Gleichzeitig mer-

ken die Drei aber an, dass ihre Berechnungen nur das berücksichtigt hätten, was hinreichend konkret erfassbar sei. Das heißt, „Auswirkungen wie beispielsweise Produktivitätsverluste, die dadurch entstehen, dass ein Arbeitnehmer zwar anwesend ist, aber nur mit 50 bis 75 Prozent seiner Kapazität arbeitet, bleiben ebenso unberücksichtigt wie das Ausbrennen seiner Kollegen, welche diese Minderleistung durch Mehrarbeit kompensieren müssen.“

Wenn man die knapp 148 Milliarden US-Dollar Kosten für Impfschäden bei rund 333 Millionen Einwohnern der USA auf die Europäische Union hochrechnet, in der 447 Millionen Menschen leben, ergibt sich eine Summe von 198 Milliarden Dollar oder 181 Milliarden Euro für 2022.

Wolfgang Kaufmann

● MELDUNGEN

KI gefährdet Arbeitsplätze

New York – Das weltweit agierende Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen Goldman Sachs Group hat eine Studie dargelegt, die sich mit den Auswirkungen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI) auf die Arbeitswelt befasst. Darin vertreten Joseph Briggs und Divesh Kodhani die Ansicht, dass die KI demnächst bis zu 300 Millionen Vollzeit-arbeitsplätze auf der Welt vernichten könnte – das wären etwa 16 Prozent aller aktuell existierenden Jobs. Für besonders gefährdet halten die Goldman-Sachs-Experten dabei Banken, IT-Unternehmen und die öffentliche Verwaltung sowie die Branchen Logistik und Fertigung. Gleichzeitig gehen sie von Produktivitätssteigerungen von 1,4 Prozent in jedem der nächsten zehn Jahre aus. Zur Abfederung der Folgen der KI-Revolution schlagen Briggs und Kodhani umfangreiche Fortbildungsprogramme vor, damit die Arbeitnehmer in einer durchautomatisierten Wirtschaft bestehen können. W.K.

Satellitenfirma ist pleite

Long Beach – Das US-amerikanische Raumfahrtunternehmen Virgin Orbit, das zum Konzern Virgin Group des britischen Milliardärs Richard Branson gehört, hat einen Insolvenzantrag gestellt und steht nun zum Verkauf. Zuvor waren 85 Prozent der Belegschaft entlassen worden. Der Geschäftsbetrieb ruhte bereits seit Mitte März, nachdem es nicht gelungen war, 200 Millionen US-Dollar an frischem Kapital einzuwerben. Seit Januar 2021 konnte Virgin Orbit 33 Kleinsatelliten in die Erdumlaufbahn schießen, wobei die Trägerrakete LauncherOne von einem Boeing 747 „Jumbo Jet“ mit dem Namen „Cosmic Girl“ auf elf Kilometer Höhe transportiert wurde. Allerdings scheiterte Anfang 2023 der Versuch, auf diese Weise neun Satelliten auf einmal über britischem Territorium zu starten. Daraufhin brach der Aktienkurs des Unternehmens drastisch ein. Die Schwesterfirma Virgin Galactic, die touristische Flüge ins All anbietet, ist dahingegen nicht in Schwierigkeiten. W.K.

Rubelkurs im freien Fall

Moskau – Der russische Rubel ist auf den niedrigsten Stand seit einem Jahr gesunken. Der Euro hat sich auf 90 Rubel verteuert, zuletzt lag er bei 82 Rubeln. Westliche Experten führen den Verfall auf die Wirkung der Wirtschaftssanktionen zurück. Da westliche EU-Staaten kaum noch Öl und Gas aus Russland beziehen und zudem eine Preisobergrenze für russisches Öl am Weltmarkt eingeführt wurde, fällt für den russischen Staat ein Großteil der Einnahmequellen durch hohe Energiepreise weg. Nach Prognosen der OECD wird die russische Wirtschaft in diesem Jahr um 2,5 Prozent schrumpfen. Sorgen um die Staatseinnahmen bereitet russischen Experten zudem die Kapitalflucht, weil viele westliche Unternehmen Russland verlassen. Daneben beeinträchtigen die hohen Rüstungsausgaben die russische Wirtschaft langfristig. MRK

KOMMENTAR

Zeit für den Abschuss

BERNHARD KNAPSTEIN

Der Wolf ist zurück, und er breitet sich aus. Das Bundesumweltministerium bestätigt aktuell 161 Rudel, 43 Paare sowie 21 territoriale Einzeltiere. Dabei beruft sich das Ministerium auf die Dokumentationsstelle DBBW. Doch diese 225 Territorien in Deutschland sind nicht aktuell. Rechnet man die Territorien in den Ländern zusammen, kommt man bereits auf 235 anerkannte Wolfsgebiete. Allein in Brandenburg hat sich die Ausbreitung seit 2019 von 38 auf jetzt 61 Territorien nahezu verdoppelt.

Derweil sind die Nutzerrisiken exponentiell angestiegen. Schäfern, Landwirten und Jägern ist der Räuber schon lange ein Dorn im Auge. Schafe sind als Pflegekräfte in der Heidelandschaft und für den Deichschutz unverzichtbar, aber für den Wolf oft auch leichte Beute. Dabei jagt der Wolf nicht nur nach seinem Appetit, sondern befindet sich im Beutegriff auf Herden in einem regelrechten Blutkreislauf. Der Fleischfresser beendet sein Töten erst, wenn sich kein Tier mehr regt und flüchtet. Derartige Gemetzeln sind keine Seltenheit, sondern im ländlichen Raum blutige Realität.

Eine regulierende Entnahme – wie in Schweden längst üblich – ist sinnvoll. Das Problem: Der Wolf genießt einen nahezu unbegrenzten Schutz, da der europäische Artenschutz die Wiederansiedlung des Wolfs in Europa *de jure* nicht nur begrüßt und schützt, sondern seine Ausbreitung in Deutschland auch finanziell mit mehreren Millionen Euro gefördert wird. Allein Niedersachsen hat für den Wolfsschutz bereits rund 20 Millionen Euro ausgegeben. Allein die wolfsichere Umzäunung frisst regelrecht das Geld des Steuerzahlers. Dabei steht längst fest, dass die Wolfssicherheit nur solange gilt, wie der Wolf nicht gelernt hat, die Hürde zu überwinden. Springen, klettern untergraben – wenn es darauf ankommt, nimmt der Wolf bislang noch jede Hürde. Vor zwei Jahren überkletterte ein Wolf einen zwei Meter hohen Zaun mit Stacheldraht eines Wildtiergeheges im niedersächsischen Munster.

Einen sicheren Schutz vor dem Wolf gibt es nicht

Selbst das jüngste Allheilmittel, der höchst kostspielige Herdenschutzhund, ist für einige Rudel keine Hürde, sondern sogar Teil des Speisezettels. Freilich sind

nicht alle Rudel auf gleichem Niveau, die Lernkurve hängt von natürlichen Umständen, dem Nahrungsangebot und den ergriffenen Schutzmaßnahmen ab.

Doch kann man überhaupt wollen, jede Weide hermetisch abzuriegeln? Immerhin wird dadurch auch das Wild des Waldes von den saftigen Wiesen der Landwirte ausgeschlossen. Eine gewisse Durchlässigkeit ist insoweit geradezu praktizierter Wildtierschutz.

Bei der Frage, ab wann endlich der Wolf durch Abschuss reguliert werden darf, kommt man an dem Begriff vom „guten Erhaltungszustand“ der Wolfspopulation nicht vorbei. Ein italienischer Wildtierbiologe hatte vor einigen Jahren 1000 geschlechtsreife Tiere als Maßstab für eine unproblematische Selbsterhaltung des Bestands taxiert. Das ist bis heute der Maßstab. Auch wenn der Wolf sich nicht für Grenzen interessiert, hinterlassen einige radikale Naturschützer den Eindruck, als gelte die Zahl 1000 nicht nur für die deutsch-polnische Population, die bereits über 3000 erwachsene Tiere aufweist. Vielmehr besteht die absonderliche Neigung, die 1000er-Grenze auf Deutschland und sogar auf jedes Bundesland runterbrechen zu wollen.

In einer hessischen Habitatanalyse von 2010 wurde berechnet, dass in Deutschland 441 Rudel ansässig sein könnten. Dann hätte allein das dicht besiedelte Deutschland 3500 bis 4000 Wölfe zu verkraften. Artgerechte Weidewirtschaft wäre unter solchen Umständen nicht mehr möglich, die Viehzucht könnte wohl nur noch in Ställen stattfinden. Rehe, Damwild und selbst die sich mit 300 Prozent regenerierenden Schwarzkittel wären vom Aussterben bedroht – alles für den Wolf. In der Spitze führte die Nahrungsarmut für den Räuber schließlich zu dem, was die Ausrottung des Wolfs einst herbeigeführt hat: Der Hunger des Rudels wird durch zunehmende Übergriffe und Tötungen von Menschen zu stillen versucht.

Wer solche Szenarien als Rotkäppchen-Märchen abtut, hat weder einen Blick auf Realitäten hinter der Erzählung, noch für die bereits stattfindende Dynamik illegaler Abschüsse von Wölfen. Die Politik ist gefordert, die Akzeptanz von *Canis lupus* zu erhalten und eine erneute Ausrottung des Wolfs zu verhindern. Das geht nicht ohne regulierenden Abschuss. Schutz braucht der Wolf jedenfalls keinen mehr.



Moskautreue seit 1978: Gerhard Schröder, hier zu Besuch beim sowjetischen Komsomol

Foto: ullstein

HINTERGRUND

Moskaus treue Freunde

JOSEF KRAUS

War die deutsche Politik blind gegenüber der zunehmend aggressiveren Politik Russlands in den vergangenen Jahren? Dieser Frage geht ein Buch der FAZ-Journalisten Reinhard Bingener und Markus Wehner nach.

Eine zentrale Rolle spielt dabei Ex-Kanzler Gerhard Schröder. Minutiös zeigen die Autoren auf, dass der SPD-Politiker schon in seinen Göttinger Jus-Jahren mit Nähe zum „Stamokap“-Flügel eher mit Moskau als mit Washington liebäugelte und ab 1990 eine Hannover-Connection um sich scharte, die den Mythos der SPD-Entspannungspolitik der 1970er Jahre fortführen wollte – und dabei sozialistischen Antikapitalismus mit Antiamerikanismus verband. Die Hoffnung auf die deutsche Einheit bezeichnete Schröder 1987 übrigens als „Lebenslüge“, was den „elastischen Pragmatiker“ (Bingener/Wehner) nicht daran hinderte, elfmal die DDR zu besuchen. Überhaupt reiste er gern zu Autokraten, zum Beispiel auch nach Kuba. Laut wettete er gegen den NATO-Doppelbeschluss von 1979, und noch 2021 forderte er in einem Buch die Auflösung der NATO.

Ein Freund Moskaus seit den 70ern

Ab 1978 war Schröder regelmäßig in Moskau, seine erste Auslandsreise als niedersächsischer Ministerpräsident führte ihn 1991 ebenfalls dorthin. Während seiner siebenjährigen Kanzlerschaft 1998 bis 2005 gab es mehr als vierzig, oft auch sehr private Treffen mit dem russischen Präsidenten Putin, womit dessen „Operation Schröder“ sehr konkrete Formen annahm.

Aber Schröder gab nicht den Solisten. Sehr wohl als dessen Alphonse, schuf er ein Netzwerk, das sich zu großen Teilen wie ein „Who ist Who“ der SPD liest, vor allem – aber nicht nur – der Niedersachsen-SPD, dem aber auch Nicht-Genossen angehörten: Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel, Stephan Weil, SPD-Strippenzieher Heino Wiese, dazu Brigitte Zypries, Erwin Sellering, Henning Voscherau, Ex-SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz, Manuela Schwesig, AWD-Gründer und Schröder-Buch-Sponsor Carsten Maschmeyer, Bauunternehmer wie Günter Papenburg, Ex-Stasi-Major Matthias Warnig, EnBW-Chef Utz Claasen, VW-Vorstand Peter Hartz, Preussag-Chef Michael Frenzel, Wurst-Magnat Clemens Tönnies (bis 2020 Chef von Schalke 04 mit dessen Hauptsponsor Gazprom von 2005 bis 2022). „Frogs“ hießen beziehungsweise heißen sie: „Friends of Gerhard Schröder“.

Von den Folgen dieser „Moskau-Connection“ und der stetig anschwellenden Aggressivität Russlands gegenüber dem

Westen und Deutschland wollte man dort und will man auch heute nicht allzu viel wissen. Die Autoren schreiben denn nicht zu Unrecht: „Im Ergebnis lässt im Bundestag eine All-Parteien-Koalition die Vergangenheit lieber ruhen.“ Das gilt auch für die Post-Merkel-CDU.

Kollektiv stellten sich die „Frogs“ selbst dann noch blind und taub gegenüber Russland, als dort schon bald nach der Machtübernahme Wladimir Putins ein revanchistischer Wind wehte. Dabei hätte man Putin besser kennen können. Etwa seine Petersburger Doktorarbeit mit dem bezeichnenden Titel: „Strategische Planung bei der Nutzung der Rohstoffbasis einer Region in Zeiten der Entstehung von Marktmechanismen“. Auch was 1999 im Zweiten Tschetschenienkrieg und 2008 in Georgien geschah, wurde verdrängt. Falsch verstanden hat man auch Putins Bundestagsrede vom 25. September 2001, als dieser seinen Plan, den Westen spalten zu wollen, andeutete. Nicht ernstgenommen hat man Putins Aussage von 2005, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ sei, und dass der russische Präsident weiter von einer „russischen Welt“ und „russischer Erde“ träumte – und dass er diesen Traum mit der Annexion der Krim und von Teilen der Ostukraine 2014 umzusetzen begann.

Man wollte auch nicht wissen, dass die Spuren des Abschusses der MH-17-Boeing über der Ostukraine am 17. Juli 2014 mit 298 Opfern nach Moskau zeigten. Man wollte die Hochrüstung Russlands, auch die Schaffung einer Cyber-Armee in fünfstelliger Personalstärke nicht wahrhaben. Man wollte die zunehmende Indoktrination der russischen Bevölkerung, die Ausschaltung von Opposition und freier Presse nicht wahrhaben. Ebenso wenig wie den Propaganda-Krieg über den Sender „Russia Today“ (RT). Und auch, dass die Spuren bei Morden und Mordanschlägen nach

Moskau führten, wurde schnell verdrängt: 2006 der Giftanschlag in London auf Alexander Litwinenko, im August 2019 der Mord an Selimchan Changoschwili in Berlin („Tiergartenmord“) oder der Giftanschlag auf Alexej Nawalnyj im August 2020. Nawalnyj war es auch, der Schröder als Putins „Laufburschen“ bezeichnete.

Schröder war nicht allein

Die Steinmeiers, Gabriels und Weils focht das alles nicht an. Steinmeier sprach im Zusammenhang mit Russlands Krieg in Georgien 2008 von westlicher „Scharfmacherei“ gegen Russland, in Bezug auf ein NATO-Manöver im Juni 2016, also nach Russlands Krim-Annexion, von „Säbelraseln“ und „Kriegsgeheul“ des Westens. Sigmar Gabriel, unter Merkel Außen- und Wirtschaftsminister, habe sich, so die beiden Buchautoren, geradezu „liebedienlich“ gegenüber Putin verhalten. Gabriel war es auch, der nach Russlands Annexion der Krim 2014 den Verkauf der deutschen Gasspeicher an Gazprom ermöglichte. Heute firmiert er übrigens als Vorsitzender der „Atlantik-Brücke“. Und der seit 2013 amtierende niedersächsische SPD-Ministerpräsident Stephan Weil gehörte zumindest zu den Weichzeichnern. Einst meinte er, der „demokratische Ansatz Russlands“ verdiene Respekt, und er kritisierte westliche Sanktionen gegen Russland.

Nach und nach belegt das Buch „Die Moskau-Connection“, dass nicht wenige SPD-Spitzenpolitiker sich zu Putins Schachfiguren machen ließen.

Allerdings suchten die Nähe zu Putin auch der Front National (Frankreich) und die Lega (Italien). In Österreich taten sich – bis 2022 oft mit gut dotierten Posten bei russischen Firmen – die ÖVP (Ex-Kanzler Schüssel), die SPÖ (die Ex-Kanzler Kern, Faymann und Gusenbauer) und die FPÖ hervor. Die damalige Außenministerin Kneissl (FPÖ) hatte bei ihrer Hochzeit im August 2018 Putin gar als Stargast dabei. Sie ist wie Schröder immer noch bei Porsche beschäftigt. Ein CDU-Vize Armin Laschet übrigens warnte anlässlich der Krim-Annexion 2014 vor einem „Anti-Putin-Populismus“. Und Merkels Umgang mit Russland bedürfte eines eigenen Buches.

Wahrscheinlich wird der eine oder andere neutrale Leser bemängeln, dass Deutschlands Energieprobleme überwiegend auf die Abhängigkeit Deutschlands von russischer Energie reduziert und US-Interessen zum Verkauf von LNG-Gas (Liquefied Natural Gas) nur am Rande erwähnt werden. Aber das mindert die Brisanz des Buches nicht. Es ist in jeder Hinsicht bestens recherchiert. Insofern dürfte es kaum Chancen auf Unterlassungsklagen, sondern allenfalls die Chance auf ein – bereits begonnenes – Totschweigen des Buches geben.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbemittel der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Debatte



Reinhard Bingener / Markus Wehner

Die Moskau Connection. Das Schröder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit

Beck München 2023, Gebunden, 304 Seiten, 18,00 Euro

Der gezähmte 007

Auch Superagent James Bond soll ein Opfer der Zensur werden – Dabei sind die Romane ein Spiegel des Zeitklimas der 1950er Jahre

VON ANSGAR LANGE

Jetzt geht es also auch einem Superhelden der westlichen Welt an den Kragen. Zum 70. Jahrestag von „Casino Royale“ – der erste James-Bond-Roman erschien am 13. April 1953 – werden die Werke des britischen Autors Ian Flemings neu veröffentlicht. Da einige Textstellen aus heutiger Sicht als anstößig empfunden würden, sollen sie gestrichen oder überarbeitet werden.

Verantwortlich für dieses Unterfangen, aus „007“ einen politisch korrekten Geheimagenten Ihrer Majestät zu machen, ist das von Flemings Nachfahren gegründete Unternehmen „Ian Fleming Publications“. Nicht nur Flemings Biograph Andrew Lycett wittert Zensur und spricht sich grundsätzlich dagegen aus, die Werke verstorbener Schriftsteller nachträglich umzuschreiben.

Generell besteht kein Zweifel daran, dass Flemings 14 Bond-Romane voll sind von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und anderen Vorurteilen. Doch es ist trotzdem keine gute Idee, diese Romane im Nachhinein zu verändern. Es gibt zwei Arten, die Bond-Bücher zu lesen. Man kann sie als reine Unterhaltungsware betrachten, die einfach konsumiert wird. Man kann sie aber auch als Romane lesen, die „das unverwechselbare Zeitklima der fünfziger Jahre“ (Hans-Peter Schwarz) erfasst haben.

Der Zeithistoriker und Adenauer-Biograph Schwarz hat diesem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Es erschien 2006 und heißt „Phantastische Wirklichkeit. Das 20. Jahrhundert im Spiegel des Polit-Thrillers“. Schwarz zufolge ist der Polit-Thriller zwar eine Fortentwicklung des klassischen Abenteuerromans im düsteren Stil des 20. Jahrhunderts, doch steckt in vielen dieser Romane auch ein zeitkritischer Kern. Würde man Fleming nachträglich zensieren, würden die Romane eben nicht mehr die typischen Urteile und auch Vorurteile ihrer Zeit widerspiegeln.



Mit Sex und Alkohol soll bald Schluss sein: Sean Connery als Bond mit Bettgespielin in „Goldfinger“

Foto: pa

Auch wenn Eric Ambler, Graham Greene, John Le Carré, Robert Ludlum, Frederick Forsyth, Fleming, Tom Clancy und andere deutliche Unterschiede hinsichtlich ihrer literarischen Qualität aufweisen, so eint sie doch das gemeinsame Ziel, den Leser zu unterhalten und die jeweilige Zeitstimmung zu erfassen. Einige dieser Autoren waren links oder sogar in ihren Anfängen linksradikal, andere eher konservativ. Der Respekt gegenüber dem Werk eines jeden Autors gebietet es, sie nicht nachträglich so umzuschreiben, dass sie dem entsprechen, was vielleicht der politisch korrekte Mainstream im Jahr 2023 gefühlt denkt.

Mit seinem snobistischen Superagenten James Bond hat Fleming eine Figur

geschaffen, die aus der Unterhaltungsindustrie nicht mehr wegzudenken ist. Während der Film-Bond in erster Linie als Hedonist, augenzwinkernder Super-Action-Held und Frauentyp gezeichnet wurde, ist der Bond der Romane deutlich düsterer und brutaler.

Prüde, wenn es um Sex ging

„Aus dem Rückblick von heute sind diese Thriller deshalb interessant, weil sie die Atmosphäre dieser Epoche genauer wiedergeben als manche der literarisch anspruchsvolleren zeitgenössischen Romane“, schreibt Schwarz. In den unzensierten Bond-Romanen, die der eine oder andere noch in seinem Bücherschrank haben wird, lebt ein „ganz naiv artikuliertes

Überlegenheitsgefühl allen gegenüber“ weiter, „die nicht der angelsächsischen Rasse angehören“. Flemings Rassismus werde nur noch von seinem hinlänglich bekannten Machismus übertroffen „und wäre heute ein Grund, die James-Bond-Romane als jugendgefährdendes Schrifttum zu indizieren“. Auch von Antisemitismus sind die Romane nicht frei.

Der bei Liberalen lange Zeit sehr beliebte US-Präsident John F. Kennedy reihete den fünften Bond-Roman „Liebesgrüße aus Moskau“ unter seine zehn Lieblingsbücher ein. Dort heißt es: „Tatjana lief rot an. Russische Mädchen waren zurückhaltend und prüde, wenn es um Sex ging. In Russland entsprach die sexuelle Situation der des viktorianischen Zeitalters.“

Auch die Balkanstaaten bekommen ihr Fett ab. So ist die Rede von diesen „verdammten Balkanstaaten“. Diese Länder seien hinterhältig, während in der Schweiz und Frankreich freundliche Menschen lebten. Selbstverständlich ist diese Sicht auf andere Völker – hier die Russen und die Bevölkerung auf dem Balkan – holzschnittartig, pauschal und fremdenfeindlich. Aber durch Fleming spricht ein typischer Repräsentant der snobistischen britischen Oberschicht seiner Zeit – wobei auch diese Feststellung natürlich eine Verallgemeinerung darstellt.

Auch Bonds beziehungsweise Flemings Frauenbild entspricht nicht mehr dem geglätteten Geist unserer Zeit. So nimmt Bond von einer Frau in dem Roman „Feuerball“ an, dass sie „in einem Moment der Leidenschaft sicher regelrecht animalische Züge annehmen würde“. Im Bett „würde sie kämpfen und beißen und dann plötzlich in hitziger Hingabe dahinschmelzen“.

Während Fleming selbst sein frühes Ableben durch hemmungsloses Rauchen und Trinken beschleunigte, lebt auch sein Superagent alles andere als gesund. Ernährungsminister Cem Özdemir, selbst überzeugter Vegetarier, fände seine Essgewohnheiten sicher kritikwürdig. Bond kann seine Arbeit nicht machen, „wenn ich nur Karottensaft trinke“. Daher verlangt es ihn an einer anderen Stelle in „Feuerball“ nach einem Rührei mit vier Eiern, vier Scheiben von geräuchertem Speck und heißem, gebuttertem Toast, aber bitte „nicht den mit Vollkorn“. „Mir ist nur gerade klar geworden, dass das Leben fürs Kalorienzählen zu kurz ist. Damit kann man sich im Jenseits immer noch beschäftigen“, so sein lapidarer Hinweis.

Fleming war der „Karl May des Kalten Krieges“, sagt der Publizist Wieland Freund. Es sei auch heutigen Lesern zuzumuten, nicht jedes seiner Worte auf die 007-Gold(finger)waage zu legen und ihn stattdessen als ein Kind seiner Zeit zu verstehen.

LITERATUR

Menschenliebe hält den siegreichen Einzug

Vor 175 Jahren wurde Kurd Laßwitz geboren – Der Schlesier gilt als Vater der deutschen Science-Fiction

Nicht wenige sind der Ansicht, dass der deutsche Osten rückständig und wenig fortschrittsgläubig sei. Weder Kopernikus, Kant oder E.T.A. Hoffmann mit ihren bahnbrechenden Theorien und Werken konnten an diesem Irrglauben etwas ändern. Und auch der Kurd Laßwitz nicht, der mit seinen Zukunftsromanen seiner Zeit weit voraus war.

Der am 20. April 1848 in Breslau geborene Schlesier gilt gemeinhin als Vater der deutschen Science-Fiction. Grundlage hierfür bildet der 1897 in zwei dicken Bänden erschienene Roman „Auf zwei Planeten“, in dem Erd- auf Marsbewohner treffen und mit Raumschiffen der Marsianer zum Roten Planeten und wieder zurück reisen. Nach der Entdeckung der „Marskanäle“ durch den italienischen Astronomen Giovanni Schiaparelli im Jahr 1877 glaubte man noch an eine intelligente Lebensform auf dem Mars.

Die Marsianer-Manie erreichte damals auch den britischen Autor H. G. Wells, der nahezu zeitgleich mit Laßwitz' Roman sein berühmtes Werk „Krieg der Welten“

veröffentlichte. Doch während bei Wells die Marsianer als mörderische Kolonisten agieren, kommen sie bei Laßwitz in der Absicht, einen Weltfrieden herbeizuführen. Auf ihrem Heimatplaneten kennen sie keinen Krieg, und ihre Friedfertigkeit führt sogar zu Liebesbeziehungen zwischen Menschen und Marsianern.

Science-Fiction wird gerne als Trivialliteratur abgetan. So einfach ist das auch bei Laßwitz nicht. Der Physiker, der als Gymnasiallehrer am Ernestinum Gotha unterrichtete, vermittelt in humanistischer Absicht einen utopischen Glauben an eine bessere Welt, wenn er einen Marsianer sagen lässt: „Den kleinlichen Eigennutz, den Krämersinn, die Unduldsamkeit, die Klassenherrschaft bringen wir zum Verschwinden ... Der tückische, nagende Neid entflieht aus der Welt, und Menschenliebe hält den siegreichen Einzug.“

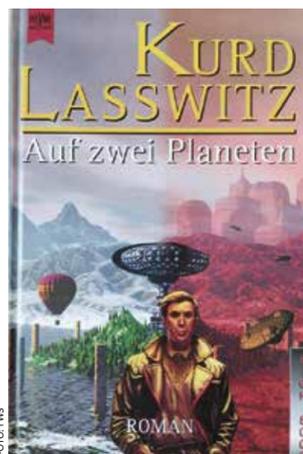
Daneben spiegelt sich im Roman die Technikbegeisterung des 19. Jahrhunderts wider. Ähnlich wie Jules Verne veranschaulicht Laßwitz lehrreich wissenschaftliche Erkenntnisse der damaligen

Zeit. Die Polarexkursionen des Norwegers Fridtjof Nansen (mit dem Schiff) und des Schweden Salomon Andrée (im Ballon) in den Jahren 1896 und 1897 dienten als Vorlage für den Einstieg in den Roman, in dem Ballonfahrer an der Polkappe in den

Sog des außerirdischen Raumschiffs gelangen. Dass der Nordpol aus einer Insel besteht und am Südpol Eisbären leben, gehört noch zu den Irrtümern der Zeit.

Auch wenn die Maschinen noch mit Hebeln und Knöpfen statt mit digitaler Technik bedient werden, finden sich hochmoderne Zukunftsvisionen im Roman. Das Raumschiff wird mit Solarenergie betrieben, es gibt Anklänge an Computertechnologie mit Monitoren, auf denen man in die Vergangenheit blicken kann, und auf dem Mars finden sich mehrspurige Straßensysteme und Wolkenkratzer, welche Fritz Langs Stummfilmszenario in „Metropolis“ um 30 Jahre vorwegnehmen.

Trotz seiner Lehrtätigkeit war Laßwitz als Autor bis zu seinem Tod 1910 in Gotha ungemein produktiv. Neben „Auf zwei Planeten“ schuf er etliche weitere Sci-Fi-Märchen und mit „Geschichte der Atomistik vom Mittelalter bis Newton“ einen monumentalen Theorieband. Nach ihm hat man den begehrten Preis benannt, der seit 1981 an die besten deutschen Sci-Fi-Autoren vergeben wird. Harald Tews



Cover von „Auf zwei Planeten“

MELDUNGEN

„Götterfunken“ im Schillerhaus

Leipzig – Im Jahr 1785 verbrachte Friedrich Schiller die Sommerzeit in einem Bauernhaus bei Leipzig. In die jetzt als Schillerhaus des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig fungierende Gedenkstätte in der Menckestraße 42 ist – mit der Ode „An die Freude“ im Zentrum – die neue ständige Ausstellung „Götterfunken“ eingezogen. Internet: www.stadtgeschichtliches-museum-leipzig.de tws

Erweiterte Grass-Bio

München – Die 2005 erschienene Biographie „Günter Grass – Der Schriftsteller“ von Dieter Stolz erscheint am 20. April bei dtv als erweiterte Neuausgabe. Damit wird auch das Werk der letzten zehn Lebensjahre des Danziger Literaturnobelpreisträgers dokumentiert (464 Seiten, 18 Euro). tws

CLAUS THEO GÄRTNER

Josef Matula stammt aus Berlin

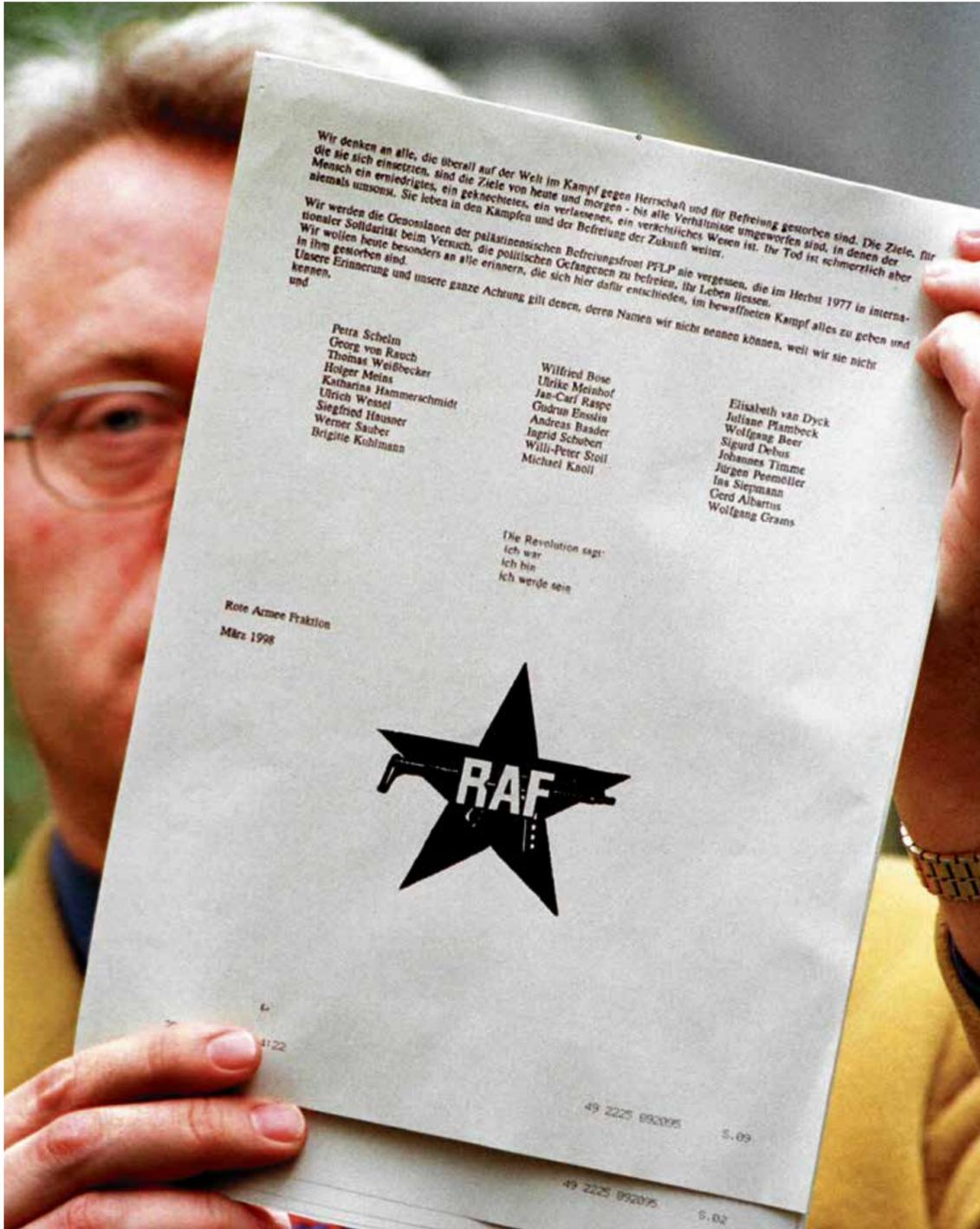
Claus Theo Gärtner ist ein gebürtiger Preuße. Vor 80 Jahren, am 19. April 1943, kam er in Preußens Hauptstadt zur Welt.

Der Apfel fällt bekanntlich nicht weit vom Stamm. Kunst lag in der Familie. Der Vater war zwar Kaufmann, aber ein veränderter Schauspieler, und die Mutter Ballettmeisterin. Erste schauspielerische Erfahrungen sammelte Gärtner in einem Kindertheater. In Braunschweig und in Hannover studierte er Musik und Schauspiel. 1966 debütierte er in Göttingen. Es folgten Engagements in Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Berlin.

Schon bald arbeitete Gärtner auch für das Kino und das Fernsehen. Ein erster Durchbruch gelang ihm an der Seite von Diether Krebs, Jürgen Prochnow und Hildegard Kerkel in dem Kino-Thriller „Zoff“ als Kleinkrimineller im Ruhrpott. Die Rolle brachte ihm 1972 den Bundesfilmpreis als bester Nachwuchsschauspieler ein. Weitere, häufig ähnliche Rollen folgten in Fernsehen und Kino.

Der endgültige Durchbruch gelang ihm mit der ab 1981 ausgestrahlten Krimiserie „Ein Fall für zwei“. In den Episoden geht es jeweils darum, dass ein Privatdetektiv (in Lederjacke) von einem befreundeten Rechtsanwalt (im Anzug) damit beauftragt wird, die Unschuld von dessen Mandanten zu beweisen, und dabei den wahren Täter ermittelt. Der Titel suggeriert Gleichberechtigung, doch ist zu konstatieren, dass die Rechtsanwälte kamen und gingen, während der von Gärtner gespielte Detektiv Josef Matula blieb, bis die Fernsehserie mit der 300. Episode 2013 eingestellt wurde.

Zur Serie gehörte es, dass Matula Frauen erfolgreich bezirzte, um an Informationen oder andere Gefälligkeit



Am 21. April 1998: Der damalige Pressesprecher des Bundeskriminalamts, Norbert Unger, zeigt die letzte Seite des Schreibens, mit dem die RAF ihre Selbstaflösung bekanntgegeben hat

Foto: pa

sammengenommen Hunderte von Jahren Gefängnis gegen die Gefangenen aus der RAF haben uns ebenso wenig auslöschen können wie alle Versuche, die Guerilla zu zerschlagen. Wir haben die Konfrontation gegen die Macht gewollt. Wir sind Subjekt gewesen, uns vor 27 Jahren für die RAF zu entscheiden. Wir sind Subjekt geblieben, sie heute in die Geschichte zu entlassen.“

60 bis 80 Mitglieder

Gleichzeitig räumten die Verfasser aber auch selbstkritisch ein: „Es bestand eine große Diskrepanz zwischen der Bereitschaft der Militanten der RAF, in der Konfrontation alles zu geben, und der gleichzeitigen Zaghaftheit, neue Ideen für den Befreiungsprozess zu suchen. In dieser Hinsicht wurde wenig riskiert ... Die Krise, in der die Linke der achtziger Jahre an ihre Grenzen kam und sich bereits in Auflösung befand, machte unseren Versuch, die RAF in ein neues Projekt einzubinden, zu einer unrealistischen Sache ... Es war ein strategischer Fehler, neben der illegalen, bewaffneten keine politisch-soziale Organisation aufzubauen ... Die RAF konnte keinen Weg zur Befreiung aufzeigen.“ Danach hieß es weniger selbstkritisch, man habe „mehr als zwei Jahrzehnte dazu beigetragen, dass es den Gedanken an Befreiung heute gibt“.

Doch die Aufarbeitung der Geschichte der RAF ging und geht weiter. So dauert die Fahndung nach mutmaßlichen ehemaligen Mitgliedern wie Ernst-Volker Staub, Daniela Klette und Burkhard Garweg bis zum heutigen Tage an. Die drei sollen im Juni und Dezember 2015 an zwei gescheiterten Überfällen auf Geldtransporter in Stuhr-Groß Mackenstedt und Wolfsburg sowie an einem erfolgreichen Raub in Cremlingen im Juni 2016 beteiligt gewesen sein. Allerdings standen diese Taten nicht für politische Aktionen einer nunmehr vierten Generation der wiedererwachten RAF, wie zunächst befürchtet. Vielmehr handelte es sich hier um reine Beschaffungskriminalität zur Finanzierung des kostspieligen Lebens im Untergrund.

Die Akten über die RAF können auch deshalb nicht geschlossen werden, weil etliche Taten ihrer Mitglieder, darunter auch neun Morde seitens der zweiten

TERRORISMUS

„Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte“

Vor 25 Jahren gab die Rote Armee Fraktion in einem in Chemnitz aufgegebenen und an Reuters in Köln gerichteten Schreiben ihre Selbstaflösung bekannt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit ihrer Gründung im Jahr 1970 verübte die Rote Armee Fraktion (RAF) zahlreiche Mordanschläge, Sprengstoffattentate, Geiselnahmen und Banküberfälle, bei denen 33 Menschen ums Leben kamen und über 200 verletzt wurden. Der letzte Mord, der auf das Konto der RAF gegangen ist, soll die Erschießung des Präsidenten der Treuhandanstalt, Detlev Karsten Rohwedder, am 1. April 1991 gewesen sein. Dem folgte am 27. März 1993 ein letzter Bombenanschlag gegen die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt mit einem Sachschaden von 130 Millionen D-Mark. Genau drei Monate später starb einer der mutmaßlichen Attentäter, Wolfgang Grams, bei einem Festnahmeversuch, und seine Mittäterin Birgit Hogefeld kam in Haft. Damit war die Kommandoebene der nunmehr dritten Generation der RAF vernichtend getroffen.

Allerdings hatte bereits die 20-seitige Grundsatzschrift „Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front“ vom Mai

1982 den faktischen Bankrott der RAF offenbart. Sie zeigte deren Perspektivlosigkeit und verfehlte den Zweck, neue Anhänger unter Linksautonomen zu rekrutieren. So schrieb das Szeneblatt „taz“, man brauche keine „Bevormundung durch ein paar Polit-Intellektuelle, die sich besonders revolutionär vorkommen, weil sie ein Maschinengewehr im Schrank haben. RAF – verpisst euch!“

Drei Generationen

Trotzdem gingen dann noch fast sechzehn Jahre ins Land, ehe die RAF zur Selbstaflösung schritt. Diese resultierte maßgeblich aus dem Konflikt zwischen den inhaftierten und den in der Illegalität lebenden Mitgliedern. Bis heute ist unklar, wer den achtseitigen Text verfasst hat, der in Chemnitz abgeschrieben wurde und am 20. April 1998 im Kölner Büro der Nachrichtenagentur Reuters einging. Trotzdem bestehen an der Authentizität der Erklärung nach Lage der Dinge keine Zweifel. Wie das Bundeskriminalamt feststellte, stand sie auf dem gleichen Papier wie alle Bekenner- beziehungsweise

Selbstbeichtigungsschreiben der RAF seit 1984 und spiegelte die für die Gruppe typische mentale Starrheit und ideologische Verblendung wider.

Das Schreiben begann mit den Worten: „Vor fast 28 Jahren, am 14. Mai 1970, entstand in einer Befreiungsaktion die RAF: Heute beenden wir dieses Projekt. Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte. Wir, das sind alle, die bis zuletzt in der RAF organisiert gewesen sind. Wir tragen diesen Schritt gemeinsam. Ab jetzt sind wir, wie alle anderen aus diesem Zusammenhang, ehemalige Militante der RAF.“

Dem folgte das trotzige Bekenntnis: „Wir stehen zu unserer Geschichte. Die RAF war der revolutionäre Versuch einer Minderheit, entgegen der Tendenz dieser Gesellschaft, zur Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse beizutragen. Wir sind froh, Teil dieses Versuchs gewesen zu sein ... Die RAF ist unsere Entscheidung gewesen, uns auf die Seite derer zu stellen, die überall auf der Welt gegen Herrschaft und für Befreiung kämpfen. Für uns ist diese Entscheidung richtig gewesen. Zu-

Tote und Verletzte

33

RAF-Opfer kamen bei Mordanschlägen, Sprengstoffattentaten, Geiselnahmen und Banküberfällen der Terroristen ums Leben.

17

RAF-Mitglieder starben „im Kampf“, an Krankheiten, bei Verkehrsunfällen oder durch Suizid beziehungsweise Hungerstreik.

200

Opfer wurden bei Mordanschlägen, Sprengstoffattentaten, Geiselnahmen und Banküberfällen der Rote Armee Fraktion verletzt.

und dritten RAF-Generation, bislang keine vollständige Aufklärung erfahren haben. Das liegt nicht zuletzt am Verhalten der Überlebenden und mittlerweile sämtlich aus der Haft entlassenen Schlüsselfiguren der Gruppierung wie Christian Klar, Eva Haule, Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Birgit Hogefeld. Diese folgen nach wie vor dem 1996 formulierten Kodex, Aussagen über illegale Strukturen „und geheime Orte des Exils“ sowie Details früherer Aktionen „absolut abzulehnen“.



Wird 80: Claus Theo Gärtner

ten zu kommen, und dass er sportliche Herausforderungen meisterte. Beides setzte ein Mindestmaß an Jugendlichkeit des Matula darstellenden Schauspielers voraus. Zudem hat auch Gärtner ein Privatleben. Seit 2008 ist er mit der 35 Jahre jüngeren Schweizer Regieassistentin Sarah Würzler verheiratet, und mit ihr wollte und will er noch ein paar schöne Jahre erleben, getreu dem von ihm gerne zitierten Motto: Es gibt ein Leben vor dem Tod.

Beruflich fühlt sich Gärtner als Matula abgestempelt. Er versucht, das Beste daraus zu machen. So hat er in der 2017 bis 2019 ausgestrahlten dreiteiligen Kriminalfilmreihe „Matula“ die Hauptrolle übernommen. Und der Titel seiner 2016 erschienenen Autobiographie über sein „Leben vor und hinter den Kulissen“ lautet „Matula, hau mich raus!“

Manuel Ruoff

MÜNSTER

Auf der Suche nach Lehren für die Gegenwart

Exzellenzcluster „Religion und Politik“ beteiligt sich am Jubiläumsprogramm „375 Jahre Westfälischer Frieden“

Der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) untersucht seit 2007 das komplexe Verhältnis von Religion und Politik quer durch die Epochen und Kulturen. Die 140 Wissenschaftler aus 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern sowie zehn Ländern befassen sich in der Förderphase von 2019 bis 2025 besonders mit „Dynamiken von Tradition und Innovation“. In epochenübergreifenden Untersuchungen von der Antike bis heute analysieren sie Faktoren, die Religion zum Motor politischen und gesellschaftlichen Wandels machen. Der Forschungsverbund ist der bundesweit größte dieser Art und unter den Exzellenzclustern in Deutschland einer der ältesten und der einzige zum Thema Religion. Das Fördervolumen liegt bei 31 Millionen Euro.

Es liegt nahe, dass sich ein Exzellenzcluster „Religion und Politik“ einer Universität in Münster am großen Jubiläumsprogramm in Münster aus Anlass des 375. Jahrestages der Unterzeichnung des Westfälischen Friedens am 24. Oktober dieses Jahres beteiligt. Zum einen wurde der Frieden in Münster und Osnabrück geschlossen, und zum anderen beendete er mit dem Dreißigjährigen einen Krieg, der sowohl aus religiösen als auch aus politischen Gründen geführt wurde und ein Paradebeispiel für die Verquickung von Religion und Politik darstellt. Im Jubiläumsprogramm „375 Jahre Westfälischer Frieden“ 2023 in Münster erörtert der Exzellenzcluster die Fragen, wie sicher der Frieden sei und wie er sich nach Jahren des Krieges erhalten lasse.

300 Veranstaltungen an 41 Orten

„Was sich nach dem Friedensschluss vor 375 Jahren wohl viele Menschen fragten, steht angesichts von Krieg in Europa auch heute im Raum: Wie gelingt es, nicht nur Frieden zu schließen, sondern ihn auch zu bewahren? Das erörtern wir in Podien und Vorträgen im Friedensjahr“, sagte die Frühneuzeit-Historikerin Ulrike Ludwig vom Exzellenzcluster am



Der Friede von Münster: Gemälde von Gerard ter Borch aus dem Jahre 1648

Foto: Rijksmuseum Amsterdam

20. März im Rathaus im Rahmen der städtischen Präsentation des Jahresprogramms. Es umfasst rund 300 Veranstaltungen von 50 Institutionen und Bürgern an 41 Orten.

Ein Gesprächsabend „Wie sicher ist der Frieden? Der Westfälische Friede als völkerrechtlicher Vertrag“ beleuchtet die langfristigen Wirkungen des Friedensschlusses vor 375 Jahren aus historischer sowie rechts- und verfassungsgeschichtlicher Perspektive: Brachte er eine belastbare Friedensordnung für Europa? Lässt sich aus den Regelungen etwas für heutige, unlösbar scheinende Konflikte lernen? Das Käte-Hamburger-Kolleg „Einheit und Vielfalt im Recht“ sowie der

Exzellenzcluster der Universität Münster laden zu der Veranstaltung am 22. Juni von 18 bis 20 Uhr ins Auditorium im LWL-Museum für Kunst und Kultur, Domplatz 10, ein.

Auch die internationale Tagung „Den Frieden gewonnen? Städte nach 1648 im Vergleich“ am 28. und 29. September fragt, wie es eigentlich nach dem Friedensschluss weiterging. Was die Forschung noch wenig erkundet hat, wollen Wissenschaftler nun beleuchten: Wie gelang das Zusammenleben nach dem Krieg in Städten wie Münster, Trier und Utrecht? Welche Effekte hatte der Krieg auf die räumliche Neuordnung von Städten zwischen Wiederaufbau und Nachkriegs-

wirtschaft? Zur Tagung im Ratssaal im Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 6-7, lädt der Exzellenzcluster mit dem Stadtarchiv Münster und dem Institut für vergleichende Städtegeschichte ein. In die Tagung ist die Verleihung des „Historiker*innenpreises der Stadt Münster“ eingebunden, den am 27. September die deutsche Historikerin und Professorin Ute Daniel erhält.

Zum Abschluss des Jubiläumsjahres am 24. Oktober, dem historischen Datum des westfälischen Friedensschlusses, laden die Städte Münster und Osnabrück in Kooperation mit der IHK Nord Westfalen, der Stiftung Westfalen-Initiative und dem Exzellenzcluster zum „Westphalian

Peace Expert Forum“ ins Theater Münster, Neubrückenstraße 63, ein. In der mit internationalen Experten aus dem globalen Norden und Süden besetzten Veranstaltung wird es ebenfalls um die Frage gehen, wie sich Kriege beenden lassen und Frieden bewahren lässt.

„Westphalian Peace Expert Forum“

Das Jubiläumsjahr „375 Jahre Westfälischer Frieden“ bietet Veranstaltungen von Theater und Konzerten über Podien und Diskussionen bis zu geführten Radtouren und Stadtführungen. Es soll ein Projekt für alle Bürger sein, wie Oberbürgermeister Markus Lewe im Rathaus sagte: „Der Westfälische Frieden ist identitätsstiftend für Münster. Die Beschäftigung mit dem Thema hat in Münster eine lange Tradition, die nicht nur zurückblickt, sondern immer wieder den aktuellen Kontext sucht. Das spiegelt sich gerade auch in der lebendigen Vielfalt unseres Jubiläumsprogramms, das ganz münstertypisch von den Menschen in der Stadt gestaltet und durch ihre wertvollen und kreativen Ideen erst möglich wird. Dabei schauen sie aus den unterschiedlichsten Perspektiven nicht nur auf Münster, sondern gerade angesichts der aktuellen politischen Situation auf die ganze Welt hinaus.“

Bereits Tradition hat die Veranstaltungsreihe „Münster 1648: Dialoge zum Frieden“, die der gleichnamige Arbeitskreis, auch unter Beteiligung des Exzellenzclusters, jährlich in Münster ausrichtet. Der Arbeitskreis ist Teil der „Allianz für Wissenschaft Münster“, dem Zusammenschluss der Hochschulen und der Stadt. Im Friedensjahr liegt der Schwerpunkt der Reihe auf dem Thema Denkmäler. Zwischen dem 31. August und dem 7. September – im Vorfeld des Tages des offenen Denkmals – finden eine Tagung zu Kriegerdenkmälern, eine Schüler-Akademie, eine Schulaktionswoche und das im Rahmen der Veranstaltungsreihe wiederkehrende Treffen der Religionsgemeinschaften statt.

● www.stadt-muenster.de/frieden

GROSSHERZOGIN UND PRINZESSIN LUISE

Badens Landesmutter aus Preußen

Vor 100 Jahren starb die Tochter Wilhelms I. und Ehefrau Friedrichs I.



In den späten 1870er Jahren: Luise

Foto: Wikimedia

Der erste Deutsche Kaiser und König von Preußen, Wilhelm I., hatte zwei Kinder: den Sohn Friedrich Wilhelm, der ihm als 99-Tage-Kaiser Friedrich III. auf dem Thron folgte, und die sieben Jahre jüngere Tochter Luise. Letztere kam am 3. Dezember 1838 in Berlin zur Welt. Doch bereits vor Erreichen des Teenager-Alters folgte sie mit dem Rest der Familie dem Vater nach Koblenz und damit ins Umfeld einer Hochburg des Liberalismus in Deutschland, den deutschen Südwesten.

Liberal war auch die Mutter, die Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach. Sie nahm sich der Bildung und Erziehung ihrer Tochter an. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass Luise wie ihre Mutter und auch ihre spätere Schwägerin Victoria liberal und eine Gegnerin Otto von Bismarcks wurde.

Im Sommer besuchte die Familie gerne Baden-Baden. Dort lernte Luise den Prinzregenten Friedrich von Baden kennen, der für seinen unheilbar kranken älteren Bruder Ludwig seit dem Tod des gemeinsamen Vaters Leopold im Jahr

1852 die Regierungsgeschäfte führte, bis er 1856 zum Großherzog von Baden proklamiert wurde. Wenige Tage nach dieser Proklamation heirateten die beiden im Berliner Schloss.

Die Mutter hatte bei Luises Ausbildung Wert auf Wohltätigkeit, die Förderung sozialer Tugenden gelegt. Entsprechend betätigte sich die Preußenprinzessin nun als badische Landesmutter. 1859 gründete sie den Badischen Frauenverein. Aus dieser interkonfessionellen, überparteilichen und gemeinnützigen Organisation von und für Frauen mit Sitz in der Hauptstadt Karlsruhe ist später das Deutsche Rote Kreuz hervorgegangen. 1864 gehörte Baden mit Preußen zu dem Dutzend Erstunterzeichnern der ersten Genfer Konvention.

Zwei Jahre später standen sich Schwiegervater und Schwiegersohn im Deutschen Krieg gegenüber. Luise war ein allseits beliebter Familienmensch. Entsprechend hart muss sie der Krieg zwischen dem Staat ihres Vaters und dem ihres Ehemannes getroffen haben.

Hart war für sie auch das Jahr 1888. In jenem Jahr verlor Luise nicht nur ihren Vater und ihren Bruder, sondern auch ihr 1865 geborenes drittes Kind Ludwig Wilhelm. Ihr zweites Kind, die 1862 geborene Prinzessin Viktoria, heiratete 1881 den späteren schwedischen König Gustav V. Den aus dieser Ehe hervorgegangenen ältesten Sohn dürften die Älteren unter den Lesern noch als Gustav VI. Adolf kennengelernt haben. Er starb erst 1973. Seitdem regiert sein Enkel als Carl XVI. Gustaf. Luises und Friedrichs ältestes Kind war der 1857 geborene Erbprinz Friedrich, der dann auch die Nachfolge seines Vaters im Großherzogtum antrat, als dieser ein Jahr nach der Goldenen Hochzeit und dem 80. Geburtstag im Jahr 1907 starb.

Als Folge der Novemberrevolution floh Luise über die Burg Zwingenberg und Schloss Langenstein auf die Insel Mainau. Nachdem es dem Haus Baden als Privatvermögen zugesprochen worden war, hat Luise 1919 das Neue Schloss in Baden-Baden bezogen. Dort ist sie auch am 23. April 1923 gestorben. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Jahre 2050 werden zwei Drittel der dann wohl zehn Milliarden Erdenbewohner in urbanen Zentren leben. Und denen soll es künftig besser ergehen als den heutigen Stadtmenschen, welche oftmals unter Lärm, Dreck, Stau und einem Mangel an Grün leiden. So lautet unter anderem die Verheißung des Weltwirtschaftsforums (WEF). Der Schlüssel für die Steigerung der Lebensqualität soll dabei im Konzept der 15-Minuten-Stadt liegen, das auf den aus Kolumbien stammenden „Urbanisten“ Carlos Moreno zurückgeht, der an der Pariser Sorbonne lehrt (Paris 1 Pantéon-Sorbonne).

Morenos Grundidee lautet, dass jeder Stadtbewohner alle Örtlichkeiten, die er zum Leben benötigt, also Läden, Schulen, Parks, Sportplätze, Restaurants, Kultureinrichtungen und andere Begegnungsorte sowie idealerweise auch seinen Arbeitsplatz, in maximal einer Viertelstunde zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichen kann.

Der Preis für den damit angeblich verbundenen Zugewinn an Lebensqualität ist der weitgehende Verzicht auf ein eigenes Kraftfahrzeug. Denn die Schaffung der nötigen Frei- und Grünflächen erfordert den Rückbau von Straßen und Parkplätzen. In den Mainstream-Medien, welche die 15-Minuten-Städte einhellig idealisieren, heißt es hierzu verklärend: „Viele Straßen werden für Autos gesperrt und anders genutzt. Wo vorher Parkplätze waren, stehen dann Bäume, Kinder spielen und Senioren sitzen im Schatten auf einer Parkbank und Gemüse oder Blumen gedeihen in Hochbeeten.“

Chinas Führung ist begeistert

Vorreiter bei der Transformation hin zur 15-Minuten-Stadt will Paris sein, wo Morenos Konzept seit 2016 als richtungweisend gilt. Dem folgten inzwischen andere Städte wie Barcelona, Portland in den USA und das australische Melbourne. Auch in der Volksrepublik China zeigt man sich enthusiastisch.

Hier planen Shanghai und 50 weitere Kommunen Umgestaltungen, welche das urbane Leben „nachhaltiger und gesünder“ machen sollen, indem sie den Aktionsradius der Bewohner reduzieren. Ebenso könnte Mönchengladbach in Nordrhein-Westfalen alsbald zum 15-Minuten-Musterknaben aufsteigen, wenn es nach dem Willen von SPD-Oberbürgermeisters Felix Heinrichs geht. Und auch die übrigen deutschen Städte, welche den Visionen von Moreno zu folgen gedenken, sind zumeist rot-grün regiert.

Das deutet ebenso wie die chinesische Begeisterung für die 15-Minuten-Stadt darauf hin, dass es hier nicht nur um mehr Lebensqualität, sondern auch um die Umerziehung beziehungsweise Zwangsbeglei-



Unmut in der Bevölkerung wird ignoriert: Zentrum der englischen Universitätsstadt Oxford

Foto: imago/Jochen Tack

STADTPLANUNG

Eingesperrt im grünen Ghetto

Einflussreiche Kreise propagieren weltweit das Konzept der „15-Minuten-Stadt“ – doch was als urbanes Idyll angepriesen wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als schaurige Zukunftsvision

ckung der Bürger auf der Basis bestimmter ideologischer Vorstellungen geht. Und damit ist keineswegs nur der Feldzug gegen das Auto gemeint. So offenbart der stellvertretende Landesvorsitzende der Hamburger Grünen, Leon Alam, eine entlarvende Weltsicht, wenn er fordert, auch seine Stadt derart umzugestalten, „dass alles, was man zum Leben benötigt und was das Leben schön macht, überall ... innerhalb von 15 Minuten erreicht werden kann“. Das heißt, er hält sich oder einen Technokraten wie Moreno für befugt und berufen, festzulegen, was Menschen für ein lebenswertes Dasein benötigen. Dabei ist bekanntlich nicht jeder dafür geschaffen, seine Existenz zwischen Arbeit, Essen, Schlafen und ein wenig Entspannung im unmittelbaren Umkreis der eigenen Wohnwabe zu fristen.

Aber genau darin liegt des Pudels Kern: Viele Aktivitäten, die in 15-Minuten-Städten unmöglich wären, gelten mittlerweile als problematisch, weil politisch unerwünscht oder „klimaschädlich“ – begin-

nend mit einer etwas längeren Autofahrt in die echte Natur vor den Toren der Stadt und endend mit der Teilnahme an Protestdemonstrationen andernorts.

Apropos Freiheitseinschränkungen in 15-Minuten-Städten: Als der Bewegungsradius der Bürger während der Coronapandemie von der Obrigkeit reduziert wurde, gab es immerhin noch Ausnahmen beim Vorliegen „triftiger Gründe“. Diese Extraregelungen für Nichtstubenhocker entfallen dann aber, wenn alles für essentiell Erklärte im kleinen Radius vor der Haustür liegt.

Oxford will schon 2024 starten

Kritik an dem Konzept von Moreno wird neuerdings als Propaganda von rechten Verschwörungstheoretikern und Leugnern des Klimawandels denunziert, welche ihre Mitmenschen mit absurden Unterstellungen zu einem weiteren Dahinvegetieren in abgaskeswängerten Betonwüsten verdammten wollen. Doch diese „Hetze“ beruht durchaus auf Tatsa-

chen, wie das Beispiel Oxford zeigt, wo die 15-Minuten-Stadt ab 2024 konkrete Gestalt annehmen soll. Und das sieht dann so aus:

Die altehrwürdige Universitätsstadt 90 Kilometer nordwestlich von London mit ihren 150.000 Einwohnern wird in insgesamt sechs Bereiche aufgeteilt, in denen die Bürger angeblich alle ihre Bedürfnisse zu Fuß oder per Fahrrad befriedigen können. Zwischen diesen Vierteln gibt es „Filter“, also von Kameras überwachte Übergänge, welche nur noch Taxis, Busse und ähnliche Fahrzeuge uneingeschränkt passieren dürfen. Sämtliche Oxforder, die über einen privaten Pkw verfügen, müssen dahingegen Anträge stellen, wenn sie in ein anderes Viertel fahren oder die Stadt über die Nachbarteil verlassen wollen.

Die dann – möglicherweise – erteilte Genehmigung gilt allerdings nur für maximal 100 Tage im Jahr. Für jedes unerlaubte Überschreiten der Grenze des eigenen 15-Minuten-Ghettos per Kraftfahrzeug

drohen Bußgelder. Damit kommen auf die Menschen in Oxford ab 2024 massive Bewegungseinschränkungen zu, welche dreist als Mittel hingestellt werden, um „das Verkehrsaufkommen und Staus zu reduzieren“ sowie „Radfahren und Gehen sicherer zu machen“.

Wie kaum verwundern kann, regt sich Widerstand gegen diese Zumutung. So kam es schon mehrfach zu Großdemonstrationen, auf die das für den Verkehr zuständige Mitglied der Exekutive freilich nur mit folgender Äußerung reagierte: Der Plan werde umgesetzt, „ob es den Leuten gefällt oder nicht“. Daraufhin wandte sich die zwölfjährige Schülerin Jasmin mit einer flammenden öffentlichen Ansprache an die Verantwortlichen sowie auch den WEF-Vorsitzenden Klaus Schwab, in der sie unter anderem fragte: „Wie können Sie es wagen, meine Kindheit und meine Zukunft und die Zukunft unserer Kinder zu stehlen, indem Sie uns in Ihrem verrückten digitalen Überwachungsgefängnis versklaven?“

ÖKOLOGIE

Großbritannien ächzt unter einem stinkenden Umweltproblem

Fäkalien, benutzte Kondome und Schlimmeres: Die Küsten und Seen des Landes sind hochgradig verreckt

Ein Shitstorm ist eine Flut von Negativkritiken oder Beleidigungen an die Adresse von Unternehmen, Organisationen oder Einzelpersonen. Wörtlich aus dem Englischen übersetzt, handelt es sich dabei um einen „Scheißesturm“. Und manchmal lösen tatsächlich auch Exkremente einen solchen aus.

So geschehen im Sommer 2021, als Umweltverbände, Wassersportler und Fachleute für Gewässerbeziehungsweise Naturschutz die britische Regierung in unzähligen wütenden Wortmeldungen dafür kritisierten, dass in den Flüssen und an den Küsten des Vereinigten Königreichs immer mehr Fetzen von gebrauchtem Toilettenpapier, benutzte

Kondome sowie noch deutlich ekelhafte Dinge treiben.

Und tatsächlich hat sich die Qualität der insgesamt 4679 Binnen- und Küstengewässer Großbritanniens in jüngster Zeit auf dramatische Weise verschlechtert. Beispielsweise müssen die Seebäder ihre Strände im Durchschnitt alle sechs Tage wegen Verschmutzung durch Abwasser sperren.

In der Badesaison 2022 gab es 2053 solcher Vorfälle. Planschenden Kindern, Schwimmern, Surfern und Tauchern drohen permanent Infektionen durch Fäkalbakterien. Dazu kommt der Kontakt mit multiresistenten Keimen aus Tierzuchtbetrieben, wo zu viele Antibiotika einge-

setzt werden. Ebenso irritiert ein mancherorts massives Artensterben – und wo sich dies noch in Grenzen hält, können Fische, Muscheln und Krebse wegen der Schadstoffbelastung nicht mehr verzehrt werden.

Ein Erbe der Privatisierung

Der Grundstein für diese Misere wurde Ende der 1980er Jahre gelegt, als die Regierung von Margaret Thatcher die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung privatisierte. Seitdem gingen die Investitionen in das Kanalnetz zurück, wodurch die sogenannten Overflows und Dry Spills zunahm. Bei Ersterem handelt es sich um das Austreten von Schmutzwasser aus

den unterirdischen Kanälen, in denen das Regenwasser sowie die Abwässer aus den Haushalten und der Industrie gemeinsam in Richtung Kläranlage fließen. Overflows entstehen durch starke Niederschläge, aber neuerdings kommt es auch schon bei Trockenheit zu solchen „Überflutungen“, die eigentlich gar keine sind, sondern eben Dry Spills: Abwassereinleitungen in Flüsse und Bäche bei niedrigem Wasserstand, die zu besonders starken Verschmutzungen und Keimbelastungen führen.

In Reaktion auf diese buchstäblich zum Himmel stinkenden Zustände hat London inzwischen ein neues Umweltschutzgesetz verabschiedet. Es sieht un-

ter anderem hohe Geldstrafen für Entsorger vor, die unberechtigte Abwassereinleitungen vornehmen. Das hinderte diese aber nicht daran, 2022 fast eine Milliarde Pfund Dividende an ihre Anteilseigner auszuschütten.

Gleichzeitig muss der britische Steuerzahler bis 2027 5,3 Milliarden Pfund für den vom Staat finanzierten Gewässerschutz aufbringen. Durch das Investitionspaket sollen bis 2030 drei Viertel der Gewässer des Königreichs wieder in einen ökologisch gesunden Zustand versetzt werden. Dass dies gelingt, bezweifelt derzeit freilich sogar die oberste Aufsichtsbehörde Water Services Regulation Authority. W.K.



„GUSTLOFF“–„STEUBEN“–„GOYA“–GEDENKEN

Verletzen. Heilen. Hoffen

In Gdingen fand eine Veranstaltung für die Opfer der Schiffskatastrophen im Zweiten Weltkrieg statt

VON UWE HAHNKAMP

Noch vor dem Frühlingsanfang fand in Gdingen am 18. März ein Termin statt, der es den Gästen jedes Jahr kalt den Rücken herunterlaufen lässt. Der Bund der deutschen Bevölkerung in Gdingen erinnerte zum 27. Mal an die Opfer der Schiffskatastrophen, bei denen am Ende des Zweiten Weltkriegs mit der „Gustloff“, der „Steuben“ und der „Goya“ über 20.000 Menschen untergingen.

Benedikt Reschke, der Vorsitzende des Bundes der deutschen Bevölkerung in Gdingen, organisiert diesen Gedenktag von Anfang an. Diesmal konnte er neben Domherr André Schmeier, dem katholischen Seelsorger der Deutschen Minderheit in Ermland und Masuren, gleich drei weitere Geistliche für die ökumenische Feier in der Kirche der Muttergottes der immerwährenden Hilfe und Petrus, des Seefahrers in Gdingen begrüßen. Das Generalkonsulat in Danzig vertrat Konsulin Iris Wolff.

Hosea: verletzen und heilen ...

Zu Beginn des von Schmeier geleiteten Gottesdienstes erinnerte Greta Reschke mit einem Gedicht an die Tragödien vor 78 Jahren. Der evangelische Bischof der Diözese Masuren, Pawel Hause, griff in seiner Predigt ihre Gedanken auf und verknüpfte sie mit den Worten des Propheten Hosea: „Er hat uns verletzt, aber er wird uns auch wieder heilen“. Denn mit dem Gedenken der Toten komme die Heilung. Er erinnerte auch an einen Freund, der wegen einer kleinen guten Tat auf einem Spaziergang in Gdingen nicht auf der „Gustloff“ gelandet ist: „Seine Großmutter regte sich auf, dass niemand mehr an Bord gelassen wurde, und wurde auf den nächsten Tag vertröstet. Da kam dann ein wesentlich kleineres Boot, das ihr wiederum zu klein war. Ein Matrose sagte, dass ein kleines Schiff wahrscheinlich sicherer sei.“ Wie recht er hatte,



Gdingen: Andreas Gehrke aus Graudenz übergibt dem Wasser einen Kranz zum Gedenken an die Toten

Foto: U.H.

beweisen die drei großen, im Jahr 1945 torpedierten Dampfer.

Lukas: wer sich selbst erhöht ...

Die Haltung der Mutter erinnerte ein wenig an die Losung aus dem Lukas-Evangelium: „Wer sich selbst erhöht, wird erniedrigt werden.“ Sie wurde eines Besseren belehrt. Dieses Thema erweiterte der Kapitän und Doktor der Theologie, Krzysztof Rózański, der beim Niederlegen von Blumen vor der Gedenktafel zu den drei Schiffen in der Seefahrerkapelle sprach, um die schwierige Situation der damaligen Kapitäne: „Sollten sie das Risiko von Minen eingehen und ohne Licht eng an der Küste fahren oder das Risiko

eingehen und sich voll beleuchtet offen zeigen?“ Wie die Entscheidung der Verantwortlichen auch ausfiel – das Vertrauen ins Schicksal und den Status eines Flüchtlingsschiffs half ihnen letztendlich gar nichts.

Der Gottesdienst wurde mit dem Gesang des „Gdingener Kammerchors“ verschönert; die Gedenkstunde hinterher an der Uferpromenade im Hafen von Gdingen war wie üblich spartanischer. Dort sprach der methodistische Pfarrer Sebastian Niedźwiedziński aus Danzig ein Gebet und Michał Schlueter aus Neidenburg als Vizevorsitzender ein Grußwort für den Verband der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen.

Insbesondere bat Letzterer die Teilnehmer, bei weiteren Gedenktagen jüngere Generationen mitzubringen: „Auch Kinder, Enkel und Urenkel sollen wissen, was damals geschehen ist und was passieren kann, wenn sie selber nicht aufpassen.“

Der offizielle Teil der Veranstaltung klang mit dem auf der Trompete begleiteten Gesang des Liedes „Wahre Freundschaft“ aus, es wurden rote und weiße Grabkerzen am Kai aufgestellt und Kränze ins Wasser der Ostsee geworfen. Zum Aufwärmen und Beisammensein stand noch ein Abendessen im Restaurant „Windrose“ auf dem Programm, bevor die Gäste sich wieder in alle Himmelsrichtungen verstreuten.

MELDUNGEN

Arbeiten in der Burg

Heilsberg – Derzeit ist die Burg der ermländischen Bischöfe in Heilsberg von der Umgebung abgeschlossen, es wird eine neue Brücke gebaut, und bei der Gelegenheit werden die bischöflichen Gartenhäuser um die Burg herum restauriert. In der Burg sind auch Konservatoren tätig, denn es gibt drei Gartenstatuen zu restaurieren. Vor allem ist die Konservierung der Rokoko-Orgel von 1760 in der Burgkapelle vorgesehen, die jeder Besucher der Burg bei der Besichtigung des Bauwerks erlebt. Dabei soll dem Instrument innerhalb eines Jahres sein Klang und seine Parameter von 1760 zurückgegeben werden, so dass 2024 wieder zu Orgelkonzerten eingeladen werden kann. Gleichzeitig wird der dreiteilige, vergoldete Orgelprospekt in Stand gesetzt, der aus demselben Jahr stammt. U.H.

Unfall beim Kulturhaus

Johannisburg – Der Einsatz von sieben Einheiten der Feuerwehr, eines Rettungswagens und der Polizei wurde Anfang März in Johannisburg beim Kulturhaus im Stadtzentrum nötig. Das Kulturhaus, in dem auch eine ständige Ausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen zur Geschichte der Stadt gezeigt wird, wurde renoviert; derzeit werden Erweiterungen angebaut. Beim Gießen des Betons über einem Teil der Anbauten brach die Decke ein. Ein Arbeiter wurde mit einem gebrochenen Bein ins Krankenhaus gebracht. Nach Auskunft der Direktorin des Johannisburger Kulturhauses, Katarzyna Sobiech, haben die Feuerwehrleute und der Inspektor der Bauaufsicht alles überprüft. Sie wartet jetzt auf eine rasche Bewertung der Umstände des Unfalls und auf die Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Arbeiten. U.H.

ALLENSTEIN

Ostpreußische Webkunst im Haus Kopernikus

Dank der großen Nachfrage: Künftig finden wöchentliche Kurse im Sticken, Stricken und Weben statt

Handarbeiten und Webkunst erfreuen sich seit langer Zeit unter Mitgliedern der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit einer andauernden Beliebtheit. Seit Jahren trifft sich einmal pro Woche im Haus Kopernikus eine Damengruppe, um sich mit Handarbeiten zu beschäftigen. Die während dieser Stunden gestrickten Handschuhe, Mützen, Schals und Socken werden an Gäste verteilt oder auf dem Weihnachtsmarkt verkauft.

In der Vergangenheit wurde auch zyklisch die sogenannte Werkwoche organisiert. An der von der Landsmannschaft Ostpreußen organisierten Veranstaltung beteiligten sich Teilnehmerinnen aus unterschiedlichen Verbänden der Deutschen Minderheit in Ostpreußen. Dabei hatten sie die Gelegenheit, ihre handwerklichen Fertigkeiten zu vervollkommen. Die letzten Werkwochen, bei denen man gestrickte und gewebte Kunstwerke herstellte, leitete die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich aus Thorborg.

Im November 2022 fand in Allenstein eine Webkunstwerkstatt mit dem Titel „Weben – ein vergessenes Handwerk“ statt. Dabei wurde nicht nur die Theorie vermittelt, sondern die Teilnehmer konnten das Gelernte direkt in die Praxis um-

setzen. Danach gab es einige Stimmen, die forderten, Weben auf dem Webrahmen häufiger als nur gelegentlich zu üben. Somit entstand die Idee, ein regelmäßiges Projekt zu initiieren, in dessen Mittelpunkt Weben als Handwerk und schöne

ostpreußische Volkskunst steht. Der eingereichte Projektantrag erhielt Zustimmung und die nötige Finanzierung aus dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales sowie dem Polnischen Ministerium für Inneres und Verwaltung in Warschau.

Seit Januar treffen sich regelmäßig im Haus Kopernikus einmal in der Woche interessierte Frauen, die angeleitet von Renata Śliwka in die Webtechniken eingeführt werden. Die Erhaltung des ostpreußischen Kulturgutes, die Gestaltung von Tischdecken und -läufern, Kissen, Tüchern, Schals sowie Taschen und anderen Garderobenstücken nach den historischen Mustern und die Weiterentwicklung der Webkunst sind die Ziele des Projekts.

Die Teilnehmerinnen lernen in der Kleingruppe, Grundmuster zu weben, angefangen von einem einfachen Grundstich bis hin zu Rillenstichen, durchbrochenen und Zupfstichen. Durch Kombinationen dieser Techniken und verschie-

dener Fadenfarben lassen sich aus vielfältigen Wollknäueln Dutzende verschiedener Muster erzeugen, sodass nur die Phantasie den Weberinnen bei ihrer kreativen Arbeit Grenzen setzt. Dabei erzählt Śliwka, die in den Handarbeitstechniken bewandert ist, über die Geschichte und Entwicklung der Webkunst sowie über das ostpreußische Brauchtum beim Stricken, Sticken, Häkeln und Weben. Von Woche zu Woche werden die mit Webkämmen und -rahmen geschaffenen Werke umfangreicher, und das anstrengende und zeitaufwendige Erlernen der Stiche führt zu immer beeindruckenderen Ergebnissen. Natürlich beansprucht jede wöchentliche Begegnung von den Frauen, die an Kettfäden und Schussfäden mühselig herumfingern, gute Augen, eine ruhige Hand, Geduld sowie Ausdauer. Obwohl die endgültige Präsentation und kleine Ausstellung der entstandenen Arbeiten noch in weiter Ferne liegt, kann man erahnen, dass die entstandenen Werke sehr individuell und einzigartig sein werden. Dawid Kazanski



Mit Freude dabei: Die Teilnehmerinnen des wöchentlichen Webkurses

Foto: D.K.

**ZUM 102. GEBURTSTAG**

Liebert, Gerda, geb. **Gurgsdies**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 20. April

Spendowski, Elisabeth, geb. **Aukthun**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 16. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Friese, Johanna, aus Saagen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Christiansen, Käthe, geb. **Preuss**, aus Treuburg, am 16. April

Spath, Irmgard, geb. **Kul-schewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fandrich, Elisabeth, geb. **Gerundt**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 19. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gollner, Magdalene, geb. **Baer**, aus Louisenthal, Kreis Mohrun-gen, am 15. April

Kilanowski, Helga, geb. **Schulz** aus Lyck, am 18. April

Kintscher, Ursel, geb. **Schneider**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 14. April

Objartel, Ulrich, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 19. April

Struckmann, Christel, geb. **Wor-rat**, aus Schwentainen, Kreis Treu-burg, am 20. April

Szech, Kurt, aus Milussen, Kreis Lyck, am 20. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Böhnke, Helmut, aus Wiese, Kreis Mohrun-gen, am 17. April

Gronwald, Käthe, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 17. April

Günther, Erika, geb. **Bangel**, aus Neidenburg, am 14. April
Kaminski, Erna, geb. **Stosek**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. April

Lang, Inge, geb. **Kohnke-Lau-pichler**, aus Stobingen, Kreis Weh-lau, am 15. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bandilla, Gustav-Otto, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 16. April

Druba, Erwin, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 18. April

Josuweit, Hans, aus Groß Fried-richtsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. April

Klischewski, Eva, aus Walden, Kreis Lyck, am 16. April

Mattke, Ilse, geb. **Schwenzfeier**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 20. April

Milewski, Herbert, aus Grünlan-den, Kreis Ortelsburg, am 16. April

Rehfisch, Gertrud, geb. **Sentek**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 20. April

Scheffler, Kurt, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Klimaschewski, Oskar, aus Gor-lau, Kreis Lyck, am 18. April

Schwabe, Gertraud, geb. **Becker**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 15. April

Steiner, Margarete, geb. **Bleyer**, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 18. April

Todtenhaupt, Frau, geb. **Stumpf**, aus Wehlau, am 16. April

Westphal, Alfred, aus Schackwie-se, Kreis Elchniederung, am 19. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Becherer, Lisbeth, geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniede-rung, am 16. April

Belau, Irene, geb. **Spruth**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 20. April

Donde, Ingeborg, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. April

Färber, Herta, geb. **Artischewski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 14. April

Lasarzik, Gerd, aus Bartken, Kreis Treuburg, am 15. April

Miehling, Adelheid, geb. **Buxa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. April

Müller, Charlotte, aus Kahlau, Kreis Mohrun-gen, am 17. April

Schlösser, Ursula, geb. **Todzy**, aus Ortelsburg, am 18. April

Wegelin, Heinz, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 17. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bodies, Ingrid, geb. **Manzau**, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, am 16. April

Dietzek, Manfred, aus Muscha-ken, Kreis Neidenburg, am 15. April

Proese, Horst, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 16. April

Godau, Hans-Joachim, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 20. April

Granitzki, Erich, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. April

Habicht, Helmut, aus Reicherts-walde, Kreis Mohrun-gen, am 16. April

Jorde, Gerlinde, geb. **Spingies**, aus Schwanensee, Kreis Elchnie-derung, am 16. April

Konoppa, Walter, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 16. April

Kowalewski, Erwin, aus Ebenfel-de, Kreis Lyck, am 14. April

Kronmiller, Waltraud, geb. **Zy-wietz**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 18. April

Petrat, Günter, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung und aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 18. April

Schwenke, Doris, geb. **Bickeleit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elch-niederung, am 15. April

Wojdyla, Irmgard, geb. **Gregel**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 18. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Achberger, Waltraud, geb. **Spit-zer**, aus Boyden, Kreis Mohrun-gen, am 19. April

Appenrodt, Waltraud, geb. **Klein**, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 20. April

Böttcher, Hildegard, geb. **Kell-mann**, aus Passenheim, Kreis Or-telsburg, am 15. April

Buchau, Bruno, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 20. April

Bürkle, Irmgard, geb. **Dettner**, aus Rosignaiten, Kreis Fischhau-sen, am 19. April

Ende, Hildegard, geb. **Pohl**, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrun-gen, am 18. April

Grigull, Dieter, aus Grün-hausen, Kreis Elchniederung, am 17. April

Jeschke, Irmgard, geb. **Majewski**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 15. April

Keller, Manfred, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 15. April

Packieser, Willi, aus Wehlau, am 17. April

Schneewind, Ursula, geb. **Roy**, aus Lyck, am 15. April

Schöps, Waltraud, geb. **Kwiedor**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 15. April

Willemsen, Gerda, geb. **Klatt**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 14. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brunkhorst, Sigrid, geb. **Stuh-lemmer**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 15. April

Chylek, Gisela, geb. **Fröse**, aus Loien, Kreis Lyck, am 14. April

Clausen, Erika, geb. **Lyß**, aus Reinchenwalde, Kreis Lyck, am 18. April

Gabrus, Edyta, geb. **Küssner**, aus Treuburg, am 14. April

Gnass, Werner, aus Ebenrode, am 19. April

Kalisiewicz, Leokadia, aus Fließ-dorf, Kreis Lyck, am 17. April

Kerstan, Gertraud, geb. **Falk**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 18. April

Kleemann, Edeltraud, geb. **Bla-seio**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 19. April

Kügler, Erna, geb. **Redmann**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 15. April

Piotrowski, Harry, aus Stradaun-en, Kreis Lyck, am 15. April

Pohlars, Brigitte, geb. **Tolksdorf**, aus Rauterskirch, Kreis Elchnie-de-rung, am 19. April

Rinke, Ronald, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 14. April

Schacht, Hildegard, geb. **Gans-windt**, aus Groß-Buchwalde, Kreis Allenstein, am 20. April

Stüven, Anneliese, geb. **Radtke**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 16. April

Theye, Lilli, geb. **Gitt**, aus See-kampen, Kreis Ebenrode, am 15. April

Weigel, Jutta, geb. **John**, aus Kod-dien, Kreis Wehlau, am 16. April

Wessel, Helga, geb. **Philipp**, aus Lyck, am 14. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beyer, Ursel, geb. **Chlebusch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 18. April

Bischoff, Elisabeth, geb. **Bartsch**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 20. April

Breckow, Siegfried, aus Krattlau, Kreis Fischhausen, am 18. April

Brix, Hartmut, aus Rauschenwal-de, Kreis Lötzen, am 5. April

Faust, Gerhard, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 18. April

Fellbrich, Helmut, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 15. April

Harring, Gerlinde, geb. **Rinio**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 20. April

Lojewski, Ingrid, aus Millau, Kreis Lyck, am 20. April

Niebuhr, Waltraud, geb. **Nadow-ski**, aus Passenheim, Kreis Ortels-burg, am 17. April

Noga, Edith, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. April

Nowak, Horst, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 15. April

Pottek, Adolf, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 20. April

Seefeld, Helga, geb. **Schulz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 20. April

Serafin, Günter, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 16. April

Trasny, Walter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 18. April

ANZEIGE

Wohnen mit Betreuung und Verpflegung in der Nähe Allenstein im Haus Panorama.

Wir kümmern uns um Ihr Wohlergehen rund um die Uhr!
Fragen können Sie richten an Brigitte Taday.

**Telefon: 0211/15891930
0177/3005170**

E-Mail: brigitte.taday@icloud.com

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bischof, Roswitha, geb. **Hoechst**, aus Ebenrode, am 14. April

Daase, Ulrich, aus Secken-berg, Kreis Elchniederung, am 14. April

Darke, Brigitte, geb. **Rattay**, aus Lyck, Danziger Straße 30, am 16. April

Gettkant, Günter, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 17. April

Jahnke, Brigitte, geb. **Liedtke**, aus Lyck, Lycker Garten 11, am 20. April

Josun, Klaus-Dieter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. April

Kress, Gabriele, geb. **Schlick**, aus Fischhausen, am 14. April

Lange, Marie-Luise, geb. **Siebert**, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 19. April

Lehnberger, Sieglinde, geb. **Gla-gau**, aus Neukuhren, Kreis Fisch-hausen, am 20. April

Müller, Uta, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 20. April

Petzelies, Heidrun, geb. **Nippa**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchnie-derung, am 15. April

Putzas, Hans-Gerhard, aus Gilge-tal, Kreis Elchniederung, am 18. April

Rduch-Weggen, Brunhilde, geb. **Wieczorek**, aus Karnitten, Kreis Mohrun-gen, am 15. April

Scheer, Walter, aus Kucker-neese, Kreis Elchniederung, am 17. April

Schwartz, Renate, geb. **Gerusch-kat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. April

Siemsen, Renate, geb. **Leidig**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. April

Zirk, Brunhilde, geb. **Matzko**, aus Sorden, Kreis Lyck, am 18. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bolwig, Ingeborg, geb. **Schwe-dopp**, aus Cranz, Kreis Fischhau-sen, am 14. April

Chilla, Peter, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 15. April

Kutscke, Elke, geb. **Wach**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 18. April

Sander, Dietmar, aus Weißen-grund, Kreis Ortelsburg, am 15. April

ANZEIGE

PARTNER-REISEN
Grund-Touristik GmbH & Co. KG

10.06.-17.06. / 15.07.-22.07. / 12.08.-19.08.:
8-tägige Schiffsreise nach Nidden, € 1.199,-

27.08.-05.09.:

Bus- und Schiffsreise Ostpreußen und Hansestadt Riga, € 1.856,-

Mai-Sep. – viele Termine:

Radtour in Ostpreußen – Kurische Nehrung und Memelland, 8 Tage, ab € 545,-

Mai-Sep. – viele Termine:

Wandern in Ostpreußen – Kurische Nehrung und Memelland, 8 Tage, ab 799,-

Mai-Sep. – Termin nach Wunsch:

Mietwagen-Rundreise Memelland und Masuren, 10 Tage, ab € 945,-

Juni – August – viele Termine:

Radtour von Danzig nach Masuren, 10 Tage, ab EUR 1.200,-

Fordern Sie unseren kostenlosen Prospekt an! – www.Partner-Reisen.com

Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 17/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 17/2023 (Erstverkaufstag 28. April) **bis spätestens Dienstag, den 18. April**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen

15. und 16. April: **Arbeitstaugung Deutsche Vereine** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg
21. bis 23. April: **Kultur-seminar** in Helmstedt
26. bis 28. Mai: 9. **Sommerolympiade** in Sensburg
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. Oktober: 26. **Landestreffen**

Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstaugung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der LO

Heimatkreistreffen



Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Nikolaus Kopernikus

Stuttgart – Freitag, 14. April, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Eröffnung der diesjährigen Vortragsreihe „Nikolaus Kopernikus – Wegbereiter zu einem neuen Weltbild“. Die Referentin Uta Lüttich ist die 1. Landesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Baden-Württemberg, nachdem der vorgesehene Referent krankheitshalber abgesagt hat.

Die Lebensspanne von Nikolaus Kopernikus umfasst 70 Jahre, von 1473 bis 1543, und fällt in die Periode der großen Wende in der Geschichte der christlichen Kultur Europas. Die Zurückdrängung der Türken auf den Balkan, die geographischen Entdeckungen, die Verbreitung des Buchdrucks, der Humanismus und die Reformation zerstörten die mittelalterliche Ordnung und das überlieferte Wertesystem.

Zeitgenossen fanden 1543 Kopernikus' Meinung, Aristoteles physikalisches System „Die tägliche Erfahrung zeigt uns den Stillstand der Erde und die Bewegung des Himmels um uns“, treffe nicht zu, genauso lächerlich wie seine Theorie, die langsame Verschiebung des Frühlingspunktes könne eine Richtungsänderung der Erdachse andeuten. Sein System stürzte nicht nur die Astronomie, sondern ein ganzes Weltbild um. Er kämpfte gegen die damalige Auffassung, die Erde sei das Zentrum des Universums. Der Eintritt zu diesem interessanten Vortrag ist frei. *Uta Lüttich*



Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Filmvortrag

Wetzlar – Dienstag, 18. April, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld: „Thomas Mann – Mein Sommerhaus“, Filmvortrag von Kuno Kutz.



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Heimatinachmittag

Bielefeld – Montag, 17. April, 15 Uhr, Das Wirtshaus 1802, Kurt-Schumacher-Straße 17a: Heimatinachmittag der Ost- und Westpreußen. Info bei Barbara Dörr, Telefon (0521) 82026. Alle Mitglieder werden gebeten, nach Möglichkeit teilzunehmen. Willkommen sind Angehörige unserer Mitglieder, ständige Mitarbeiter und Mitglieder anderer Kreisgruppen sowie aus anderen Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Tanz in den Mai

Gütersloh – Sonntag, 30. April, 20 Uhr Einlass, 21 Uhr Beginn, Haus Ohlmeyer, Brummelweg 125, 33415 Verl: Tanz in den Mai. Der Eintritt kostet 12 Euro. Es gibt Livemusik mit dem Oxford Duo. Karten gibt es nur an der Abend-

kasse, Tischreservierungen nicht möglich. Mehr Infos bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211 oder unter www.ostpreussen-guestersloh.de

Frühlingsfest

Wesel – Sonnabend, 22. April, 14.30 Uhr, Gemeindesaal, Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 80: Frühlingsfest mit Kaffee und Kuchen. Bitte bis Sonnabend, 15. April anmelden bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.



Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Lesung mit Lena Hammann

Stade – Sonntag, 16. April, 15 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a: Reise „Auf Toni Kerstans Spuren durch Ostpreußen“, Autorenlesung mit Lena Hammann. Um Voranmeldung per E-Mail: museum@goldap.de oder unter Telefon (04142) 3552 wird gebeten.

Lassen Sie sich mitnehmen auf eine Reise durch das Leben einer alten Ostpreußin. Entdeckten Sie ihre Heimat – das wunderschöne Ostpreußen. Die Staderin Lena Hammann hat die Seniorin Toni Kerstan fast zehn Jahre lang im Altenheim besucht. Zwischen der jungen und der alten Frau entstand eine besondere Freundschaft. Aus Liebe zur Freundin machte Hammann aus den Erzählungen der 1914 in Ostpreußen geborenen starken Frau ein Buch über ihren Lebensweg von der Kindheit und Jugend in Ostpreußen über die Flucht 1945 in

den Westen und den Neuanfang in der neuen Heimat Stade. Auch sechs Jahre nach Kerstans Tod ist Hammann bewegt, wenn sie von ihrer außergewöhnlichen Freundschaft erzählen, anderen Menschen diese starke Frau vorstellen, aus ihrem gemeinsamen Buch „Toni Kerstan meine Lebensgeschichte“ lesen oder von Erlebnissen auf ihrer eigenen Reise in die Heimat der Freundin berichten darf.



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 23. April, ab 11 Uhr, Zur Blockhütte, Koggenweg 1: Regionaltreffen Nord. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Bei Fragen: Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026 oder E-Mail: heidi-mader@gmx.de.



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Treffen

Dortmund – Sonnabend, 22. April, 13 Uhr, Deutsche Heimatstube, Landgrafenstraße, Eingang Märkische Straße 1-3: Treffen. Anmeldung bei Gerhard Schickschnus, Telefon (0231) 62836900, (0173) 8103050, E-Mail: g.schickschnus@web.de.



Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, StadtAllenstein@t-online.de www.heimatsammlungen.de

Gelsenkirchen – Sonnabend, 9. September, 10 bis 21 Uhr, Bistro AufSchalke, Parkallee 1, 10 Uhr: Propsteikirche: Gottesdienst und Kranzniederlegung an der Gedenktafel, 10.30 Uhr: Unser Heimatmuseum „Tredank“ lädt zum Besuch ein, 11 Uhr: Mitgliederversammlung, 13 Uhr: Öffnung Bistro AufSchalke, 15 Uhr: Begrüßung und Totenehrung, Grußworte, 17 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik.



Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Velbert, Tel. (02051) 87729, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de **Geschäftsstelle:** Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen. Tel. (05401) 9770

Gelsenkirchen – Sonnabend, 9. September, ab 13 Uhr, Bistro AufSchalke, Parkallee 1. Weitere Informationen erteilt Johann Certa, Telefon (02334) 54077.



Kreisvertreter: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 823300, Fax (04102) 4739608, Handy: (0151) 1846100, E-Mail@gmx.net

Lüneburg – Sonnabend, 3. Juni, 10 Uhr, Krone Brauhaus GmbH,

Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg. Anmeldungen richten Sie bitte bis 12. Mai an die Kreisgemeinschaft Angerapp, Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg.



Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** C. Bierwirth, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Rotenburg (Wümme) – Freitag, 8., bis Sonnabend, 9. September, Kreishaus: 69. Angerburger Tage.



Kreisvertreter: Hans-Gerhard Steinke, Fasanenweg 12, 25497 Prisdorf, Tel. (04101) 5686660, hans-g.steinke@online.de

Nienburg – Sonnabend, 2. September, „Weser-Suite“, Max-Eyth-Straße 2 (Nähe Bahnhof); www.deula-nienburg.de.



Kreisvertreter: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Telefon (02306) 21236, Manuela.Begett@t-online.de, **Gst.:** Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Münster, 48127 Münster, Telefon (0251) 4926051

Münster – Ende September oder Anfang Oktober, Johanniter-Akademie, Weißenburgstraße 60. Ge-

Fortsetzung auf Seite 17

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

PRESSEMITTEILUNG

„Sie sind wahre Brückenbauer“

Bundeskanzler Olaf Scholz bekennt sich beim Jahresempfang zur Unterstützung des Bundes der Vertriebenen

Wird er wirklich kommen? Und wenn ja: Was wird er sagen? Diese beiden Fragen werden sich Besucher und Beobachter des diesjährigen Jahresempfangs des Bundes der Vertriebenen, der am Dienstag, dem 28. März, in der Katholischen Akademie Berlin – Hotel Aquino Tagungszentrum stattfand, in Erwartung des wichtigsten Ehrengastes und Festredners nicht nur einmal gestellt haben.

vertriebenen und die Arbeit des BdV darin ein.

Fast 14 Millionen Ukrainer seien derzeit auf der Flucht und hätten sich im Heimatland, aber auch in der Europäischen Union in Sicherheit gebracht, rund eine Million davon in Deutschland. Für deren Not, deren Heimatverlust und deren Ankunft in der Fremde hätten gerade die Vertriebenen und Spätaussiedler großes Verständnis. Mit großer Empathie würden sie den Betroffenen helfen – egal, ob in der Migrationsberatung oder über Spenden- und Hilfsaktionen „in enger Zusammenarbeit mit den deutschen Minderheiten in der Ukraine, Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien“.



Bei seiner Festansprache zum Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen: Bundeskanzler Olaf Scholz Foto: bundesfoto/BdV

„Sie sind wahre Brückenbauer“, so der Bundeskanzler an die Adresse der Selbstorganisations der Minderheiten und den BdV gerichtet. „Dafür sage ich Ihnen von ganzem Herzen: Vielen Dank!“

Lob für Versöhnungsarbeit

Das heutige Engagement der Vertriebenen und ihrer Verbände zeige, dass sie schon früh „die richtigen Schlüsse aus der Geschichte gezogen“ hätten. Dafür stehe auch die „wegweisende Charta der Heimatvertriebenen“ mit ihrer Zielsetzung eines geeinten Europa, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können und somit der Basis „Ihrer Versöhnungsarbeit in Europa bis heute und in Zukunft“. „Deshalb möchte ich mich hier ganz ausdrücklich zur Unter-

stützung des Bundes der Vertriebenen und seiner Versöhnungsarbeit bekennen. Dazu zählt, die Kultur und die Geschichte der Deutschen aus den ehemaligen Siedlungsgebieten im östlichen Europa lebendig zu halten“, sagte der Bundeskanzler und setzte damit das Maß, an dem der BdV und seine Gliederungen die Bundesregierung wohl zukünftig messen werden.

Wie wichtig aber die Ausgestaltung solcher politischen Botschaften ist, zeigte sich kurz in der Frage des im November 2022 durch die Bundesregierung aufgelegten Härtefallfonds auch für rentenrechtlich benachteiligte Spätaussiedler. Scholz bewertete diesen als „Lückenschluss“ im Rahmen einer empfundenen Ungerechtigkeit, wengleich er auch Verständnis sowohl für das Schicksal der Be-

troffenen als auch für die Kritik an der Auszahlungshöhe äußerte. Fabritius hingegen hatte in seiner Begrüßungsrede deutlich erklärt, dieser Härtefallfonds sei „kein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit“, denn er schließe nur Spätaussiedler ein, lasse Aussiedler außen vor und halte „mit engen Stichtagsregelungen diese Zielgruppe klein“. Der BdV werde sich weiterhin für „lange überfällige Anpassungen des Fremdrentengesetzes einsetzen“, zumal in diesem Jahr „erstmalig die völlige Angleichung zwischen Ost- und Westrenten Wirklichkeit geworden“ sei.

Fremdrentengesetz muss angepasst werden

Diese Haltung beim Thema Rentengerechtigkeit deckte sich mit dem von Fabritius formulierten

„Anspruch, mehr als nur sogenannte ‚Verbandspolitik‘ zu betreiben. Vielmehr vertrete der BdV „eine geschichtsbewusste Sicht auf die Zukunft“ und verstehe sich als „Arbeiter der Verständigung“ mit den östlichen Nachbarn, so der BdV-Präsident. Zentral sei dabei der Austausch mit den deutschen Minderheiten, das gemeinsame Engagement für ein friedliches und geeintes Europa, die Kultur- und Brauchtumpflege sowie die Aufnahme und Eingliederung von Spätaussiedlern in Deutschland.

Wie eng die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg sei, zeigt sich auch in der Spendenaktion „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“. Fabritius dankte für rund 80.000 Euro Spendenaufkommen beim BdV und den Mitgliedsorganisationen und erklärte, dass ein Großteil des Geldes bereits zielgerichtet eingesetzt worden sei. Im Rahmen der Veranstaltung überreichte er dem Vorsitzenden des Rates der Deutschen der Ukraine, Wolodymyr Leysle, einen symbolischen Scheck über weitere 10.000 Euro für die vom Krieg betroffenen und notleidenden Landsleute.

Aktuell drängende Probleme gebe es in der Spätaussiedleraufnahme, betonte Fabritius. Seit etwa einem Jahr würden immer mehr Anträge auf Anerkennung abgelehnt, weil Antragsteller irgendwann in Zeiten des sowjetischen Unrechts nicht mehr der deutschen Minderheit, sondern

der Mehrheitsgesellschaft zugeschrieben wurden. Dies werde nunmehr „massenhaft und schematisch vom BVA als Ablehnungsgrund bemüht“, obwohl es sich vielfach eindeutig um Landsleute handle. Daher sei es gut, dass die Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, „im Deutschen Bundestag eine Gesetzesänderung zugunsten der Antragsteller so deutlich in Aussicht gestellt“ habe und dass auch die Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik MdB, sich dieser Bereitschaft angeschlossen habe.

Herzlich willkommen hieß der BdV-Präsident unter anderen den Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Andrea Lindholz, und den Vorsitzenden der zuständigen soziologischen Gruppe der Fraktion, Christoph de Vries. Von der SPD begrüßte er insbesondere Rita Hagl-Kehl MdB. Seitens der Bundes- und Länderministerien begrüßte Fabritius stellvertretend die Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf aus Hessen, Jens Baumann aus Sachsen und Heiko Hendriks aus Nordrhein-Westfalen.

Eine große Delegation der Vertreter der deutschen Minderheiten mit Bernard Gaida und Rafal Bartek aus den Nachbarländern war ebenfalls vor Ort.

BdV – Bund der Vertriebenen

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include: 'zerdrücken (Kleid, Papier)', 'Metallboizen', 'unmenschlich', 'Abkürzung für et cetera', 'heiße Quelle', 'bewurzelter unterirdischer Spross', 'Ausruf der Verwunderung', 'Skeptiker', 'Beste, Siegerin', 'Bundesstaat der USA', 'auf-fallend, offenkundig', 'Koseform für Großvater', 'Anerkennung aussprechen', 'Freundin von Tarzan', 'Stock; Hochsprunggerät', 'Heilverfahren; Heilurlaub', 'engl.-amerik. Längemaß', 'mager, dürr', 'postisch; Irland', 'österr. Bad im Salzkammergut', 'Handlung, Unternehmung', 'norddeutsch für Ried, Schilf', 'ungleichmäßig rotieren (ugs.)', 'Fußglied', 'Berufsvereinigung, Gilde', 'derb, rau', 'Punkt auf dem Spielwürfel', 'Gerät zum Rösten', 'Völkergruppe in Nordafrika', 'schweiz. Kurort im Kanton Bern', 'eigen-sinnig, störrisch', 'französischer Maler (Auguste)', 'Eingang an jener Stelle', 'gehacktes Schweinefleisch', 'Drama von Ibsen', 'Unglück, katastrophaler Misserfolg', 'Gesandter des Papstes', 'Prahler', 'Kleidung für Frauen', 'Bande, Clique (englisch)', 'abgeschaltet, nicht an', 'Fenstervorhang', 'US-Nachrichtensender (Abk.)', 'Auer-ochse', 'Kzw.: unbekanntes Flugobjekt', 'also, folglich (lateinisch)', 'unbeweglicher Besitz', 'landwirtschaftliches Anwesen', 'Abwesenheitsnachweis', 'Hauptstadt von Oberösterreich', 'Sachverständigenausschuss', 'höchster Teil der Karpaten', 'bocksfüßiger Waldgeist', 'germanische Gottheit', 'US-Bürger (ugs.)', 'Unverheirateter', 'Nadelbaum, Taxus', 'portugiesischer Seefahrer (Vasco da)', 'Pflanze mit fleischigen Blättern', 'griech. Göttin der Morgenröte', 'steifes Sumpfgas', 'Lichtverstärker', 'ein Ostafrikaner', 'Bienenzüchter', 'Schwarzdrossel', 'Feldfrucht', 'nach Gut-dünken', 'seltsam geformt; wunderbar', 'Stern im Sternbild Wolfshaut', 'Dreimannkapelle', 'Greifvogel', 'häufig, mehrfach', 'Lebenshauch', 'Hauserrichtungsschnitt', 'indische Gesellschaftsschicht', 'salopp; unwöhlig; dürrig', 'deutsche Tennisspielerin; ... Graf', 'Klosterfrau', 'Turnübung', 'gelbbraune Malerfarbe', 'innige Zuneigung', 'weiter-sagen, preis-geben', 'Senke im Gelände', 'Schicksal, Geschick', 'Gebirge auf Kreta', 'Nadelloch', 'Sahne', 'Fluss durch Weimar', 'herbei, hierher (ugs.)', 'engl. Fantasy-Autor (J. R. R.)', 'Inhaber eines Geldinstituts', 'Vorteil, Vorzug', 'wüst, leer', 'bibl. Stammvater (Arche)', 'ital. Mittelmeerinsel', 'Abschiedsgruß', 'lieb-voll um-fassen', 'PAZZ3 15

Schüttelrätsel

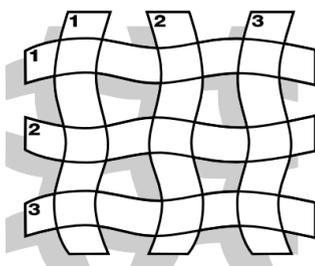
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

A crossword puzzle grid for 'Schüttelrätsel'. The grid contains letters in some cells, while others are empty. The letters are: HIT, AGIR, ERTZ, ABEG, EFHRU, BTTU, AEIKN, BEGRU, DNU, BEEI, ST, ABR, AEHZ, AOT.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für einen weiblichen nordischen Hirsch.

A crossword puzzle grid for 'Mittelworträtsel'. The grid contains letters in some cells, while others are empty. The letters are: FOTO, FUNK, WASSER, ROCK, MOEBEL, LEIM, TARIF, FEIER, BAU, PFLEGE, SPIEL, FREI, HAFER, HAUT.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Abgasleitung im Auto
2 reichlich; üppig
3 frühere deutsche Münze

Übersicht der Heimattreffen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 16

nauere Angaben werden im Sommerbrief der Kreisgemeinschaft Braunsberg bekannt gegeben.



Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Winsen/Luhe – Sonnabend, 17. Juni, 14 Uhr, Brasserie, Schlossplatz 5: Heimattreffen und Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, 2. Festsetzung der Tagesordnung, 3. Protokoll, 4. Bericht des Vorstands, 5. Wahl der Kassenprüfer, 6. Kassenprüfbericht, 7. Antrag auf Entlastung des Vorstands, 8. Verschiedenes.



Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9 Uhr, Krone Bier- & Event-Haus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Elchniederung, Tilsit-Ragnit und Stadt Tilsit.



Fischhausen

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. **Stellvertretender Vorsitzender:** Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienf.:** Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:** Fahltkamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

Pinneberg – Sonnabend, 16., und Sonntag, 17. September.



Gerdaun

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdaun.de

Rendsburg – Sonnabend, 7., bis Sonntag, 8. Oktober, Hotel Conventgarten, weitere Informationen erteilt Doris Biewald unter Telefon (0341) 9600987.

PAZ wirkt!



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Stade – Freitag, 8., bis Sonntag, 10. September, nähere Informationen erteilt Annelies Trucewitz, Telefon (04142) 3552, E-Mail: museum@goldap.de.



Gumbinnen

Kreisvertreter: Gerd-Peter Grün, Am Herrenkamp 2, 33613 Bielefeld, Telefon (0521) 892781, gerd-peter.gruen@kreis-gumbinnen.de, www.kreis-gumbinnen.de

Bielefeld – Sonnabend, 30. September, Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 135.



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@do-kom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Internet:** www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Burgdorf – Sonnabend, 9., und Sonntag, 10. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12.



Heilsberg

Kreisvertreterin: Jutta Küting, Beerenburg 1a, 52156 Monschau, Telefon (02472) 6214367, Mobiltelefon (0170) 2177152, jutta.kueting@gmx.de, **stellv. Kreisvertreter:** Karl-Heinz Küting, khkueting@gmx.de

N.N. – Termin ist in Planung. Nähere Angaben werden im Heimatbrief bekannt gegeben.



Insterburg-Stadt/Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Krefeld – Sonnabend, 28. Oktober, ab 13 Uhr, Gemeindesaal der Friedenskirche, Luisenplatz 1.



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

N.N. – Termin ist in Planung. Nähere Angaben werden im Heimatbrief bekannt gegeben.



Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842 E-Mail: Vertrieb@paz.de



Labiau

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, info@strammverlag.de, www.labiau.de

Otterndorf – Freitag, 8., bis Sonntag, 10. September, Stadtscheune, Sackstraße 4 (neuer Veranstaltungsort).



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Neubrandenburg – Sonnabend, 7. Oktober: 26. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern. Die Kreisgemeinschaft Lötzen veranstaltet kein Heimatkreistreffen, freut sich jedoch darauf, viele Lötzener beim Treffen der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg wiederzusehen.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hagen – Sonnabend, 26., bis Sonntag, 27. August, Mercure Hotel, Wasserloses Tal 4.



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Bad Nenndorf – Sonnabend, 2. und Sonntag, 3. September, Grandhotel Esplanade L'Orange-rie, Bahnhofstraße 8.



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Bochum – Sonntag, 27. August, Erich-Brühmann-Haus, nähere Informationen folgen.



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Herne – Sonntag, 16. April, 11 Uhr, Restaurant Zille, Willi-Pohlmann-Platz 1: Heimattreffen der Landbezirke 1, 3, 4, 5, 10 und 12

Herne – Sonnabend, 6. Mai, 11 Uhr, Restaurant Zille, Willi-Pohlmann-Platz 1: Kirchspieltreffen Willenberg - Landbezirke 6, 7, 8, 9 und 11.



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Lüneburg – Freitag, 15., und Sonnabend, 16. September.



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Verden – Sonnabend, 23., bis Sonntag, 24. September, Landhotel zur Linde, Thedinghauser Straße 16, Telefon (04231) 29800.



Preußisch Holland

Kreisvertreter: **Geschäftsstelle:** Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster

Itzehoe – Sonnabend, 9., und Sonntag, 10. September, Café Schwarz, Breitenburger Straße 14: 70 Jahre Patenschaft Itzehoe-Stadt Pr. Holland und Kreis Steinburg-Kreis Pr. Holland, 60 Jahre Krempe und Reichenbach.



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgen-dorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. **Geschäftsstelle:** Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Wesel – Sonnabend, 12., und Sonntag, 13. August.



Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle/Saale. **Geschäftsstelle:** Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Winsen (Luhe) – Sonnabend, 17. Juni.



Sensburg

Kreisvertreter: Klaus Schütz, Friedensstraße 14, 42799 Leichlingen, Telefon (02175) 71886. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaft-sensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensensburg.de

Remscheid – Sonntag, 18. Juni, 9 Uhr, MK-Hotel Remscheid, Bismarckstraße 39.



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. **Mitgliederfragen:** Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail: koljanwanja@gmx.de

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9 Uhr, Krone Bier- & Event-Haus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Elchniederung, Tilsit-Ragnit und Stadt Tilsit.



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9 Uhr, Krone Bier- & Event-Haus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Elchniederung, Tilsit-Ragnit und Stadt Tilsit.



Treuburg

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Richard-Wagner-Straße 30, 19059 Schwerin. **Stellvertreterin:** Helga Lüttgen, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. **Geschäftsführer:** Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Internet: www.trauburg.de

Hagen – Sonnabend, 26., bis Sonntag, 27. August, Mercure Hotel, Wasserloses Tal 4.



Wehlau

Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Bassum und Syke – Sonnabend, 2., und Sonntag, 3. September, Schulungszentrum „Die Freuden-burg“ in Bassum und Diele des Kreismuseums Syke



Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link **Gst.:** Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Osterode (in Ostpreußen) – Freitag, 1., bis Sonntag, 3. Dezember: Adventstreffen der ostpreußischen Jugend.

KÖNIGSBERGER GELEHRTEN GESELLSCHAFT

Stärkung des Wissenschaftsstandorts Ostpreußen

Nach dem Ersten Weltkrieg: Wissenschaftler schlossen sich anlässlich des 200. Geburtstags von Immanuel Kant zusammen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Königsberg zählte zu den Hochburgen der Gelehrsamkeit in Preußen. Das resultierte in erster Linie aus der Existenz der Albertus-Universität, die am 20. Juli 1544 durch ein Edikt des vormaligen Hochmeisters des Deutschen Ordens und nunmehrigen Herzogs Albrecht von Preußen gegründet worden war. Allerdings litt der Wissenschaftsstandort Königsberg nach dem Ersten Weltkrieg unter der im Versailler Diktat verfügbaren Abtrennung Ostpreußens vom deutschen Kernland.

Daraus resultierte die Idee einer Aufwertung durch die Schaffung einer speziellen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Diese wurde vor allem von drei Persönlichkeiten propagiert: Dem renommierten Staats- und Völkerrechtler Herbert Kraus, dem Theologen und Kirchenrechtler Erich Seeberg sowie dem Bodenkundler Eilhard Alfred Mitscherlich, dem die ostpreußische Landwirtschaft entscheidende Impulse zu verdanken hatte.

Die formelle Etablierung der Königsberger Gelehrten Gesellschaft (KGG) erfolgte im Rahmen der Feierlichkeiten zum 200. Geburtstag des Philosophen Immanuel Kant, die vom 19. bis zum 24. April 1924 währten und nach der Krönung von Wilhelm I. das gesellschaftlich bedeutendste Ereignis in der ostpreußischen Provinzialhauptstadt waren. Hierzu schrieb der Historiker und Bibliothekar sowie Professor für Deutsche Bildungs- und Geistesgeschichte Götz von Selle in seiner „Geschichte der Albertus-Universität“: „Der Sinn dieser Gründung war, in der abgeschnürten Provinz alle geistige Arbeit zu einem festen Bollwerk germanischer Kultur zusammenzufassen, um zu erhalten, was wir besaßen, und zu erforschen, was noch von alter preußischer



Versuchsreihe im Jahr 1954: Eilhard Alfred Mitscherlich vor Gefäßen mit Haferkulturen

Foto: akg images

Kultur an ungehobenen Schätzen sich auf ostpreußischem Boden vorfindet.“

Herausgabe eigener Schriftenreihen

Sichtbarster Ausdruck derartiger Bemühungen waren zwei eigene Schriftenreihen, die im Niemeyer-Verlag in Halle (Saale) erschienen und jeweils geistes- beziehungsweise naturwissenschaftlich ausgerichtet waren. Dabei herrschte kein Mangel an Autoren, weil die KGG über eine Vielzahl produktiver Mitglieder verfügte.

Zu diesen gehörte beispielsweise der Finanzsoziologe Fritz Karl Mann, der spätere Gründer des Instituts für internationale Finanzwirtschaft in Köln und Berater

des US-Kriegsministeriums in Washington zwischen 1936 und 1944. Weitere Vertreter der KGG waren der Mediziner Helmut Vogt und der Archäologe Bernhard Schweitzer. Letzterer schrieb ein überaus geschätztes Standardwerk über die „Chronologie und Geschichte der geometrischen Stile Griechenlands“ und machte sich auch dadurch einen Namen innerhalb der Fachwelt, dass er die Erkenntnisse etlicher Nachbardisziplinen heranzog, um Ausgrabungsfunde besser einordnen zu können.

Ebenso gehörte der Rechtswissenschaftler Siegfried Reicke der KGG an – er galt als Experte für Rechtsgeschichte und

Kirchenrecht. Besondere Bekanntheit erlangte auch Wolfgang Krause. Das KGG-Mitglied erforschte die altgermanischen Runen und versuchte dabei, die Runologie als historische und sprachwissenschaftliche Disziplin zu etablieren. In diesem Zusammenhang gelang Krause das Kunststück, einerseits zum Leiter der Lehr- und Forschungsstätte für Runen- und Sinnbildkunde in der SS-Forschungsorganisation Deutsches Ahnenerbe zu avancieren, andererseits aber aus genau dieser Position heraus erfolgreich gegen das Vordringen der nationalsozialistischen Ideologie auf seinem Fachgebiet anzukämpfen.

Und auch ein bekannter Musikwissenschaftler fand zur KGG: Joseph Müller-Blattau, seines Zeichens akademischer Musikdirektor in Königsberg, Leiter des Instituts für Schul- und Kirchenmusik sowie musikalischer Berater der Ostmarken Rundfunk AG, trat der Gesellschaft 1930 bei. Der Experimentalphysiker Gerhard Hoffmann gehörte schon ab 1924 der KGG an. Sein fachliches Verdienst bestand in Präzisionsmessungen auf dem Gebiet der Radioaktivität beziehungsweise kosmischen Strahlung.

Gleichfalls erwähnenswert ist der Historiker und Experte für die Geschichte des Mittelalters Herbert Grundmann. Er war einer der wenigen Wissenschaftler, die zwischen 1933 und 1945 auf einen Lehrstuhl berufen wurden, ohne der NSDAP anzugehören. Das frühere KGG-Mitglied fungierte nach dem Zweiten Weltkrieg als Chefredakteur des bereits seit 1819 laufenden Mammut-Editionsprojekts „Monumenta Germaniae Historica“.

Bedeutender Verhaltensforscher

Dann wäre da noch der bedeutende Zoologe und Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Tierpsychologie Otto Koehler. Er kam nach seiner Ernennung zum Direktor des Zoologischen Instituts und Museums der Universität Königsberg im Jahre 1925 zur KGG. Koehler gilt als vermutlich erster Verhaltensforscher der Welt, der systematisch Filmaufnahmen zur Protokollierung von Beobachtungen einsetzte. Die lagerten noch bis 2007 im inzwischen abgewickelten Institut für den wissenschaftlichen Film (IWF) in Göttingen.

Koehler verließ das schon schwer gezeichnete Königsberg im Februar 1945. Zu diesem Zeitpunkt hatte die KGG ihre Aktivitäten längst eingestellt: Die letzte Ausgabe der „Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft“ erschien Mitte 1944.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Bücher bringen die bunte Welt

Deutschsprachige Literatur seit 30 Jahren: Die Österreich-Bibliothek in Oppeln führt Leser in ihre deutsch-schlesische Traumwelt

Die Österreich-Bibliothek in Oppeln feiert 30. Geburtstag. Sie ist eine von sechs Österreich-Bibliotheken in der Republik Polen und gehört zu den aktivsten. Dass es so ist, verdankt sie dem Umstand, dass sie nicht, wie die meisten „an eine Universität, sondern an die Woiwodschafts-bibliothek angeschlossen und somit offen für alle ist“, sagt Leiterin Monika Wójcik-Bednarz. Sie ist stolz, dass im Laufe der Jahre der Bücherbestand stark gewachsen ist und der Leserkreis konstant blieb – „keine Selbstverständlichkeit in digitalen Zeiten“, meint sie.

Deutsche Literatur hatte es bis zur politischen Wende in Oberschlesien besonders schwer, da es dort, laut kommunistischer Propaganda, keine Deutschen mehr gab. Aber auch nach der „Wende“ hatte alles Deutsche im Oppelner Raum einen schweren Stand. Auf dem Land rollten gerade mal zwei Caritas-Bücherbusse, die Städter mussten anfangs in die benachbarten deutschen Freundschaftskreise, also in die Ortsverbände der Deutschen Minderheit, ausweichen. Erst 1993 wurde die Österreichbibliothek und 2000 die Zentrale Caritasbibliothek in Oppeln eingerichtet.

Abseits der Innenstadt, in einem unansehnlichen Bau der 70er Jahre, führt eine lange Außentreppe in die Österreich-

bibliothek. Doch im Inneren wird man von den Mitarbeiterinnen stets mit einem Lächeln und perfektem Deutsch belohnt. Joanna Waleska arbeitet seit 18 Jahren in der Österreichbibliothek. Sie stammt aus dem drei Kilometer von Oppeln entfernten Winau [Winów]. Zuhause wurde im slawischen oberschlesischen Dialekt gesprochen, nur die Großeltern sprachen Deutsch.

Deutsch lernen mit TV-Werbung

„Nach dem Krieg und dem Sprachverbot wichen meine Großeltern immer mehr in den Dialekt aus und haben mit ihren Kindern nicht mehr deutsch gesprochen“, so Waleska. Sie gehöre der Generation an, die Deutsch durchs Satelliten-Fernsehen gelernt hat, sagt sie: „Die Werbung war so bunt und schön – all das, wo man heute denkt: ‚ist das nervig‘ – davon war ich fasziniert. Für mich war diese bunte Welt, die schönen Menschen und auch das Angebot für Kinder und Jugendliche anziehend. Ich wollte an dieser Welt teilhaben.“ Auch durch den Kontakt zu Verwandten in der Bundesrepublik haben sie und ihre Geschwister Deutsch gelernt, berichtet sie.

Waleska besuchte das II. Gymnasium in Oppeln, an dem bilingual unterrichtet wurde. Ihre Deutschlehrerin machte mit

der Klasse einen Besuch in der Österreichbibliothek. Von da an wurde sie Nutzerin dieser Bücherei. Später hatte ihre Schwester sie auf eine Zeitungsanzeige aufmerksam gemacht, dass in der Österreichbibliothek Personal gesucht werde. „Ich dachte: ‚Ich kenne die Institution, ich gehe hin und bewerbe mich‘ und so bekam ich den Job.“ Die Winauerin lacht: „Meine Vorgesetzte sagte: ‚Es gibt zwei Typen von Bibliothekaren: die einen kündigen nach zwei Wochen, die anderen bleiben fürs Leben.‘“

Auch für die Leiterin Monika Wójcik-Bednarz ist die Österreichbibliothek eine Aufgabe fürs Leben geworden. Sie kam Ende der 90er Jahre aus Rogau [Rogów Opolski] nach Oppeln. In ihrem Heimatort war sie in der Schlossbibliothek beschäftigt. Als sie in die Österreichbibliothek kam, standen nur wenige Bücher in den Regalen. Doch die Nachfrage war groß, und zwar nicht nur von Studenten oder Dozenten. Diese brachten ihre Verwandten oder Nachbarn und später auch ihre Kinder mit. „Hier leben

viele Familien, die ihre Kinder zweisprachig erziehen, und das tun sie auch mit Hilfe unserer Bücherbestände“, freut sich Wójcik-Bednarz.

Deutschsprachige Veranstaltungen in der Bibliothek

Sie hat von Beginn an deutschsprachige Veranstaltungen im Hause organisiert. Zuerst mit Hilfe des damaligen Österreichischen Kulturforums in Krakau und bald auch in Zusammenarbeit mit der Organisation der Deutschen Minderheit. Seit 23 Jahren lädt die Österreichbibliothek zum Österreichischen Frühling ein. Von März bis Mai werden Lesungen, Ausstellungen, Filmvorführungen oder Konzerte in deutscher Sprache angeboten. „Es ist bereits eine Marke, die im Jubiläumsjahr mit 30 Veranstaltungen auffährt“, sagt sie. Darauf freut sich auch Waleska, weil dann „die Bude voll ist“, und sie liebt den Kontakt mit den Lesern: „Unsere Leserinnen leihen sich eher Belletristik aus, aber gerne solche, die einen geschichtlichen Hintergrund hat. Die Herren greifen zur Sachliteratur und wählen oft Bücher zu schlesischer Geschichte. Unsere Männer suchen nach Fakten und die Damen möchten eher in eine Traumwelt gleiten.“



Arbeitet seit 18 Jahren in der Österreichbibliothek: Joanna Waleska

Foto: Wagner

Chris W. Wagner

VOGEL DER HEIMAT

Die Pommernadler kehren zurück

Die seltenen Greifvögel zeigen ihre Hochzeit mit eleganten Flugspielen an

VON K.-H. ENGEL

Ab Mitte April werden einige pommersche Wälder wieder um eine seltene Vogelart reicher sein. Der Schreiadler, auch Pommernadler genannt, kehrt aus seinem Winterquartier zurück. Das liegt fern der Heimat im südlichen Afrika.

Schreiadler haben daher eine lange, anstrengende Reise hinter sich, wenn sie eines sonnigen Apriltages plötzlich so selbstverständlich am Himmel Vorpommerns kreisen, als seien sie nicht fort gewesen. Als bald kümmern sie sich um ihren Brutort, der meistens in größeren Laubwäldern mit eingestreuten Mooren und Erlenbrüchen liegt sowie an offenem, eher feuchtem Wiesenland grenzt.

Männchen und Weibchen richten ihren Horst her und garnieren ihn zum Zeichen dessen mit frischem Maigrün. Zwischendurch halten die Paare Hochzeit. Schreiadler geben das durch freudige Jib-Jüb-Rufe, pfiifähnliche Schreie (darum Schreiadler) und elegante Flugspiele kund. Danach sitzen sie auf ihrem Gelege, das aus einem oder zwei Eiern besteht.

Der Schreiadler ist ein eher kleiner Adler. Dafür gehört er jedoch entsprechend der zoologischen Systematik zu den echten Adlern. Vor allem zeichnen ihn seine Statur und sein Flugbild mit den gestreckten, aufgefingerten Schwingen als einen aus dem Reich der Adler aus. Den allseits bekannten Mäusebussard zumal übertrifft er deutlich an Größe.

Um 100 Brutpaare in Deutschland

Was wird die Saison 2023 für den Bestand bringen? Diese Frage treibt Ornithologen sowie Naturschutzstiftungen und -verbände um, die die bescheidene Reproduktion mit Sorge verfolgen. Revierbetreuer versuchen zwar Störungen zu verhindern und ungünstige Eingriffe in den Lebensraum nach Möglichkeit abzuwenden.

Dennoch ist es um die deutsche Schreiadlerpopulation schlecht bestellt. Sie wird mit rund 100 Brutpaaren beziffert, die im östlichen Mecklenburg-Vor-

pommern und zu einem kleineren Teil im nordöstlichen Brandenburg zu Hause sind. Als Hauptursache für den Rückgang wird die Nutzungsintensivierung in Forsten und auf Grünland mit den damit einhergehenden Biotopveränderungen zugunsten des sensiblen Pommernadlers gesehen. Einige Vögel sind inzwischen auch Opfer von Windenergieanlagen geworden.

unter nach Kleinasien. In all den Regionen soll er nach wie vor häufig seine Kreise ziehen. Als Gesamtbestand werden an die 20.000 Paare angenommen. Anders verhält es sich diesseits der Oder.

Östlich der Oder mehr Vorkommen

Wie beurteilten Vogelkundler früherer Generationen die Situation des Schreiadlers in ihrer Zeit? Tatsächlich gehört der

schrieb über den Schreiadler in seiner 1837 erschienenen „Systematischen Übersicht der Vögel Pommerns“, dass „dieser in den meisten Gegenden Deutschlands so seltene Vogel, hier so zahlreich vorkommt wie nur irgendwo.“

Homeyer mahnte an anderer Stelle aber auch die damals schon zunehmenden Veränderungen in der Landnutzung mit den Folgen für die Tierwelt an. Den-

mehr und mehr von mecklenburgischen Gefilden fern. Inzwischen baut er seinen Horst dort nur noch in einigen Waldungen unweit der vorpommerschen Grenze.

Paul Robien, umtriebiger Stettiner Ornithologe und Naturschutzwart auf der Insel Mönne im unteren Teil des Dammischen Sees, wusste Anfang der 1920 Jahre von etlichen Schreiadlervorkommen in der Umgebung Stettins und in Hinterpommern zu berichten, obwohl noch keine flächendeckende Erfassung vorlag. So nennt er den Gliensee in der Buchheide, den Madüsee und den Böhinsee bei Deutsch Krone. Ebenso waren ihm Horstplätze bei Neuwalde, Rothenfier und Annenwalde bekannt. In „Lebensbilder aus der Gollnower Heide“ von Hugo Rehbein wird der Schreiadler während der 1930er Jahre am Gubenbach nördlich von Gollnow brütend erwähnt.

Überall Gefahren

Auch heute fühlt sich der Schreiadler östlich der Oder weitaus häufiger zu Hause als diesseits. Man schätzt den Bestand nach Angaben aus dem Zweiten Brutvogelatlas für Mecklenburg-Vorpommern in „Pomorze“ auf 250 bis 300 Paare.

Vor dem Hintergrund des Rückgangs hierzulande stellt sich die Frage, warum Schreiadler in den allermeisten Fällen nur ein Junges aufziehen. Bei Zweiergelegen etwa tötet das erstgeborene Küken einem rätselhaftem Artgesetz zufolge sein Geschwister. Diesen Kainismus gab es jedoch zu allen Zeiten, sodass der, wie Ornithologen vermuten, nicht eigentliche Ursache des Bestandsschwunds sein wird.

Was aber widerfährt Schreiadlern womöglich auf ihren viele Tausend Kilometer weiten Zugwegen? Solche Reisen sind für sie in der Tat mit Risiken behaftet. Im Libanon zum Beispiel sollen die Greife in Größenordnungen von Wilderer abgeschossen werden. Das Komitee gegen den Vogelmord gibt die Opferzahl mit jährlich an die 5000 Adler an. Hauptursache für die Rückgangstendenz sollen aber dennoch die Veränderungen in ihren Fortpflanzungs- und Jagdgründen sein.



Vom Pommernadler ausgelegt mit frischen Zweigen: Der Horst eines Schreiadlers in Estland

Das Hauptbrutgebiet des Schreiadlers umfasst das historische Pommern. Von dort erweitert es sich mit steigender Individuenzahl über ganz Polen, das Baltikum, Weißrussland, die Ukraine, das westliche Russland, auf Teile des Balkans bis hin-

Schreiadler schon seit Langem zu den Raritäten unter den Greifvögeln in Deutschland. Eugen Ferdinand von Homeyer, Gutsherr in Vorpommern, Ornithologe, Mitglied mehrerer Gelehrtenvereinigungen und Verfasser von Fachpublikationen,

noch fand man den Adler seinerzeit auch noch über Pommern hinaus in Schleswig-Holstein und Niedersachsen hin und wieder brütend vor. Es deutete sich aber schon ein Rückzug nach Osten an. Schließlich hielt sich der Schreiadler auch

FÜR KATZENFREUNDE

Gacek – Liebenswerte Attraktion in Stettin

Der vierbeinige König der Elisabethstraße – heute Kaszubska

Die Elisabethstraße in Stettin verband den Augusta-Platz mit der Mühlenstraße, unweit der Eisenbahnanlagen. Sie überquerte den Platz am Berliner Tor. Bei den gebürtigen Stettinern werden Erinnerungen geweckt, zum Beispiel an die Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule, die in diesem Jahr ihr 209. Jubiläum gehabt hätte.

In dem Artikel von Brigitte Kleszczewski in der *Pommerschen Zeitung* vom 6. Juni 2022 konnte man zur Geschichte der Schule einiges erfahren: das Johanneskloster, die Luisenschule, die in den Jahren 1888 bis 1890 in der katholischen Diaspora im lutherischen Stettin erbaute Kirche Johannes der Täufer, Ecke Greifenstraße. Eine neugotische Hallenkirche auf dem Grundriss eines lateinischen Kreuzes wurde durch den Architekten Engelbert Seibertz aus Berlin entworfen. Die Kirche wurde am 30. September 1890 vom Breslauer Bischof Georg von Kopp geweiht. Für die katholischen Gläubigen war bis 1914 ein Vikar zuständig.

Bis 1931 war St. Johannes der Täufer die einzige römisch-katholische Kirche in Stettin, die seit 1984 denkmalgeschützt

ist. Im Jahr 2008 erhob Papst Benedikt XVI. die Kirche in den Rang einer Basilica minor. Auch die Artillerie-Kasernen und weitere öffentliche Gebäude lagen an der Elisabethstraße.

Heute ist der Name der Straße „Kaszubska“, in der ein pummeliger Kater mit schwarz-weißem Fell und einem tiefenentspannten Blick erkennen lässt, wer hier im Stadtzentrum das Sagen hat. Die Stettiner Stadtinformation berichtet über diese vierbeinige Attraktion der Stadt: Der Kater Gacek, von dem hier die Rede ist, hat sein Zuhause in der Kaszubska-Straße, doch sein Ruhm reicht deutlich über das Stadtzentrum von Stettin hinaus. Über Gacek wird auf der ganzen Welt berichtet.

Als der Kater vor einigen Jahren zum ersten Mal in der Kaszubska-Straße gesehen wurde, erweckte er das Interesse der Anwohner und der hier angesiedelten Unternehmen, denn solche herrenlosen Vierbeiner stromern gewöhnlich in Kellern oder Treppenhäusern herum und gehen den Menschen aus dem Weg. Gacek verhielt sich jedoch vollkommen anders.

Er marschierte keck durch die Straßen der Innenstadt und bat regelrecht um Streicheleinheiten und Komplimente.

So machte er sich bei den Nachbarn beliebt, die ihm ein speziell gedämmtes Häuschen bauten und ihn seit einigen Jahren füttern. Zuerst wurde er bei den



Wird von den Bewohnern der Straße und zahlreichen Besuchern verwöhnt: Der inzwischen pummelige Kater Gacek

Passanten bekannt und dann bei den lokalen Medien.

Nach einer Veröffentlichung auf dem Internetportal *Szczecinie.pl* ist er schnell populär geworden. Der Kater ist ein lokaler Star geworden. Die Einwohner der Stadt begannen, ihn zu besuchen und zu fotografieren und im Internet nannten sie ihn eine Touristenattraktion. Und weil der Stadtkater nur ausschließlich positive Gefühle erweckte, verdrängte er schnell die bisher am höchsten bewerteten Sehenswürdigkeiten von Stettin von den ersten Plätzen der Touristenattraktionen – wie die Philharmonie, die Hakenterrasse und das Schloss der pommerschen Herzöge. Der Straßenkater Gacek begann, die Touristen aus anderen Städten, die für unseren „König der Kaszubska-Straße“ schwärmen, nach Stettin zu locken: „Es ist eine Ehre, ein Foto mit diesem Star zu machen“, „Ich bin durch das halbe Land gefahren, um ihn zu sehen. Und es hat sich gelohnt“, „Die beste Attraktion von Szczecin!“ – das sind nur einige von vielen Kommentaren, die man im Internet über den Straßenkater Gacek lesen kann.

Auch durch solche Meinungen wurde Gacek außerhalb Polens bekannt. Den Kater aus Stettin stellten ihrer Leser- und Hörerschaft Medien aus Deutschland, Tschechien, Italien, England, Spanien, Portugal und sogar Vietnam, Japan und den USA vor, unter anderem die „New York Post“ und der „Daily Star“.

Doch jetzt noch Goldene Regeln für das Treffen mit Gacek: 1. Wecke Gacek nicht, wenn er schläft! 2. Füttere Gacek nicht. Hinterlasse bitte Futter und Leckerlis in dem benachbarten Ladenlokal. 3. Gacek ist ein Kater und deshalb kann es vorkommen, dass er nicht immer Lust auf Streicheleinheiten hat. Respektiere das! 4. Nimm Gacek nicht mit und reagiere darauf, wenn andere das tun wollen. Die Kaszubska-Straße ist sein Zuhause! 5. Löse kein Gedränge aus und warte in einer bestimmten Entfernung darauf, bis du dran bist.

Wenn alle sich daran halten wird der schwarz/weiße Schmusekater noch lange Freude bereiten und das Herz von Katzenfreunden höherschlagen lassen.

Brigitte Stramm

„Unübersichtliche (Wahl-)Verrenkungen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Nach sechs Monaten Lesens der PAZ erlaube ich mir, Ihnen meine Ansicht zu Ihrer Zeitung mitzuteilen: ‚Lesen – was woanders nicht steht‘, unabhängig – aufgeschlossen. Das ist es, warum ich jede Ausgabe mit Freude lese“

Jürgen M. Gollmick, Gunzenhausen



Ausgabe Nr. 14

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

NORD-SÜDLICHE DEUTSCHE ZU: WEST-ÖSTLICHE BEGRIFFS-VERWIRRUNGEN (NR. 13)

Vielen Dank für diesen sehr guten Kommentar. Ich möchte aber anfügen, das Ostdeutsche richtigerweise die Pommern, Schlesien und Ostpreußen waren beziehungsweise sind. Die heute irrtümlich als „Ostdeutsche“ Bezeichneten sind Mitteldeutsche. Ich reklamiere dies jedes Mal bei der falschen Auszeichnung als Ostdeutsche mit dem Bezug auf den MDR = Mitteldeutscher Rundfunk. Bayern sind natürlich Süddeutsche und keine Westdeutsche. *Lutz Beyer, Langensendelbach*

OSTEN INTERESSIERTE NICHT ZU: WEST-ÖSTLICHE BEGRIFFS-VERWIRRUNGEN (NR. 13)

Der Artikel erfasst klar und überzeugend die Problematik der politischen und historischen Entwicklung in Deutschland nach dem Zusammenbruch der DDR in den Jahren 1989 und 1990 und versucht zu erklären, warum die Westdeutschen nicht in der Lage waren, ihren neuen Mitbürgern zu erklären, warum sie als Deutsche im Hinblick auf die Zukunft so vieles zu lernen hätten, obwohl ihre neuen Mitbürger mit der Geschichte der deutschen Nation sehr wohl vertraut waren.

Dass die Westdeutschen im Laufe ihrer Geschichte nach 1945 im Hinblick auf die Geschichte der deutschen Nation große Wissenslücken und Verständnisprobleme hatten, war ihnen im Rausch der „Wanderung nach Westen“ und der politischen Durchsetzung einer neuen Geschichtserzählung der Vergangenheit vor 1933 abhandengekommen.

Die deutsche Geschichte vor 1933 hatte nur eine Zielrichtung: das Jahr 1933 selbst. Ob das mit den historischen Ereignissen und dem Verhalten und dem Denken der Menschen vereinbar war, spielte keine Rolle und war uninteressant. Es zählte einzig das neue historische Bewusstsein der neuen geläuterten Deutschen in Westdeutschland. Deshalb muss-

te auch Mitteldeutschland „Ostdeutschland“ genannt werden, weil Ostdeutschland nicht mehr interessierte.

Die Bürger in der DDR hatten aber, wie der Autor richtig herausarbeitet, die gesamte deutsche Geschichte nicht vergessen und waren trotz aller historischen Widrigkeiten – sowjetische Herrschaft in Mitteldeutschland und sozialistisch-kommunistische Ideologie – nicht bereit, ihre deutsche Geschichte und Kultur zu verraten. Dazu gehörte auch Ostdeutschland jenseits der Oder mit seiner bedeutenden Geschichte und Kultur.

Klaus Fleischmann, Kaarst

DER ZWEI-DOLLAR-JEFFERSON ZU: EIN DENKMAL FÜR DEN DRITTEN PRÄSIDENTEN (NR. 13)

Nicht nur das monumentale Jefferson Memorial würdigt den dritten US-Präsidenten, der maßgeblich die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika entwarf. Auch sein Landsitz Monticello, wo Jefferson starb und wo sein Grabmal steht, wurde zu einem Gedenkort mit Museum ausgebaut, der für viele Amerikaner eine Art Wallfahrtsstätte bildet. Dieses Landhaus zielt übrigens die Rückseite der Fünf-Cent-Münze.

Die größte Ehrung aber dürfte wohl darin bestehen, dass Jeffersons Portrait auf der Zwei-Dollar-Note prangt. Diese ist weitgehend unbekannt, weil auch kaum im Umlauf. Es gab sie seit 1862, und seit 1928 war sie auf der Vorderseite mit dem Bild Jeffersons versehen. Sie wurde bis 1966 gedruckt, dann verschwand sie weitgehend aus dem Umlauf, weil sie auch kaum benutzt wurde. Erst 1976 entschloss man sich, sie erneut herauszugeben, und dennoch findet man sie selbst heute nur selten, weshalb sie bei Sammlern begehrt ist. Das betrifft vor allem die Serie von 1963, die im Gegensatz zu allen anderen US-Dollar-Scheinen ein rotes Siegel trug. Die Neuauflage ab 1976 war dann mit dem üblichen grünen Siegel versehen.

Als ich 1967 zum ersten Mal in den USA war, hatte ich mir vorher Dollar-No-

ten bei einer hiesigen Bank besorgt. Darunter befanden sich auch zwei Zwei-Dollar-Scheine mit eben dem erwähnten roten Siegel, die schon deshalb unter den übrigen Banknoten auffielen. In Virginia zahlte ich in einem Geschäft unter anderem mit einer dieser Zwei-Dollar-Noten, woraufhin man mich völlig ungläubig anschaute und fragte, woher ich diese hätte. Man sagte mir, dass der Schein gerade für Sammler sehr wertvoll sei, weil sein Druck eingestellt wurde und er inzwischen kaum noch im Umlauf sei. Ich habe daraufhin die zweite Banknote mit dem roten Siegel behalten und aufbewahrt.

Meine Tante, die damals an der Deutschen Botschaft in Washington D.C. beschäftigt war und der ich davon erzählte, war ebenso erstaunt darüber, dass ich einen so kostbaren Schein mit mir führte, denn sie hatte, obwohl sie schon seit einigen Jahren dort lebte, noch nie eine Zwei-Dollar-Note gesehen. Heute kann man sich ein solches Exemplar im Museum Monticello ansehen, das dort ausgestellt ist. Doch selbst von den seit 1976 gedruckten Zwei-Dollar-Scheinen mit dem grünen Siegel findet man nur selten eine im Umlauf. *Wolfgang Reith, Neuss*

ÜBLER REFORM-BEIGESCHMACK ZU: NUR CHINAS IST GRÖßER (NR. 12)

Autor Florian Stumfall trifft (mal wieder) den Nagel auf den Kopf. Statt das Problem des zu großen deutschen Parlamentes an der Wurzel zu packen, schafft die Ampel nur ein Reförmchen. Dieses hat den üblen Beigeschmack, für mindestens zwei der Partner vorteilhaft zu sein und den politischen Gegnern zu schaden. Dass das gegenwärtige Wahlsystem zu unübersichtlichen Verrenkungen führt, liegt für den normalbegabten Wähler auf der Hand.

Ich stimme dem Autor zu: Die Bedeutung direkt gewählter Kandidaten, die dann das (Wahl-)Volk vertreten, hat einen großen Charme, beendet sie nämlich das uferlose Interesse der Parteien an Einfluss und Macht. Vielleicht wäre ein

erster Schritt, eben genau die Bedeutung der Erststimme zu erhöhen und die Koppelung der Mandate an den Zweitstimmenanteil der Parteien im Wahlkreis zu beenden. *Henry Bethmann, Zehna*

WER SOLL DEN REST BEZAHLEN? ZU: „DAS IST WEDER BEZAHLBAR NOCH UMSETZBAR“ (NR. 11)

Der Einbau einer Wärmepumpe setzt wegen der niedrigen Wassertemperaturen mindestens das Auswechseln alter Heizkörper zugunsten einer Fußbodenheizung voraus. Die Bauphysikerin Lamia Messari-Becker hat die Kosten dafür mit 80.000 bis 150.000 Euro beziffert.

Als Unterstützung bei geringem Einkommen („Abwrackprämie“) sind mindestens zwei Milliarden Euro vorgesehen. Bei Sanierungskosten von „nur“ 100.000 Euro und einer staatlichen Übernahme von 40 Prozent können somit etwa 50.000 Bedürftige berücksichtigt werden.

Gibt es in Deutschland wirklich nur 50.000 Bedürftige, die einen Anspruch auf diese Abwrackprämie haben und können diese den Rest bezahlen? Und führt die Förderung der Bedürftigen nicht zu einer höheren Verfügbarkeit von Geld bei diesen gegenüber jenen, die ihr Geld durch härtere Arbeit erwirtschaften müssen? *Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim*

EIN NORMALER ARBEITSTAG ZU: FREI AUF KOSTEN DER ANDEREN (NR. 10)

Ich muss die Kolumne des Autors Theo Maas korrigieren: Der Weltfrauentag in der DDR war nicht arbeitsfrei für die Frauen. Es gab vielfach morgens am Arbeitsplatz eine Blume beziehungsweise nachmittags eine Frauentagsfeier, bei der die männlichen Kollegen die Frauen mit Kaffee und Kuchen bedienten. Es war also ein normaler Arbeitstag, der mit Nachmittags- oder Abendfeier ausklang. *Karin Erdmann, Usedom*

ANZEIGE

Die Plünderung Deutschlands geht weiter!

■ 2016 erschien der Bestseller *Beuteland*, der in der Zwischenzeit den Status eines unerreichten Standardwerks erlangt hat.

2023 besaß Deutschland, größte Volkswirtschaft Europas und viertgrößte der Welt, mehr denn je einen unvergleichlich hohen Beutewert: als Hauptfinanzier der EU und ihrer monströsen Bürokratie und Umverteilung. Als Kreditgeber der letzten Instanz und Garant der nur notdürftig zusammengehaltenen Eurozone. Als verlockendes Fluchtziel für Migranten aus aller Welt. Als unentbehrliche logistische Drehscheibe für die Kriege der USA. Als Absatzmarkt für das teuerste Erdgas, das die Bundesrepublik je bezog. Als Geldquelle für die Profiteure der Energiewende und ihrer Lobby. Und nicht zuletzt als Verfügungsmasse einer links-grünen politischen Klasse, die sich den Staat zur Beute gemacht hat.

Zeit also für Bruno Bandulet, seinen Bestseller fortzuschreiben.

Er widerlegt gängige Legenden und Märchen mit Zahlen, Daten und Fakten. So zum Beispiel, dass Deutschland

ein reiches Land sei. Während das Pro-Kopf-Vermögen in Deutschland bei umgerechnet 60 600 Dollar liegt, kommen die vermeintlich armen Italiener auf 112 000 Dollar, die Schweizer sogar auf 168 000 Dollar.

Über allem liegt der Schleier einer ideologiegeladenen Propaganda, die den Erhalt von Macht und Pfründen absichert, die falsches Bewusstsein schafft und deren Methoden in diesem Buch akribisch aufgedeckt werden. Um Widerstände kleinzuhalten, werden die 12 dunklen Jahre der deutschen Geschichte instrumentalisiert. Schuldbewusstsein fungiert als Herrschaftsinstrument. So wird die vorliegende Bestandsaufnahme der deutschen Krise zu einer Absage an Propaganda und Schönfärberei und zu einem Plädoyer für eine neue Politik, die die wohlverstandenen Interessen der Nation wieder in den Mittelpunkt rückt.

Wie lange soll Deutschland noch zahlen?

Bruno Bandulet: *Rückkehr nach Beuteland* gebunden • 301 Seiten • Best.-Nr. 988 400 • 22,99 €



Bruno Bandulet: *Beuteland* gebunden • 333 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 952 400



Bruno Bandulet: *Beuteland* DVD • Laufzeit ca. 105 Minuten • Best.-Nr. 958 600

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

* Früherer gebundener Ladenpreis

BUNDESGARTENSCHAU

Himmel auf Blumenerden

An diesem Wochenende wird die BUGA in Mannheim eröffnet – mit dem Segen der evangelischen und katholischen Kirche

VON HARALD TEWS

Nach 1975 richtet Mannheim zum zweiten Mal die Bundesgartenschau aus. Auf dem Spinelli- und dem Luisenpark kann man vom 14. April bis 8. Oktober durch ein buntes Blüten- und Blumenmeer wandeln. Beide Parks, die etwa zwei Kilometer voneinander entfernt liegen und zwischen denen der Neckar fließt, lassen sich mit Pendelbussen sowie einer Kabinenseilbahn leicht erreichen.

Die Kirche spendet den Floristen und Botanikliebhabern dabei ihren Segen. Denn unter dem Motto „Hier wachsen Perspektiven“ gestalten die Kirchen auf der BUGA 23 einen 700 Quadratmeter großen „Möglichkeitsgarten“ im Spinellipark. Er lädt zu Beteiligung und Austausch ein. Sein Erkennungszeichen ist das bunte flatternde Schattendach aus 10.000 recycelten Stoffstreifen. Eine wahre Klangdusche macht Inspirationen hörbar, und ein Bachlauf sorgt für Erfrischung.

An den 178 Tagen finden rund um den acht Meter hohen Kirchturm täglich zwei Andachten sowie Veranstaltungen statt. Gottesdienste und Konzerte werden auch auf der großen Hauptbühne Spinelli gefeiert. Der ARD-Fernsehgottesdienst am Pfingstsonntag (28. Mai) wird aus dem „Möglichkeitsgarten“ gesendet.

„Wir greifen zentrale Fragen unserer Zeit auf und zeigen mit unserer Präsenz, worum es uns mit der zuversichtlichen Botschaft, die uns mitgegeben ist, ankommt: Dass wir Orte suchen und aufsuchen, an denen wir sichtbar wirken und mit den Menschen stärker in Austausch kommen können“, erläutert der evangelische Dekan Ralph Hartmann die Beweggründe seiner Kirche, an der BUGA teilzunehmen.

Den „Möglichkeitsgarten“, an dem auch die katholische Kirche mitwirkt, hat man auf dem Grundriss einer Kathedrale entwickelt, wobei der Kirchturm mit seinem Altarraum und dem großen Holzkreuz ein Blickfang ist. Kreuzgang und Kirchenschiff bieten weitere Erlebnis-



Unterm Flatterdach: Eine Glocke aus dem Jahr 1755 soll Andachten unter recycelten Stoffstreifen einläuten

Foto: kibuga/schu

und Verweilräume. Immer im Blick ist dabei die Glocke aus dem Jahr 1755, die auf einem Sandsteinquader angebracht ist. Sie erklingt täglich für den Frieden – ist sie doch im Zweiten Weltkrieg dem Einschmelzen für die Rüstungsindustrie entkommen, sodass sie nun auf der militärischen Konversionsfläche vom Frieden kündigt. Direkt dahinter verläuft der Bachlauf, an dem am 24. Juni und am 12. August ein Tauf-Festival mit Taufen und Taufferinnerung stattfinden wird.

Umgeben von gestalteter Natur und inmitten des Grünzugs Nord gelegen, war es für die Verantwortlichen selbstverständlich, nachhaltig zu planen und zu entwickeln. „Das gehört zu unserer christlichen DNA“, betont unisono das ökumenische „Trio“ von evangelischer und katholischer Kirche sowie der BUGA 23.

Im Kreuzgang können es sich Besucher auf umgestalteten Kirchenbänken aus der Mannheimer Emmauskirche gemütlich machen und der Klangdusche „Mensch.Stadt.Natur“ lauschen. Wie die Glocke sind auch die Liedbücher und weitere Gegenstände von der Kaffeetasse bis zum E-Piano geliehen. Bei Neuanschaffungen wurde eine Nachnutzung mitgedacht: Die starken langen Robinienhölzer und großen Findlinge am Bachlauf werden beispielsweise nach der BUGA bei der Gestaltung eines Spielplatzes im Mannheimer Stadtteil Rheinau eingesetzt.

Tauf- und Segensfestivals

Und wenn es für die Kirche etwas zu transportieren gibt, kommt „Hilde“ in Gang: Das Lastenfahrrad tourt in Kooperation mit LaMa – dem gemeinnützigen

Verein „Dein Lastenvelo Mannheim“ – durch die Quadratestadt, wie Mannheim wegen seiner geometrisch gegliederten Innenstadt genannt wird.

Entsprechend klar gliedern sich auch die 25 kirchlichen Themenwochen auf der Bundesgartenschau. Gefüllt werden sie mit insgesamt 500 Aktionen und Veranstaltungen, an denen 50 Gemeinden, Initiativen und Institutionen mitwirken. Wichtige Lebensthemen und -fragen finden dabei eine Bühne im „Möglichkeitsgarten“ und auch auf der BUGA-23-Hauptbühne Spinelli. Den Anfang macht dabei die Themenwoche „Himmel auf Erden. Hoffnungen, Visionen und Geschichten für eine gute Welt“.

Um sich möglichst weltoffen zu geben, will man gesellschaftliche Modethemen in den Vordergrund stellen. Klima-

krise und Krisenklima, „queere“ Kirche, Arbeitswelt, Pflege, Friede, Männer-, Frauen- und Kinderwelten, Armut, Migration, Einsamkeit, Interkulturelles, Bestattungskultur und Schöpfung sollen für eine angepasste Geisteshaltung stehen. Der Tag der Freundschaft am 30. Juli wird ebenso gefeiert wie am 10. September der 925. Geburtstag der Hildegard von Bingen. Das offen gestaltete Areal lädt an allen Tagen zu Begegnungen und Austausch, zu Impulsen und Gesprächen ein.

Auf der Bundesgartenschau findet täglich um 12 Uhr im kirchlichen Garten eine Mittagsandacht statt und zum Ausklang um 17 Uhr das tägliche „Singen & Segen“. Die sonntäglichen Gottesdienste beginnen unter dem berankten Kirchturm um 12 Uhr. Auch mit besonderen Festivals wird die Zuversicht der frohen Botschaft gefeiert: Außer den beiden Tauf-Festivals gibt es drei Segensfestivals mit dem Titel: „Die Liebe – ein Segen“. Am 1. Juli in der Themenwoche „Queere Kirche. Sexuelle Orientierung, Genderidentität und bunte Kirche“, am 29. Juli in der Themenwoche „Beziehungsweise. Einsamkeit und Leben in Beziehungen, Beziehungsweisen und Beziehungsweisenheiten“ und am 23. September mit Kindersegnung in der Themenwoche „Wie die Kinder! Woche für Kinder und das innere Kind“.

Musik gehört zum kirchlichen Leben und damit auch auf der BUGA dazu. Das zeigt sich beispielsweise mit dem Schlagergottesdienst am 8. Juli, bei dem der Chor „Rosa Kehlchen“ auftritt. Auf der Hauptbühne Spinelli gibt es zahlreiche musikalische Höhepunkte wie am 30. April das Kindermusical „Himmel und Erde“, am 6. Mai die Aufführung des Oratoriums „Die Schöpfung“ von Joseph Haydn und am 25. Juni das Oratorium „Gottes Schöpfung – unsere Erde“.

Unüberhörbar findet am 1. und 2. Juli der 30. Badische Landesposaunentag statt, den viele hundert Instrumentalisten aus mehreren Bundesländern mit Konzerten, bei einem Festgottesdienst und am 1. Juli mit einer Brass-Night zum Klingen bringen werden.

PREUSSISCHE SCHLÖSSER UND GÄRTEN

Friedrich der Große lädt ein

Saisoneröffnung im Park Sanssouci und weiteren Residenzen der Preußenkönige

Einige Häuser und Parks, die in der Wintersaison regulär geschlossen waren, hat die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) zum Saisonstart im April wieder geöffnet. So kann in den Neuen Kammern von Sanssouci wieder exquisite Raumkunst des späten friderizianischen Rokokos bewundert oder in der Schlossküche Sanssouci ein authentischer Ort der Hofhaltung des 19. Jahrhunderts besichtigt werden.

Die Neuen Kammern von Sanssouci liegen mitten im Park Sanssouci und wurden unter Friedrich dem Großen erbaut. Große Festsäle und reich ausgestattete Wohn- und Schlafräume waren für die Gäste des Königs gedacht. Kostbare Steine und vergoldete Ornamente schmücken Böden, Wände und Decken und zeugen vom Geschmack, dem Reichtum und der Macht des Königs.

Ab Mai öffnet dann auch das klassizistische Kleinod Schloss Charlottenhof wieder seine Türen. Ebenso lädt dann die exquisite Gemäldesammlung in der Bildergalerie von Sanssouci zu einem Besuch ein. Ein Höhepunkt ist die Sondereröffnung

des Damenflügels von Schloss Sanssouci am 7. Mai und 4. Juni. Der Damenflügel war zuletzt vor acht Jahren für das Publikum geöffnet.

Seit Anfang April hat Schloss Glienicke bereits seine Pforten geöffnet. Prinz Carl (1801–1883) liebte Italien. Was er dort sah und die Erinnerungsstücke, die er von seinen Reisen mitbrachte, inspi-

rierten ihn, gemeinsam mit dem Architekten Karl Friedrich Schinkel und dem Gartenarchitekten Peter Joseph Lenné, das Schloss, den Pleasureground und den Park Glienicke zu einem einzigartigen Kleinod zu gestalten.

Mit der App „Park Sanssouci“, die kostenfrei im Apple-App-Store oder Google-Play-Store abrufbar ist, können die Gäste

den UNESCO-Welterbepark in Potsdam digital erkunden – von zu Hause aus oder direkt während des Besuchs vor Ort. Man kann sich dabei den Rundgang selbst zusammenstellen oder einem der Vorschläge folgen. Mehr als 100 Stationen werden beschrieben, dazu sind Geschichten und Erklärungen, historische Bilder und Videos abrufbar. Spaziergänger bekommen dabei Wissenswertes über die Skulpturen, Bauten, Wasserspiele oder Sichtbeziehungen vermittelt. Als besonderes Angebot enthält die App zudem einen Pflanzen-Scanner. Mit einem Kameraklick können Interessierte alle Blumen und Bäume des Welterbe Parks identifizieren.

Für den Besuch der Schlösser Sanssouci, Charlotten- und Cecilienhof sowie der Neuen Kammern von Sanssouci stellt die SPSPG zudem weitere Apps bereit, die man sich ebenfalls kostenfrei herunterladen kann. Die Schlösser- und Gärtenverwaltung empfiehlt den Download vor dem Schlossbesuch, um vor Ort längere Wartezeiten zu vermeiden. *SPSPG/tws*



Nur die Besucher fehlen noch: Die Terrassen von Schloss Sanssouci

AUSSTELLUNG

Fontane in Schloss Sacrow

Wenn die ersten Knospen sprießen, erwacht auch das kulturelle Leben im Sacrower Schloss von Potsdam wieder. Der ehrenamtlich geführte Verein Ars Sacrow e.V. engagiert sich seit vielen Jahren für ein lebendiges Miteinander im pittoresken Sacrow. Direkt an der Havel gelegen, laden der Lennésche Garten, die Heilandskirche und das Schloss selbst ein, sich mit der abwechslungsreichen Geschichte des Ortes zu beschäftigen.

Der Park war einst ein preussisches Arkadien, zu DDR-Zeiten als Grenzgebiet eingeebnet und zerstört und nach der Wende von den Gärtnern der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg wieder zu alter Schönheit erweckt.

Am 15. und 16. April dreht sich dort mit Lesungen, Vorträgen und einer Kabinettausstellung alles rund um Theodor Fontane. Mit „Der Märker und Europäer Theodor Fontane“ stellt der Künstler Hans-Jürgen Gaudeck eigene Aquarelle vor. Eintritt: 15 Euro, Karten: www.ars-sacrow.de *tws*

● FÜR SIE GELESEN

Unsägliches
Leid für Kinder

In dem Buch „Einsam! Kindheit unter Alkoholfahne“ wird ein Problem behandelt, das gern als gesellschaftliches Tabuthema unter den Teppich gekehrt wird, obwohl es wehrlose Kinder betrifft – der Alkoholismus in Familien.

Die Journalistin Ute Becker hat Betroffene befragt, deren Leidensweg meist in der frühen Kindheit begann. Es sind Erzählungen von Vernachlässigung, Beschimpfungen und Herabwürdigung, worauf die Kinder mit Angst, Hilflosigkeit, Wut, Scham und Enttäuschung reagierten. Das Erlebte führte zu Scham und Minderwertigkeitskomplexen, welche die Betroffenen bis ins Erwachsenenalter begleiten.

Es sind Geschichten von unsäglichem Leid. Ein Kind, das in solch einer Familie mit Alkoholabhängigen aufwächst, entwickelt Bewältigungsstrategien, die oft ein Leben lang nicht abgelegt werden können, und die es den Betroffenen erschweren, enge Bindungen zuzulassen.

In allen beschriebenen Fällen haben erst intensive Therapien den vernachlässigten Kindern geholfen, ein einigermaßen normales Leben zu führen. Der Neurobiologe Gerald Hüther sowie die Psychiater Jürgen Vieten und Said Hooboty Fard kommentieren die medizinische Seite des Problems. MRK



Ute Becker: „Einsam! Kindheit unter Alkoholfahne“, Ruhland Verlag, Frankfurt 2022, broschiert, 236 Seiten, 24 Euro

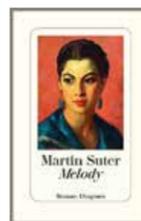
Auf den Spuren
einer Liebe

In Martin Suters neuem Roman „Melody“ erfährt der alternde Schweizer Nationalrat, einst hohe Militär und erfolgreiche Geschäftsmann Dr. Peter Stotz, dass er nicht mehr lange zu leben hat. Er engagiert den jungen Anwalt Tom Elmer, der alle Dokumente seiner Vergangenheit sichten und aussortieren soll, damit die Nachwelt ein korrektes Bild von ihm erhält.

Bei gemütlichem Essen erfährt Elmer die Geschichte von Dr. Stotz' Verlobten Melody, die vor 40 Jahren kurz vor der geplanten Hochzeit plötzlich verschwunden war. Stotz trauert noch immer um seine verlorene Liebe. Überall im Haus finden sich Bilder von Melody. Elmer entdeckt immer mehr Hinweise auf den Verbleib der Frau. Ihm kommt der Gedanke, dass nicht alles, was Stotz erzählt, der Wahrheit entsprechen kann. Mit Laura, der Großnichte von Stotz, macht er sich nach dem Tod des Doktors weltweit auf die Suche nach Melody.

Martin Suter erzählt in seiner bekannten präzisen Erzählart eine unterhaltsame Geschichte, die nebenbei auch mit kulinarischen Rezepten gespickt ist.

Angela Selke



Martin Suter: „Melody“, Diogenes Verlag, Zürich 2023, gebunden, 331 Seiten, 26 Euro

BILDERBUCH DER WOCHE



FOTO: IMAGOWESTEND61

Wunder der
Tierwelt

„Wer ist hier in die Farbe getappt?“, fragt das Bilderbuch aus der Reihe „Wunder-Welt-Natur“, und beantwortet sie mit 14 Porträts von Tieren, die den Betrachter staunen lassen

Schön bunt geht es in der Tierwelt zu. So hat der Blaufußstöpel tatsächlich blaue Füße. Mit diesen tänzelt er um seine Angebetete herum, um sie zu bezirzen.

Das Bilderbuch „Wer ist hier in die Farbe getappt?“ befasst sich mit der Tierwelt der Erde. Nicht nur, dass die erwähnten Vögel, die vornehmlich auf den Galapa-

gos-Inseln beheimatet sind, blaufüßig sind, es gibt sie auch in der Rotfuß-Variante. Im Buch sind 14 Tierarten aufgelistet, in deren Leben Farbe eine besondere Rolle spielt, so zum Beispiel der Schneehase, der Feuersalamander, das Zebra und viele mehr. Neben ansprechenden Fotos gibt es für das jeweilige Tier auch einen

Steckbrief mit wissenswerten Fakten und ein kleines Quiz zur Tierart mit Auflösung. *Silvia Friedrich*

Wunder-Welt-Natur: „Wer ist hier in die Farbe getappt?“, klein & groß Verlag, Nürnberg 2023, Hardcover, 40 Seiten, 16 Euro

PHILOSOPHIE

Wenig plausible
Gegenüberstellung

Peter Neumann stellt in seinem Buch „Feuerland“ Utopien von Persönlichkeiten der Kunst und Literatur aus den vergangenen 200 Jahren vor

VON DIRK KLOSE

Utopien haben die Menschen immer fasziniert, da sie meist eine bessere Welt versprechen, was eine Verheißung aus dem jetzigen Jammertal wäre. Vielleicht hat Peter Neumann, Philosoph und Publizist, beim Untertitel seines Buchs „Feuerland. Eine Reise ins lange Jahrhundert der Utopien 1883–2020“ auch ein wenig darauf spekuliert. Der hier genannte Zeitraum war in der Tat bis 1945 die Zeit grundlegend-revolutionärer politischer als auch künstlerischer und ästhetischer Entwürfe von großer Zug- und Sprengkraft.

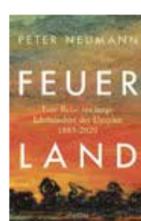
Der Autor geht es aber anders an. Er stellt jeweils ein Paar aus Kunst oder Dichtung gegenüber, in dem sich Hoffnungen und Erwartungen ihrer Zeit ausdrücken. Beispielsweise Käthe Kollwitz und Gerhart Hauptmann im gleichermaßen saturierten wie unsicheren Kaiserreich; Gräfin Reventlow und Thomas Mann als Gegensätze in der Bohème-Welt von Schwabing; in den 1920er Jahren dann James Joyce und Marcel Proust mit ihren bahnbrechenden Romanen; 1938 das Treffen von Sigmund Freud und Salvador Dalí als Konfrontation von Psychoanalyse und Surrealismus; in der Nachkriegszeit Gottfried Benn und Theodor W. Adorno vor dem neuen Medium Radio; schließlich die über das vereinte Deutschland nachdenkenden Christa Wolf (Ost) und Jürgen Habermas (West).

Der utopische Kern dieser faktenreich gezogenen Parallelen wird oft nur wenig ersichtlich. Am ehesten noch im Gegen-

über von Ernst Bloch und Max Weber, die beide mit Macht das ab 1914 im Kriegstau-mel versinkende Deutschland zu einer liberalen (Weber) beziehungsweise sozialistischen (Bloch) Republik umgestalten wollten. Dieses informative Kapitel hätte Vorbild für andere, vielleicht plausiblere Gegenüberstellungen sein können.

Gar nicht ersichtlich wird, was eine Griechenlandreise des missmutigen Martin Heidegger von 1962 mit dem Fiasko einer angeblichen Griechenlandtour Friedrich Hölderlins zu tun hat, und was das gänzlich „unutopische“ Kapitel über die Sanierung des Goethe-Sargs in der Weimarer Fürstengruft oder das letzte über den mutigen Stéphane Hessel („Widerstand“) und den 1940 im Selbstmord endenden Walter Benjamin im Kontext des Buches bedeuten.

Neumanns Buch würde man etwas geneigter folgen, wäre der große Anspruch „Utopie“ etwas niedriger gehängt. Die oft geistreichen Kapitel entschädigen dann etwas, vielleicht noch mehr, hätte der Autor auf eine mitunter allzu saloppe Sprache (Wilhelm II. als „Fatzke“) verzichtet.



Peter Neumann: „Feuerland. Eine Reise ins lange Jahrhundert der Utopien 1883–2020“, Siedler Verlag, München 2022, gebunden, 304 Seiten, 24 Euro

GESCHICHTE

Ein türkischer
Sklave in Bayern

Markus Krischer hat die Geschichte eines osmanischen Kriegers erforscht, der 1683 als „Kriegsbeute“ nach München verschleppt wurde

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Nach der Niederlage der Türken vor Wien gegen die deutschpolnischen Heere im Sommer 1683 waren drei Janitscharen des besiegten osmanischen Heeres als menschliche „Beute“ nach München in die Residenzstadt des bayerischen Kurfürsten verschleppt worden. Es waren die ersten osmanischen Krieger, die dieses Schicksal nach den Siegen des Kurfürsten, an der Seite des Kaisers gegen die Türken ereilte.

Zwei von ihnen, beide mit Namen Achmet, wurden in das Zuchthaus auf dem heutigen Viktualienmarkt gesperrt. Nachdem sie sich zum Katholizismus bekehrt hatten, fand ihre Taufe im August 1684 krankheitsbedingt im Zuchthaus statt. Anschließend konnten sie als freie Bürger der Stadt München ein neues Leben beginnen.

Einem von ihnen, der nach seiner Taufe Anton Achmet hieß und aus Babadag in der Region Dobrudscha stammte, widmete der Autor und Journalist Markus Krischer ein Buch mit dem Titel „Der Mann aus Babadag. Wie ein türkischer Janitschar 1683 nach München verschleppt und dort fürstlicher Sänfenträger wurde“. Der Kurfürst selbst hatte die Patenschaft für den konvertierten Moslem übernommen, war aber bei der Zeremonie nicht zugegen.

Mit Akribie hat der Autor das Umfeld seines Protagonisten erforscht, um von dieser Außensicht die Perspektive dieses Mannes auszuloten, den es über Belgrad und Wien nach München verschlug und

über den nur wenig mehr in Erfahrung zu bringen war als im Titel erwähnt. So erkundete der Autor das Schicksal einzelner der 300 osmanischen Krieger, die 1686 nach der Vernichtung von Buda, von den Deutschen „Ofen“ genannt, nach München verschleppt wurden und dort in einer Fabrik oder als Bauarbeiter Zwangsarbeit leisten mussten. Manche von ihnen starben an Mangelernährung und Krankheiten, einige rissen aus und nur wenige hatten das Glück, durch einen Gefangenenaustausch in ihre Heimat zurückzukehren.

Offen bleibt, warum die Zahl der Konversionen zum Christentum erst im Laufe der Jahre zunahm. Wollte der Fürst nicht auf diese nützlichen Sklaven verzichten? Einfühlsam lässt der Autor seinen Protagonisten, dessen weniger glückhafte Leidensgenossen und viele, die mit ihnen in Kontakt standen, schemenhaft aus dem Nebel der Geschichte auftauchen. So entstand ein ungewöhnliches und spannendes Kaleidoskop aus Geschichte, Historiographie und Imagination.

Markus Krischer: „Der Mann aus Babadag. Wie ein türkischer Janitschar 1683 nach München verschleppt und dort fürstlicher Sänfenträger wurde“, Konrad Theiss Verlag, Stuttgart 2014, gebunden, 214 Seiten, 19,95 Euro



ZUM GEDÄCHTNIS

„Mutter der ostpreußischen Familie“

Vor fünf Jahren verstarb die beliebte Königsberger Autorin Ruth Geede im Alter von 102 Jahren in Hamburg

VON JÖRN PEKRUL

Vor fünf Jahren, am 17. April 2018, verstarb die Königsberger Schriftstellerin und Journalistin Ruth Geede im Alter von 102 Jahren. Vielen Ostpreußen wurde sie mit ihren plattdeutschen Erzählungen, Büchern und ihrer wöchentlichen Kolumne im *Ostpreußenblatt* bekannt.

Ruth Geede wurde am 13. Februar 1916 in Königsberg/Pr. geboren. Aufgewachsen in einem liebevollen Elternhaus in der Nähe des Königstores, nahm sie mit Büchern und den ersten Schallplatten schon früh erste kulturelle Einflüsse auf. Ihre Erzählung der „Veilchen vom Litauer Wall“ gibt diese Kindheitsjahre in einer heiter-berührenden Stimmung wieder.

Doch auch die Stürme am Ende des Ersten Weltkriegs wurden prägend. Noch fast 100 Jahre später erinnerte sich Ruth Geede an öffentliche Tumulte vor dem Fenster ihres Kinderzimmers, die als Matrosenunruhen des Jahres 1918 in die Geschichten eingingen. Das Kind am oberen Fenster traf unvermittelt den Blick einer jungen Frau auf der Straße. Sie trug ein rotes Tuch um den Hals und schaute zu ihm hinauf. Die Hand war zur Faust geballt und das Gesicht mit großen, hellen Augen durch den Hass zur Fratze entstellt: Wahrscheinlich war es dieser Kontrast, der ein Leben lang haften blieb. Was das Kind nicht wissen konnte, war, dass auf dem Dach des Mietshauses ein Maschinengewehr postiert war. Die Mutter stürmte herein und zog das Kind vom Fenster weg. Auf allen Seiten eine Begebenheit von machtlosen Menschen unter Druck; ein Augenblick, der die Tragödie einer ganzen Epoche beschreibt.

Pflege der ostpreußischen Mundart

Nach einer Schulausbildung auf dem Bismarck-Lyzeum im Tragheim arbeitete Ruth Geede beim Reichssender Königsberg. Ihre Sendung „Kunterbunte Kinderstunde“ erreichte die Hörer in Stadt und Land. Sie schrieb eigene Beiträge und wuchs in die literarische Welt von Königsberg hinein. Eines ihrer Hauptanliegen war die Pflege der ostpreußischen Mundart, was ihr die Stadt Königsberg mit einer öffentlichen Auszeichnung dankte. Eine Begegnung mit Agnes Miegel ermunterte sie zur Autorinnenschaft. Heute zeigt ein

Rückblick, dass sich in den literarischen Werken beider Frauen, so unterschiedlich sie in Stil und Sujet sind, der jeweils wissende, unsentimentale und dennoch einfühlsame Blick auf die Seelenlandschaft des ostpreußischen Menschen widerspiegelt. Eine Kultur, unvergänglich erhalten wie in einer Bernsteininkluse.

Kinderbuchreihe „Das Karussell“

Nach dem Krieg baute Ruth Geede in der Lüneburger Heide ihre Existenz aus eigener Kraft wieder auf. Sie begann ein Volontariat bei einer lokalen Zeitung und eröffnete eine Kinderbuchreihe mit dem Titel „Das Karussell“. 1955 heiratete sie den Reise- und Wirtschaftsjournalisten Günter Vollmer-Rupprecht. 1979, im Alter von 63 Jahren, entwickelte sie die Kolumne „Die ostpreußische Familie“ im *Ostpreußenblatt*. Auslöser war die bittere Erkenntnis, dass viele Heimatvertriebene ihre Angehörigen inzwischen verloren hatten oder einsamer wurden. „Du sollst nicht mehr allein sein“ war das Motto, das in der Fremde eine Heimat schuf. Neben Suchwünschen wurden heimatliche Themen behandelt, die in unaufgeregter Sprache eine Verbindung von Mensch zu Mensch herstellten: souverän, heimatverbunden, und dennoch modern und vorwärtsblickend. Und immer mit der inneren Stärke der ostpreußischen Identität. Sie schrieb über diese Zeit:

„Wir haben im Fluchtgepäck etwas mitgenommen, das uns niemand nehmen konnte, eine Art eingebautes Sicherheitsnetz, mit dem man aufzufangen versucht, was unvermeidlich erscheint. Der Ostpreuße steht mit beiden Beinen auf der Erde, und er passt auf, dass er fest steht. Unser großer Lehrmeister ist die Natur, die in unserer Heimat die Dominante bildet und der wir uns fügen mussten. Wir haben es unbewusst noch im Gespür, eine Sicherung nach allen Seiten wie das Wild in den Wäldern daheim, wenn es abends aus der Deckung tritt. Wohl ein Erbe derjenigen, die vor uns waren, die das Moor ausschnekten und die Wälder rodeten, die säten und ernteten und der Not der bösen Jahre trotzten. Die große Wildnis einer gar nicht so fernen Zeit war voller Gefahren und voller Wunder. Beide zu erkennen – das ist vielleicht das Geheimnis, das uns half, vieles zu überwinden, zu bestehen, zu verkraften.“



Blicke auf ein Leben in bewegter Zeit zurück: Ruth Geede an ihrem 100. Geburtstag

Ruth Geede wurde 1985 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande und 2000 mit dem Preußenschild geehrt. Doch die höchste Zuneigung erfuhr sie von der Leserschaft selbst: als „Mutter der ostpreußischen Familie“ gab und erhielt sie Wertschätzung, Anteilnahme und neue Kraft. Ein beiderseitiges Geben und Nehmen, das uns an das Wesen des ostpreußischen Menschen erinnert: ein In-sich-ruhen mit einem Wissen um die wahre Rangordnung der Werte, Hilfsbereitschaft, Gastfreundschaft und Genügsamkeit.

„Ostpreußische Familie“

Es waren die ostdeutschen Kulturschaffenden von Kopernikus bis Kant, die irdische Autoritäten einer strengen Prüfung am Maßstab der Wahrheit unterzogen und dabei den Menschen den Mut beibrachten, sich ihres eigenen Verstandes, aber auch ihrer eigenen Verantwortung zu bedienen. In dieser geistigen Freiheit ging nie die Demut vor dem allgegenwärtigen Schöpfer verloren.

Ruth Geede bewies, dass der Mensch in seiner Art und in seinem Wert gleich behandelt werden kann, ohne ihm seine Vielfalt, seine Besonderheiten und seine Würde zu nehmen. Ein unverkennbar ostpreußischer Ansatz, der im Grunde auch als Richtschnur für die globalisierte Moderne tauglich ist. 2015 erhielt sie die Königsberger Bürgermedaille. Das Motto dieser Auszeichnung, ein Wort von Kant, traf uneingeschränkt auf sie zu: „Pflicht erhabener Name der uns Gesetz wurde vor dem wir uns neigen und dem wir dienen“.

Ruth Geede lebte diesen Imperativ, und sogar noch mehr durch die Fähigkeit der Erlebnisgeneration, die von persönlicher Schuld oder Unschuld unabhängig erlittenen Traumata der Vertreibung und des totalen Verlustes nur im Stillen zu

verarbeiten. Darüber hinaus haben sie unmittelbar danach am Wiederaufbau ihnen fremder Teile unseres Landes mitgewirkt, oft auch in offener Ablehnung. Eine Willkommenskultur gab es damals nicht, und jeder war mit seinen eigenen Sorgen beschäftigt. Doch es gab vielfach auch echte Hilfsbereitschaft, und Menschen fanden zueinander. In bitterster Armut zwar, aber trotzdem konstruktiv, friedlich, und empathiefähig.

Die Deutschen waren verbunden durch den Willen, das gemeinsame Land

sind. Diese Kultur ist ein Teil unseres Selbst, und wert, den Nachgeborenen zur Prüfung und gegebenenfalls zur Aufnahme in die eigene Persönlichkeitsentwicklung vorgelegt zu werden. Sie hat die Kraft, auch die Heutigen geistig zu ernähren. Gerade darum lohnt es sich, das Erbe aufzugreifen und weiterzutragen. Ruth Geede hat durch ihre Bücher (von denen 2017 „Der Wiesenblumenstrauß“, „Rote Korallen“ und „Die Weihnachtsfamilie“ vom Rautenberg-Verlag in geschmackvoller Ausstattung und im Hardcover neu aufgelegt wurden) einen guten Einstieg hinterlassen.

In ihrem letzten Lebensjahrzehnt hatten wir eine lebhaftige Zusammenarbeit entwickelt. „Königsberger Wanderungen“ waren ein reicher Quell in unseren Gesprächen, und manches davon fand seinen Weg in die Kolumne. Auch die Menschen, die heute in der Heimat leben und mit ihren Familienbiographien, mit ihren Alltagsorgen und in ihren Leben zurecht kommen müssen, haben sich auf ihre Weise den Überlieferungen angenähert. Ruth Geede erreichte über die Internet-Seite des *Ostpreußenblattes* auch interessierte Leser zwischen Tilsit und Preußisch-Eylau, zwischen Eydtkuhnen und Pillau.

Als sie starb, war ich gerade wieder am Pregel, um neue Fotos für ihre Kolumne zu machen. Bei Erhalt der Nachricht sagte mein russischer Freund, ein pensionierter Soldat und stets hilfsbereiter Begleiter beim Besuch früherer Elternhäuser: „Die Ostpreußen haben einen großen Verlust erlitten- und wir auch“. Es war keine Berechnung in der Art, wie dies ausgedrückt wurde. Nur freigewordene Achtung, Liebe, menschliche Anteilnahme auf der allerpersönlichsten Ebene vom Ich zum Du, weit entfernt in der Heimat.

Am 3. Mai 2018 wurde der Trauergottesdienst in der Hamburg-Niendorfer Marktkirche abgehalten. Neben ihren Familienangehörigen begleiteten sie Kollegen und Freunde auf ihrem letzten Weg. Herr Pastor i.R. Hermann Trunz sprach über dieses an Höhen und Tiefen reiche Leben, und der Psalm 23 „Der Herr ist mein Hirte“ sowie Worte aus dem Johannesevangelium gaben das geistliche Geleit. Herbert Tennigkeit, dessen Tod wir am 10. Oktober 2022 betraueren, trug in einem ergreifenden Vortrag das Gedicht „Der Wiesenblumenstrauß“ von Ruth Geede vor – eine Parabel auf die Vielfalt und die Schönheit menschlichen Lebens.

Hoffnung auf ein helles Morgen

Als der Trauergottesdienst zu Ende ging, wurde auf der Orgel das Ostpreußenlied gespielt. Nicht als festliche Fanfare, sondern als schlichter Choral, der Dankbarkeit und Einfachheit verströmte. Draußen war ein sonniger Frühlingstag. Als die Kirchentüre geöffnet wurde, traf der Gesang der Vögel auf das Ostpreußenlied und schuf eine Klangkulisse, die sich ergänzte und betroffen machte: Trost und Hoffnung zugleich schienen in dieser unerwarteten Begegnung verkündet zu werden. Ein ostpreußisches Jahrhundertleben hatte seinen irdischen Kreis geschlossen.

Ein Jahr später war ich erneut in Königsberg. Es war ein früher Morgen, an dem die Sonne gerade aufging. Im Blick nach Osten hob sich die Silhouette des Königsberger Domes zum Licht. Der Eindruck war beides: der Einfluss der Vergangenheit, und die Hoffnung auf ein helles Morgen. Nur dies zusammen ergibt ein gelungenes Heute, das immer wieder neu in Wahrheit und in Vernunft geschaffen und oft auch errungen werden muss. Die Überlieferungen bleiben auf Erden, und in diesem Sinne wird auch Ruth Geede in uns und mit uns weiterleben.



Wieder vereint: Die Grabstätte des Ehepaars Vollmer-Rupprecht

Foto: Pekrul

● AUFGESCHNAPPT

Viele wollen dabei sein. Nun auch der Hersteller der Likörsorte „Berliner Luft“ aus der deutschen Hauptstadt. Er hat das Getränk mit neuem Namen versehen, es heißt fortan „Berliner:innen Luft“. Auf dem Etikett ist das Rote Rathaus in Regenbogenfarben zu sehen mit der Parole „Toleranz und Vielfalt“. Ein Sprecher des Herstellers begründet die Aktion: „Eine Marke, die nicht polarisiert, hat keine Botschaft.“ Wozu Pfefferminzlikör eine politische Botschaft benötigt, sei dahingestellt. Bemerkenswert ist, dass die „Polarisierung“ exakt dem von oben vorgegebenen Zeitgeist hinterherhechelt. Statt die Mächtigen herauszufordern, stimmt man ein in das, was die tonangebende Schicht des Landes gerade auf Biegen und Brechen durchzudrücken versucht – gegen beträchtlichen Widerstand einer Mehrheit aus allen Schichten. „Polarisierer“ solchen Kalibers waren zu allen Zeiten die beflissenen Diener der Macht, die nicht selten versuchten, die Herrscher in deren Eifer zur Gleichschaltung des Volkes noch zu übertrumpfen. H.H.



Entlastungsminister

● STIMMEN ZUR ZEIT

Jörg Dittrich, Präsident der Dresdner Handwerkskammer, liest gegenüber dem MDR (3. April) der Ampelregierung wegen deren Wärmepumpen-Politik die Leviten:

„Am Ende muss sich das Ganze auch rechnen ... Wenn Strom teurer als Gas ist, rechnet sich eine Investition von mehreren hunderttausend Euro vielleicht nach 150 Jahren. Es muss leistbar sein für die Menschen, sonst werden wir die Unterstützung der Gesellschaft bei der Energiewende verlieren. Mieter, die sich Mieten nicht leisten können, und Hauseigentümer, die Immobilien verkaufen müssen, haben wenig Verständnis für diese Politik.“

Theo-Paul Löwengrub kritisiert das neue „Meldeportal“ von Greenpeace gegen Mehrwegmuffel in der Gastronomie im Portal „Ansa.org“ (5. April):

„Noch ekelhafter an dieser abstoßenden Aktion ist aber die propagandistische Verbrämung jener, die sich als Volksvertehrer betätigen: Sie werden mit denselben falschen Lorbeeren bedacht, mit denen Unrechtsregimes aller Zeiten ihre Spitzel und Denunzianten belobigten und etwaigen Gewissensbissen jener vorzubeugen suchten, die sie für ihr amoralisches Treiben brauchen: Man erklärt die Petzer einfach zu ‚Helden‘.“

TV-Veteran Peter Hahne macht auf „Tichys Einblick“ (4. April) seiner Enttäuschung über die Berliner CDU Luft, die künftig mit der SPD die neue Landesregierung stellt:

„Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen kommt einer Kapitulationsurkunde der Union gleich. Nun ist klar, wo sich die Merz-CDU positioniert: Sie übernimmt einfach die Rolle der Grünen aus der alten, eigentlich abgewählten Koalition.“

Max Haerder nimmt die teure und ziellose Sozialpolitik der Ampelregierung zum Anlass, in der „Wirtschaftswoche“ (4. April) mit der rot-grün-gelben Koalition insgesamt abzurechnen:

„Der Anspruch einer besseren, effizienteren, zielgenaueren Sozialpolitik, die ihre Qualität nicht einfach nur an der Größe des Füllhorns bemisst, geht gerade unter. Der Streit um die Kindergrundsicherung steht deshalb für alles, was die Regierung nicht zustande bekommt: ordentliche Politik auf der Höhe der Probleme, die sie doch vorgibt, lösen zu wollen.“

● WORT DER WOCHE

„Kernkraft würde Erneuerbare Energien und staatlichen Energie-Dirigismus überflüssig machen ... Kernkraft löst die Probleme, welche die Aktivisten für ihre Selbsterhaltung benötigen.“

Axel Bojanowski in der „Welt“ vom 10. April über die wahren Beweggründe der Anti-Atom-Bewegung

DER WOCHENRÜCKBLICK

Auf dem Kopf

Warum es dem rheinischen Bettler besser geht als Franziska Giffey, und wie „Cäsarenwahn“ entsteht

VON HANS HECKEL

Wer steht in unserer Gesellschaft eigentlich „unten“ und wer hat die Freude, „oben“ zu sein? Glauben Sie ja nicht, dass das noch so einfach ist, wie es einmal war. Damals, ich weiß gar nicht mehr genau, wie lange das her ist, war die Sache ganz simpel: Wer Geld oder Macht oder beides hatte, der war „oben“, und wem beides nicht beschieden war, der hatte eben Pech und stand „unten“ in der Hierarchie.

Aber heute? Keine Ahnung! Das letzte bisschen Gewissheit ging mir über die Ostertage flöten, als ich lesen musste, dass sich Franziska Giffey mehr als Frau denn als „Ostdeutsche“ diskriminiert fühle. Frau Giffey steht also „unten“ in der bundesdeutschen Hierarchie, denn nur die Dortigen werden schließlich „diskriminiert“.

Kurz zur Vita der Sozialdemokratin: Sie war Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Neukölln, dann stieg sie zur Bundesfamilienministerin unter einer Kanzlerin auf, die sie sich wie Giffey ebenfalls überlegen musste, ob sie sich eher als Frau oder als „Ostdeutsche“ diskriminiert fühlen sollte. Danach wechselte die 1978 in Frankfurt an der Oder Geborene zum Posten des Regierenden Bürgermeisters von Berlin.

Glückliches Deutschland! Wenn das der Lebenslauf einer Diskriminierten ist, wie glänzend muss es dann erst dem obdachlosen Rheinländer gehen, den es auf den Berliner Ku'damm verschlagen hat, wo er sich hinter dem Bettelbecher in seinen westdeutsch-männlichen Privilegien suhlt?

Sie sind verwirrt? Ich auch. Selten hat der Spruch so genau ins Schwarze getroffen: „Die Verhältnisse stehen auf dem Kopf.“ Na ja, vielleicht nicht die Verhältnisse, aber auf jeden Fall die phantasievolle Art, wie sie heute eingeordnet werden.

Diese Art beschert uns eine politische Machtelite, wie sie die Deutschen noch nie erlebt haben. Sicher, unser Land hat fähige und unfähige Führungen gesehen, weise und törichte und in seiner jüngeren Vergangenheit sogar richtig verbrecherische. Aber eines ist sogar für ein Volk mit derart langer, wechselvoller Geschichte neu: eine politische Elite, deren Angehörige dem eigenen Volk die Taschentücher volljaulen, wie schrecklich unterdrückt sie sich vorkommen – und das gleich in mehrfacher Hinsicht wegen ihres

Geschlechts und ihrer regionalen Herkunft. Nein, das hatten wir noch nicht, das ist mal was anderes. Das kannten wir höchstens aus dem Kino, wo Peter Ustinov als Nero in Prunk und Protz gehüllt seinen Jammer darüber hinausquiekt, mit welcher Ignoranz der blöde Pöbel sein selbstloses Leiden als göttlicher Kaiser und welthöchster Künstler quittiert.

Apropos Protz: Die Sucht danach lebt immer mehr auf in Berlin, wo das Kanzleramt für eine Milliarde Euro verdoppelt wird, woraufhin es dann zehnmal so groß sein wird wie das Weiße Haus in Washington. (Von Prunk ist dabei leider nichts zu sehen, es wird, oder bleibt, ein kahler Bunker.) Auch hören wir, dass die Ausgaben der Ampelregierung für Friseur, Fotografen und Visagisten im ersten Amtsjahr um 80 Prozent gestiegen sind. Allein Annalena Baerbock lässt uns Steuerzahler 137.000 Euro für ihre Visagistin hinblättern.

Immerhin habe ich von der noch nicht gehört, dass sie sich diskriminiert oder unterdrückt fühlt. Dafür aber kämpft sie wacker gegen Ausbeutung etc. andernorts. So hat sie vergangenen Dezember stolz die Rückgabe der Benin-Statuen an Nigeria, zu dem das Gebiet des ehemaligen Königreichs Benin heute gehört, verkündet. An wen eigentlich?

Das wollen wir gar nicht so genau wissen, weil auch hier unsere vorgefertigte Einteilung der Menschheit – jetzt ginge es dann um Täter und Opfer – ins Schwimmen geraten könnte. Wie gerade öffentlich wurde, stammt das Metall, aus dem die Statuen einst gefertigt wurden, zum Teil aus Deutschland. Es gelangte über Portugal nach Afrika, wo es in der Form von Armreifen anlangte.

Heute müssen Sklaven selber zahlen

Die nahmen die afrikanischen Sklavenhändler gern als Bezahlung für Sklaven, die sie in ihrer Heimat eingefangen und dann verkauft haben an jeden, der wollte. Die Nachkommen der Sklavenhändler sitzen immer noch in Nigeria und fordern seit Langem die „Rückgabe“ der Bronzefiguren. Damit verlangen sie gleichsam die Rückerstattung der Beute, welche ihre Vorfahren mit dem Sklavenhandel eingeheimst hatten. Ihrem Wunsch wird selbstverständlich entsprochen, als „Akt der Gerechtigkeit“. Derweil die Nachfahren der Sklaven, deren Schicksale uns durch diese Statuen anblicken, vermutlich kaum wissen, ob sie lachen oder speien sollen.

Nigeria ist heute berüchtigt für seine kriminellen Schleppernetzwerke, die sich darauf

spezialisiert haben, junge Frauen nach Europa zu verbringen, wo sie unter furchteinflößenden Drohungen zur Prostitution gezwungen werden, um den Vorschuss für ihre Schleusung zurückzuzahlen. Die neuen Sklaven müssen ihre „Reise“ also auch noch selbst bezahlen. Unsere Grenzen müssen allerdings möglichst offen bleiben, damit dieses Geschäft funktioniert.

Wer weiß, vielleicht werden unsere Nachfahren dafür noch einmal zur Kasse gebeten. Heute heißt es ja: Nur, weil es europäische Händler gab, welche den afrikanischen Sklavenhändlern die „Ware“ abgekauft haben, konnte der Sklavenhandel überhaupt laufen. Das ist zwar erwiesenermaßen Quatsch, der Sklavenhandel florierte schon lange, bevor die ersten Europäer dort aufkreuzten. Aber es klingt halt so schön.

Später könnte man kommenden Generationen von Deutschen vorhalten: Nur, weil ihr eure Grenzen damals nicht ausreichend gegen illegale Einwanderung geschützt habt, konnte das Geschäft mit den Zwangsprostituierten von Schwarzen Kontinent dermaßen um sich greifen. Damit ist das eure Verantwortung, eure „historische Schuld“!

Überrascht? Ja, „moralische Überlegenheit“ ist halt ein flüchtig’ Ding.

Aber warum so weit in die Zukunft schweifen. Unsere Epoche ist selbst an Überraschungen übervoll. Wir haben uns die Augen gerieben, welche Botschaft uns unser Klimaminister aus der Ukraine übermittelt hat. Die dortige Atomkraft sei schon in Ordnung, solange die Werke „sicher laufen“, denn schließlich seien die Dinger „gebaut“. Welchen Vorsprung an Sicherheit sowjetische Meiler vom Tschernobyl-Typ unseren deutschen Kraftwerken gegenüber vorweisen können, weiß ich nicht. Bin kein Fachmann. Aber sind unsere AKW, von denen die letzten drei dieses Wochenende vom Netz genommen werden, nicht auch schon „gebaut“?

Will der uns veralbern? Vielleicht ist das der tiefere Grund für Giffey's Unbehagen, und auch Habeck klagt ja laut über die schwere Last seines Amtes, während ihm die Nöte der Bürger, die er selbst verursacht, schnurz sind: Die heutige Polit-Elite kann sich maßlose Hofstaat-Allüren erlauben, kann dem eigenen Volk Schaden zufügen und ihm jeden Mist erzählen – trotzdem zieht sie keiner zur Verantwortung. Das kann die Akteure in eine seelische Bodenlosigkeit treiben, die man zu Neros Zeiten „Cäsarenwahn“ nannte.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de